



Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

67. Jahr Heft 9/10 Sept./Okt. 2014



**GEW-Kreisverbände
Groß-Gerau und Main-Taunus**

**19. Bildungstag in Sulzbach
Samstag, 27. September 2014
9.30 bis 16 Uhr**

Professor Dr. Rainer Dollase, langjähriger Bildungsforscher an der Universität Bielefeld, setzt sich in seinem Einführungsvortrag kritisch mit Sinn und Unsinn des Qualitätsmanagements auseinander. Von 11 bis 15 Uhr gibt es Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- AG 1: Musikalische Warm-Ups & Cool-Downs
- AG 2: Malworkshop
- AG 3: Die Stimme in den Griff bekommen
- AG 4: Berufsorientierte Berufs- und Studienorientierung
- AG 5: Was machen Personalräte?
- AG 6: Theaterworkshop
- AG 7: Inklusion
- AG 8: Einsatz interaktiver Whiteboards

Ab 9 Uhr wird eine Kinderbetreuung angeboten. Die Teilnahmegebühr beträgt 10 Euro, für GEW-Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos. Vor Beginn wird ein Frühstück angeboten, Kaffee und Getränke im Lauf des Tages sind inbegriffen. Im Foyer präsentieren Initiativen und Projekte ihre Arbeit.

Der Bildungstag findet in der Mendelssohn-Bartholdy-Schule in Sulzbach statt und ist durch das Landesschulam akkreditiert (LSA 01479455, 1 Tag).

- *Anforderung der Programmhefte per Mail: freiling.hlz@t-online.de, Anmeldung mit Angabe der Arbeitsgruppe: Inge Druschel-Lang, Rossertstr.17, 61449 Steinbach, i-druschellang@t-online.de*

**GEW-Bezirksverband Nordhessen
GEW Hessen**

**Gesamtschultag in Kassel
Donnerstag, 8. Oktober 2014
9 bis 16 Uhr**

Die Fachgruppe Gesamtschulen des GEW-Bezirksverbands Nordhessen veranstaltet in Kooperation mit der Landesfachgruppe am Donnerstag, dem 8. Oktober 2014, von 9 bis 16 Uhr in der Universität Kassel (Georg-Forster-Str.3) einen Gesamtschultag.

Zur Einführung berichten *Nikos* und *Vassia Kalogiros* über die besorgniserregende Entwicklung in Griechenland und die massiven Verschlechterungen im Bildungsbereich.

Vormittags sind Arbeitsgruppen zu folgenden Themen vorgesehen:

- Schulentwicklung in Griechenland
 - Inklusion und ihre Umsetzung
 - Belastungen am Arbeitsplatz Schule
 - Tarifrunde 2015 und Beamtenstreik
 - Gesamtschulen in Nordhessen
 - Übergang in den Ruhestand
 - Lehrerpersönlichkeit und Unterricht
- Nachmittags steht die Schulentwicklung in Kassel auf der Tagesordnung.
- *Weitere Infos und Anmeldung mit Angabe der gewünschten Arbeitsgruppe: GEW-Bezirksverband Nordhessen, www.gew-nordhessen.de, bezirk@gew-nordhessen.de, Tel. 0561-7717-83*



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:
Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (069) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:
Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Angela Schefels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühman (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:
Harald Knöfel, Michael Heckert +

Titelthema: Harald Freiling

Illustrationen:
Thomas Plaßmann (S.35), Dieter Tonn (S.29), Ruth Ullenboom (S.4)

Fotos:
UNHCR (Titel, S.11, 17), Holger Giebel (S.23), Paul-Hindemith-Schule (S.9, 15), Elke Hoeft (S.7), Felix Silomon-Pflug (S.31), Uwe Zucchi (S.24)

Verlag:
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:
Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172)9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:
Bad Homburg

Bezugspreis:
Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:
Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:
Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:
Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 34 Recht: Start in die Schule
- 35 Jubilare
- 36 Magazin

Titelthema: Zugewandert nach Hessen

- 7 Viel beachtet: Fachtag der GEW
- 8 Evangelischer Verein: Aus der Arbeit des Jugendmigrationsdienstes
- 10 Deutschförderung in Frankfurt
- 12 Im Gespräch mit Lidya und Jhon
- 14 Der Alltag in einer Intensivklasse
- 16 Seiteneinsteiger in Berufsschulen
- 18 DaZ-Lehrkräfte prekär beschäftigt

S.19-22: Iea-Fortbildungsprogramm

Einzelbeiträge

- 23 Die Bundeswehr beim Hesttag
- 24 Gabriele Kailing: Neue Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen
- 25 Besoldung: Wiesbaden will abkassieren – Wir wehren uns
- 26 Versammlungsrecht: Burschenschaften beim Frühschoppen
- 27 Inklusion: Neuer Erlass
- 27 Inklusion: Lehrerbildung
- 28 Streitthema Praxissemester
- 30 Goethe Universität Frankfurt: Der neue Campus
- 32 100 Jahre danach: Der Erste Weltkrieg in Graphic Novels

Beruf und Leidenschaft

Kultusminister Alexander Lorz (CDU) wünscht sich, so verkündete er kurz nach seinem Amtsantritt in einem Interview mit hr-iNFO, Lehrerinnen und Lehrer, die ihren Beruf „ein ganzes Leben lang mit Leidenschaft“ ausüben. Und wer sich für den Beruf des Lehrers entscheide, soll diesen „als Berufung erleben“.

Wer von uns würde sich dies nicht wünschen? Sich jeden Morgen auf die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern freuen, jeden Morgen Bedingungen vorfinden, mit denen man den komplexen Anforderungen des Schulalltags gerecht werden kann, konkrete gesellschaftliche Wertschätzung für sein Engagement erfahren...

Ob man den Lehrerberuf „ein ganzes Leben lang“ mit „Leidenschaft“ ausüben kann, ist aber für Kultusminister Lorz keine Frage der Arbeitsbedingungen, sondern eine Frage des Zugangs zum Lehramtsstudium. Man müsse jungen Menschen helfen, „die Entscheidung für oder gegen den Lehrerberuf richtig zu treffen“. Dazu will Lorz „eignungsdiagnostische Instrumente“ bereitstellen und ein Praxissemester einführen (HLZ S. 28). Kein Wort zur dringend erforderlichen Verbesserung der Arbeitssituation in den Schulen, kein Wort zum dringenden Stopp der seit Jahren betriebenen Abwertung unseres Berufs!

Die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer üben ihren Beruf mit sehr viel Leidenschaft aus und trotzen mit hohem Engagement den vielfältigen Problemen des Berufsalltags. Was sie mitunter daran hindert, den Lehrerberuf „ein Leben lang“ als „Berufung“ zu erfahren, ist die dauerhafte Überlastung: durch die bundesweit nach wie vor höchste Pflichtstundenzahl, durch ständig steigende bürokratische und pädagogische Anforderungen und durch die immer weiter voran getriebene Abwertung unseres Berufs.

All dies wird die GEW Hessen nicht unwidersprochen lassen, denn wir wollen unseren Beruf als Berufung erleben und ein ganzes Berufsleben mit Leidenschaft ausfüllen können, Herr Minister! Sorgen Sie für die dafür notwendigen Arbeitsbedingungen! Reduzieren Sie die unerträglich hohe Pflichtstundenzahl, damit endlich mehr Zeit für Schülerinnen und Schüler da ist! Setzen Sie nicht weiter darauf, dass viele Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit gehen, um die Arbeitsbelastung zu bewältigen, und so mit einem Teilzeitgehalt Vollzeit arbeiten! Sorgen Sie für

kleinere Klassen und die Gelingensbedingungen für gute pädagogische Arbeit. Sorgen Sie für gute Fortbildungsmöglichkeiten und die entsprechende materielle Wertschätzung! Und sorgen Sie dafür, dass dieser Beruf wieder aufgewertet wird! Schon heute wird jede 25. Unterrichtsstunde von einer Lehrkraft erteilt, die keine Lehramtsausbildung hat. Wofür braucht man eine „Eignungsdiagnostik“, wenn später nicht mehr die qualifizierte, lange Ausbildung, sondern nur noch „das pädagogische Händchen“ gefragt ist?

Drei Nullrunden, Gehaltskürzungen bei den Sonderzahlungen und die Erhöhung der Pflichtstundenzahl: Das war der Beitrag der CDU-Regierung von Roland Koch zur Abwertung des Lehrerberufs gegenüber anderen vergleichbaren Berufen in der „Operation Düstere Zukunft“. Jetzt plant Schwarz-Grün eine weitere Abwertungsrunde. Die Pflichtstunden sollen oben bleiben und die Realeinkommen gesenkt werden: durch eine 18-monatige Nullrunde und die Begrenzung der Gehaltserhöhungen in den Jahren 2016 und 2017 auf ein Prozent (HLZ S. 25). So wird nicht nur das Gehaltsniveau gesenkt, sondern auch die gesellschaftliche Wertschätzung unserer Profession.

Es wird an uns allen liegen, diese Pläne im kommenden Jahr zu durchkreuzen. Gelingen kann dies nur mit einem breiten Engagement der GEW-Mitglieder und der Bereitschaft, gegebenenfalls auch mit einer Arbeitsniederlegung Druck zu machen für die Reduzierung der Pflichtstunden, für eine angemessene Gehaltserhöhung und damit auch für mehr gesellschaftliche Wertschätzung für unsere Profession. Nur so schafft man die Bedingungen „für ein ganzes Berufsleben mit Leidenschaft“!

Jochen Nagel



Jochen Nagel,
Landesvorsitzender
der GEW Hessen

Die Bildungsfront

Sie sind zäh, gelassen, durchtrieben und raffiniert, nicht wehleidig. Sie halten zusammen, wenn sie sich auch nicht trauen, Befehle zu verweigern.

Sie kennen alle Gefahren, wissen, wie sie sich zu schützen haben. Ihnen kann keiner was vormachen.

Vertraut sind sie mit den Strukturen: Für die Herrschaften in der Etappe und ihre leeren Parolen empfinden sie bestenfalls Verachtung. Mit den Strategen in den Wirtshäusern, den Schreibtischexperten der Zeitungen können sie nichts anfangen. Die potemkinschen Dörfer, die errichtet werden, wenn Inspektoren kommen, erzeugen bei ihnen nicht mehr als ein Achselzucken.

So könnte ein Klappentext lauten, der die „Frontschweine“ in Remarques „Im Westen nichts Neues“ oder in Jüngers „In Stahlgewittern“ beschreibt.

Der Leser empfindet Sympathie für sie, weil das so ist und weil diese Soldaten trotzdem der Wirklichkeit des Krieges nicht entkommen können. Unver-

drossen kämpfen sie auf verlorenem Posten. Sie wissen am besten, was Krieg bedeutet, weil sie seine Wahrheit kennen. Soweit zur Front im Stellungskrieg des 1. Weltkrieges.

In knapp 40 Dienstjahren an der „Bildungsfront“ habe ich auch dort etliche „Frontschweine“ kennen gelernt. Das lässt sich nicht vergleichen? Keineswegs. Schon die Bezeichnung für die Rückzugsräume der Lehrer legt solchen Vergleich nahe. Sie heißen nicht von ungefähr „Lehrerstützpunkte“ und im Büro des Schulleiters werden die Einsatzpläne für die angeschlagene und oft dezimierte Truppe erstellt. Jeden Tag hat die Führung alle Hände voll zu tun, um durch geschickten Einsatz der Kräfte die „Front“ zu halten, Flucht- und Absetzbewegungen zu verhindern. Ziemlich belanglos ist, ob Schulaufsicht und Senat – der Generalstab in der Etappe – ein klares Bild vom Zustand an den jeweiligen „Frontabschnitten“ haben, denn das würde die Strategen dort nur verunsichern; viel mehr als Durchhalteparolen haben sie kaum zu bieten. Sie verbreiten die Illusion, dass neuartige Taktiken, geschickter Einsatz der vorhandenen Kräfte alle Probleme meistern könnten.

Zwar ist in regelmäßigen Abständen von „Bildungsoffensiven“ die Rede, aber jeder weiß, dass das leere Worte bleiben. Die „Bildungsfront“ verharrt seit Jahren im „Stellungskrieg“.

Vereinzelt gibt es kleine Frontabschnitte, die Geländegewinne verzeichnen. Die werden in den Meldungen wie Wallfahrtsorte hervorgehoben, ihre Kommandeure werden hoch dekoriert und dürfen an anderen Schauplätzen ihre Erfolgsmethoden verkünden. Das ist aber in jedem

Krieg so und bringt die Front nicht in Bewegung. An den meisten Stellen ist die Lage eher verzweifelt.

Allerdings ist mir aus Berlin ein Fall bekannt, wo ein Frontabschnitt tatsächlich die Kapitulation androhte: das war die so genannte Rütli-Front. Da war sozusagen im Westen mal was Neues. Das ist aber schon wieder lange her, und die „Frontschweine“ lächeln inzwischen über das laute Getöse und hektische Getue, das danach aus der Etappe zu hören war. Für sie hat sich kaum etwas geändert. Unverdrossen kämpfen sie weiter.

Ihre Gegner sind keineswegs die Schülerinnen und Schüler. Die verhalten sich zumeist so, wie man es von ihnen in ihren jeweiligen Lebenssituationen erwarten kann. Ihre Gegner sind die gnadenlos verdummende Unterhaltungsindustrie und die Nachmittags-sendungen aller Fernsehanstalten

Was ihnen zu schaffen macht, ist die anmaßende Erwartungshaltung einer Öffentlichkeit, die ihre Situation weder kennt noch respektiert. Sie fühlen sich wie Seismographen, die für das Erdbeben verantwortlich gemacht werden. Aber auch das ist ihnen nicht neu, und sie werden weiter morgens ab 8 Uhr an der Bildungsfront ihren Dienst versehen – selbst wenn der Erfolg nur darin besteht, dass die Kaufhäuser vor sich herumtreibenden Schülergruppen bewahrt werden.

Ich denke, es ist an der Zeit, dass diesen „Frontschweinen“ an der Bildungsfront mal ein Denkmal gesetzt wird. Ohne sie wäre nicht nur das staatliche Bildungswesen in allen Bundesländern längst zusammengebrochen.

Ärgerlich finde ich nach wie vor die Berichterstattung über Schule und Lehrerinnen und Lehrer in den Medien.

Etlchen Journalisten, Hirnforschungs- und Bildungsexperten empfehle ich in Anlehnung an ein Wort, das mir von Kurt Beck, dem legendären Landesvater in Erinnerung ist: „Halten Sie einfach mal das Maul, bevor Sie genau wissen, wovon Sie reden.“

Peter Lassau

Peter Lassau ist der echte Ehemann unserer Autorin Gabriele Frydrych (also nicht der, der in ihren Glossen gelegentlich vorkommt). Ausnahmsweise überlässt sie ihrem Mann und Ideengeber ihren angestammten Platz in der HLZ. Peter Lassau kommt aus Hessen und verfügt wie Gabriele Frydrych über mehrere Jahrzehnte Schulerfahrung in Berlin. Auch in der Schule waren sie ein gutes Team.



Betr.: HLZ 6/2014
Berufsbiografie von Lehrkräften

Reformgeschüttelte Schulen

Leider muss ich deutlicher werden. Wie sich die Strickmuster gleichen: Ziemlich grob fährt *Uwe Hericks* (HLZ 1-2/2014) dem armen *Kant* in die Parade, kaum hat der Weltweise im Zusammenhang mit der Erziehung des Menschengeschlechts – wohlwissend und vor allem mit Bedacht – das Wort „Experiment“ in den Mund genommen, indem er ihn zum Sekundanten eines „permanenten Wandels“ transformiert, der „der andauernden Bereitschaft zum Experiment“ das Wort rede usw. Wer *Kant* so zitiert und (um)interpretiert, kennt ihn nicht wirklich. Genauso ungeschlachtet – und zudem grob im Ton, aber symptomatisch für den kriselnden und gereizten Bildungsdiskurs dieser Tage – verfährt *Franziska Conrad* (HLZ 6/2014) mit meiner Kritik, indem sie einen im Grunde klitzekleinen „Aspekt“ und obendrein im Sinn entstellt aus ihr heraus schlägt und ihre „Gegenrede“ nahezu komplett daran aufhängt. (...) Ein solch willkürlicher Umgang mit Texten behindert den Diskurs. Ich habe dafür plädiert, abseits allzu konstruierter, empirisch nur schwach belegter und belegbarer (!) Resultate der sogenannten empirischen Bildungsforschung den Fokus viel stärker auf das „Kerngeschäft“ des Pädagogen zu richten. Und das besteht wahrlich nicht darin, den Reformstress der letzten ein, zwei Jahrzehnte umstandslos in Schule und Unterricht zu implantieren, d. h. die tägliche Unterrichtsarbeit zum Dauerexperimentierfeld und Erfüllungsgehilfen profilierungsbedürftiger und praxisferner Bildungspolitiker und ihrer Sekundanten aus der Hochschule zu degradieren. Und es besteht aus diesem Grunde auch nicht darin, angehenden Lehrern (und ihren Ausbildern) bereits in der Universität einen „experimentellen Habitus“ (!) aufzuprägen, um sie bereit und willig zu machen, sich im ausbildungs- und prüfungstechnisch ohnehin überfrachteten Studium und Referendariat immer neue methodisch-formale Zusatzqualifikationen – etwa zum Thema inklusiver Unterricht – draufzuschaffen. Wobei das ernsthafte wissenschaftliche (!) Studium der gewählten Fächer (!) immer mehr unter die Räder gerät. Wem nutzt eigentlich eine Lehrerbildung, die übereifrige Schuldidaktiker und Erziehungswissenschaftler, so auch *Uwe Hericks*, zur „permanenten Inno-

vationsinstanz“ im Sinne eines „Eigenrechts“ aufzuwerten versuchen? Es gibt kein Eigenrecht von Ausbildung und Bildung. Sie hat zu dienen – dem Menschen und einer menschlichen, nicht instrumentellen Schule. Noch einmal grundsätzlich: Inklusion ist und bleibt eine Kopfgeburt, ein Reformpopanz – und eine Zumutung, wo immer sie nicht von ausreichenden personellen und finanziellen Mitteln seitens des Staates flankiert und grundiert ist. In dem chronisch unterausgestatteten und reformgeschüttelten Bildungswesen dieser von Schuldenbremse und Steuerflüchtigen drangsalierten Republik lässt sich das „politisch Richtige“ nicht wirklich und wirksam haben. Meine Skepsis gegenüber den Reformisten mit linkem Vorzeichen auch und vor allem innerhalb der GEW, die sich den Kampfbegriff Inklusion auf die Fahnen geschrieben haben, sieht sich bestätigt.

Christian Bromig, Frankfurt

Betr.: HLZ 6/2014
Renten und Pensionen

Voll daneben

Als noch nicht pensioniertes Mitglied der GEW habe ich mich über den Zeitpunkt des Titelthemas „Renten und Pensionen“ geärgert. Unmittelbar vor Schuljahresende und aktuell einschneidenden Veränderungen der hessischen Schullandschaft befasst sich die GEW mit dem Thema „Renten und Pensionen“. Angesichts der auslaufenden Verträge vieler befristeter Kolleginnen und Kollegen und der Diskussionen um die Schließung und die massive Veränderung von Schulen finde ich die Positionierung dieses Titelthemas zu diesem Zeitpunkt nicht sonderlich empathisch (...). Außerdem möchte ich anmerken, dass aus meiner Sicht der seit vielen Jahren durch Talkshows tingelnde Professor *Bosbach* nicht wirklich im Sinne eines guten Leumundes taugt. Es finden sich Stimmen, die *Herrn Bosbach* nachsagen, gerne auch im Sinne seiner Bücherumsätze die vorliegenden Zahlen zur Demografie ebenfalls sehr einseitig zu interpretieren. Auch sollte man die Kritik am neuen Rentengesetz nicht einfach als „Frechheit“ abtun. Die Schlagworte Fachkräftemangel, Anstieg der Zeitarbeit, Abwälzen auf die folgende Generation sind zumindest einmal neutral zu beobachten, oder?

Alex Gockel, Wetzlar

Betr.: HLZ 7-8/2014
Lernort Museum

Leider unvollständig

Die museumspädagogischen Beiträge in der HLZ 7-8/2014 waren interessant und haben (hoffentlich) so manche Lehrerin und manchen Lehrer animiert, die dabei aufgezeigten Möglichkeiten mit ihren Klassen mehr als bisher zu nutzen. Leider wurden die hessischen Einrichtungen, die sich besonders den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik widmen und inzwischen zu regelrechten Mitmach-Einrichtungen geworden sind, nicht erwähnt! Es sind die *ExperiMINTa* Frankfurt, das Schülerforschungszentrum Kassel, das Chemikum Marburg, das Mathematikum Gießen und Abenteuer Technik TU Darmstadt. Sie eröffnen jungen Menschen den Zugang zu entsprechenden Studiengängen und den MINT-Berufen. Einen Bericht über die *ExperiMINTa* findet man im jüngsten INSIDER der Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen (www.gew-hessen.de > Publikationen > Insider).

Dieter Staudt, Erzhauten

Gedenkstätte Hadamar

Im Artikel „Erinnern in Hessen“ ist mir eine Unrichtigkeit aufgefallen: Die Gedenkstätte Hadamar liegt im Landkreis Limburg-Weilburg. Einen Besuch dort kann ich nur empfehlen, da der regionale Bezug augenfällig ist und Opferlisten wie auch entsprechende den Schülern oft von Großeltern übermittelte Berichte „persönliche Bezüge“ eröffnen.

Manfred Bernhardt, Braunfels

Schulung für Vertrauensleute

Am 2. und 3. Oktober 2014 findet im Hotel Hochspessart in Heigenbrücken eine Schulung für Vertrauensleute und solche, die es werden wollen, statt. Sie beginnt am Donnerstag um 10 Uhr und endet am Freitag um 14 Uhr. Schwerpunkte sind Arbeitszeit und Arbeitskampf 2015 und die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen. Kosten für Übernachtung und Verpflegung trägt der Landesverband, Reisekosten übernehmen die Kreisverbände. Mit der Anmeldung erhält man Antragsformulare für die Freistellung für gewerkschaftliche Fortbildung (§ 106 Hessisches Beamtengesetz).

• *Anmeldungen: Barbara Lösel, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, E-Mail: bloesel@gew-hessen.de*

GEW kämpft gegen das Befristungsunwesen

Kurz vor dem Ende des Schuljahres führte die GEW Hessen eine viel beachtete Pressekonferenz zum „Befristungsunwesen an hessischen Schulen“ durch. Nach Berechnungen der GEW wird inzwischen jede 17. Unterrichtsstunde in Hessen durch eine befristet beschäftigte Lehrkraft erteilt. Viele Lehrkräfte mit befristeten Verträgen bangten zum Teil bis zum letzten Schultag, ob sie im neuen Schuljahr weiter beschäftigt oder „kalt gekündigt werden“. Zahlreiche GEW-Mitglieder nutzten die Rechtsberatung und den Rechtsschutz der GEW, um eine Entfristung einzuklagen. GEW-Vorsitzender *Jochen Nagel* übergab Kultusminister *Alexander Lorz* (CDU) Beschlüsse der Personalräte von 600 hessischen Schulen, die sich den Forderungen der GEW zur Halbierung der Zahl der befristeten Verträge und zu einer Einstellungsverpflichtung nach zwei Jahren anschlossen. Bei Redaktionsschluss der HLZ hatte die GEW noch keinen vollständigen Überblick über die Entwicklung unmittelbar am Ende des Schuljahres. Ein Erlass des Kultusministeriums zum Umgang mit den Fristverträgen erreichte die Schulämter erst nach Ferienbeginn. Die HLZ wird in der nächsten Ausgabe berichten.

GEW bei Christopher Street Day in Frankfurt

„Grenzen überwinden – Brücken schlagen“ war das Motto des Christopher Street Days in Frankfurt am 19. Juli. Wie in den Vorjahren beteiligte sich auch die AG LesBiSchwule Lehrer_innen in der GEW Hessen an der Aktion. Weitere Infos zur Arbeitsgruppe gibt es per E-Mail unter lehrer_innen@gmx.de



Pflichtstundenverordnung: Erfolgreiche Klage

Seit dem Schuljahr 2012/2013 steht dem teilzeitbeschäftigten Lehrkräften nach der Pflichtstundenverordnung erst dann eine Anrechnungsstunde zu, wenn sie mindestens acht Wochenstunden an einer Gymnasialen Oberstufe unterrichten. Mit Urteil vom 12. Juni 2014 stellte das Verwaltungsgericht Gießen in einem von der GEW unterstützten Klageverfahren fest, dass diese Regelung einen Verstoß gegen das europarechtliche Verbot der Diskriminierung Teilzeitbeschäftigter darstellt. Die GEW forderte die Landesregierung auf, die Pflichtstundenverordnung zu ändern.

Aus dem Hauptpersonalrat: „Führung und Folgschaft“

Die Ankündigung einer Fortbildungsveranstaltung des Staatlichen Schulamts Darmstadt für „Lehrkräfte auf dem Weg zur Leitungsfunktion“ lässt aus Sicht des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) auf „ein undemokratisches und elitäres Verständnis von der Leitung einer Schule“ schließen. Zu lesen war dort, dass „ein positives Bild von Folgschaft und für ‚Gutes Folgen‘“ und ein „Rollenbewusstsein für ‚Gutes Folgen‘“ entwickelt werden müssten. Der HPRLL forderte das Kultusministerium auf, diese Fortbildungsveranstaltung umgehend aus dem Programm zu nehmen.

Positives Urteil zu Fristverträgen an Hochschule

Die GEW begrüßt die Entscheidung des Arbeitsgericht Gießen vom 1.8.2014, nach der ein Wissenschaftler unbefristet eingestellt werden muss, der seit über zehn Jahre mit 16 befristeten Arbeitsverträgen an der Justus-Liebig-Universität arbeitet. Sein letztes Arbeitsverhältnisses sei unrechtmäßig befristet, da es im Rahmen des landeseigenen Drittmittelprojekts LOEWE stattfand. Aus dem Landshaushalt finanzierte Projekte dürften jedoch nicht als Drittmittel gewertet werden, für die das Wissenschaftszeitvertragsgesetz besonders weitgehende Befristungsmöglichkeiten eröffnet. Weitere Informationen findet man unter www.gew-hessen.de.

Anerkennung von Berufserfahrungen: Neues Urteil

Wie in der E&W 7-8/2014 berichtet, hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass eine Berufserfahrung, die bei einem anderen Arbeitgeber erworben wurde, nicht anders bewertet werden darf als die Berufserfahrung beim gleichen Arbeitgeber. Sowohl im Tarifvertrag Hessen (TVH) als auch für die Entgeltgruppen 9 bis 15 im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) hängt die Stufenzuordnung von der bisherigen Berufserfahrung ab.

• *Musteranträge zur Geltendmachung von Ansprüchen: www.gew-hessen.de > Service Recht > Mitgliederbereich > Entgelt*

Grundschulen: Überlastung gefährdet Gesundheit

Grundschullehrkräfte haben mit 29 Wochenstunden die höchste Unterrichtsverpflichtung aller Lehrkräfte und mit A12 die niedrigste Besoldung. Gleichzeitig werden an Unterricht, Erziehung und Betreuung immer komplexere Anforderungen gestellt. Die Kollegien von zwölf Darmstädter Grundschulen wandten sich Anfang Juli mit einer „Überlastungsanzeige“ an ihren Arbeitgeber, das Hessische Kultusministerium, in der sie differenziert aufzeigen, dass ihnen ohne jede Entlastung immer mehr Aufgaben zugewiesen werden. Grundlagen sind die Paragraphen 15 bis 17 des Arbeitsschutzgesetzes. Durch viele arbeitsintensive Neuerungen werde die Grenze der Belastbarkeit der Lehrkräfte überschritten. Sie machen sich Sorgen um ihre körperliche und psychische Gesundheit, in vielen Kollegien sei der Krankenstand merklich gestiegen.

In den Überlastungsanzeigen werden die zunehmenden Belastungen konkretisiert: Entwicklung zur Ganztagschule, Evaluation der Arbeit im Rahmen der Schulinspektion, zentrale Lernstandserhebungen, kommentierte Deutschnoten, Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten, Seiteneinsteiger ohne Deutschenkenntnisse, die inklusive Beschulung mit Förderplänen, Kooperations- und Beratungsgesprächen und Förderausschüssen und vieles mehr.

• *Presseerklärung des GEW-Kreisverbands Darmstadt, weitere Infos und Materialien: www.gew-hessen.de > Bildungsbereiche > Grundschule*

Willkommen in Hessen?

Flüchtlinge und Seiteneinsteiger in hessischen Schulen

Das Schicksal jugendlicher Flüchtlinge, die entwurzelt und traumatisiert durch Kriegserlebnisse und Verfolgung nach Hessen kommen, und der Kinder und Jugendlichen, die als Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne Deutschkenntnisse mit ihren Familien nach Hessen kommen und zum Teil noch nie eine Schule besucht haben, standen im Mittelpunkt des Fachforums „Zugewandert in Hessen“, zu dem die GEW Hessen am 26. Mai nach Frankfurt in den Römer eingeladen hatte. Dort, wo sonst die Stadtverordneten des Frankfurter Stadtparlaments tagen, trafen sich zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Flüchtlings- und Migranteninitiativen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Forderungen an Politik und Schulverwaltungen zu diskutieren.

Birgit Koch, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, begrüßte die zahlreichen Gäste im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, der Diakonie Hessen, der Kommunalen Ausländervertretung und der GEW. Das „Bildungsland Hessen“ dürfe nicht länger die Augen vor der Tatsache verschließen, „dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die als Seiteneinsteiger mit ihren Familien im Rahmen der EU-Freizügigkeit oder als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu uns kommen, beständig zunimmt“. Nach Angaben des Hessischen Sozialministeriums kamen im Jahr 2013 insgesamt 1.128 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Hessen und damit deutlich mehr als in den Vorjahren (2010: 683, 2011: 744, 2012: 731).

Gemeinsame Forderungen

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, die Diakonie Hessen, die Kommunale Ausländervertretung und die GEW Hessen legten für das Fachforum am 26. Mai in Frankfurt die folgenden gemeinsamen Forderungen vor. Sie fordern

- ein Gesamtkonzept mit allen in die Integration der Schülerinnen und Schüler involvierten Bereichen (Bildungspolitik, Sozial- und Kultusministerium, Schule, Jugendhilfe, Migrationsberatung),
- Ganztagsangebote mit individueller Förderung, kostenloser Verpflegung und einer Heranführung an die bestehenden Angebote der Städte, Landkreise und Gemeinden,
- Deutsch als Zweitsprache bzw. als Fremdsprache und interkulturelles Lernen als feste Bestandteile der Lehrerbildung,
- flankierende, auskömmliche Jugendhilfeleistungen,
- flankierende, intensive Elternarbeit, die Eltern oder Erziehungsberechtigte durch Sprachkurse, den Einsatz von Dolmetscherinnen und Dolmetschern und verständliche muttersprachliche Informationen eine Teilhabe am Schulleben ermöglicht,
- eine Kombination von separater Beschulung in Form von Sprachintensivklassen und eine integrative Beschulung in Form von ergänzenden Sprachangeboten von Anfang an (...),
- „Sprachbildung“ und interkulturelles Lernen als einen integralen Bestandteil und eine zentrale Aufgabe des gesamten Unterrichts und
- das Recht auf Schulbesuch für 16- bis 21-jährige zugewanderte junge Menschen auch über die Schulpflicht hinaus. Sollten diese Jugendlichen in ihrem Herkunftsland weniger als acht Schulbesuchsjahre absolviert haben, verlängert sich das Recht auf den Schulbesuch auf das 25. Lebensjahr.



Foto:
Elke Hoeft
(GEW)

Rainer Götzelmann vom Aufnahme- und Beratungszentrum für Seiteneinsteiger des Staatlichen Schulamts Frankfurt (ABZ) führte mit eindrucksvollen Zahlen in das Problem ein. Seit 2011/12 verzeichnet das ABZ einen starken Anstieg der Neuzugänge, im Schuljahr 2012/13 wurden 571 Kinder und Jugendliche aus 62 Nationen aufgenommen. Ein Blick auf die Angebote zeigt, wie ungleich die Förderorte verteilt sind: Von den 25 Intensivklassen und -kursen in der Sekundarstufe I befindet sich eine einzige Maßnahme an einem Gymnasium, je 9 Intensivmaßnahmen finden an Integrierten Gesamtschulen oder Haupt- bzw. Haupt- und Realschulen statt, zwei an Realschulen und drei an Förderschulen.

Die Beiträge von *Marita Hecker* vom Jugendmigrationsdienst (JMD) des Evangelischen Vereins für Jugendsozialarbeit und von *Jochen Steinacker* (Wilhelm-Merton-Schule Frankfurt) zu den Erfahrungen an Beruflichen Schulen dokumentiert die HLZ auf den Seiten 8 und 16.

Nevroz Durman vom Verein Jugendliche ohne Grenzen berichtete aus eigener Erfahrung, was es heißt, in Deutschland nur „geduldet“ zu sein, mit einem Ausbildungsverbot belegt zu sein, als älterer Jugendlicher nicht die Schule besuchen zu dürfen, keinen Zugang zu Sprachkursen zu haben, weil all dies die Integration fördere.

Michael Stenger aus München stellte die Arbeit der von ihm gegründeten und geleiteten SchlaU-Schule vor, die in privater Trägerschaft „schulanalogen Unterricht für junge Flüchtlinge“ anbietet und mit einer externen Prüfung zum Hauptschulabschluss führt. In der Aussprache blieb strittig, ob eine Zusammenfassung junger Flüchtlinge in einer „besonderen“ Schule der Förderung in Intensivklassen mit dem Ziel einer schnellen Integration in eine Regelschule vorzuziehen ist. Den Abschluss der Fachtagung bildete eine von *Jascha Habeck* (Hessischer Rundfunk) moderierte Podiumsdiskussion mit *Barbara Cárdenas* (DIE LINKE), *Mürvet Öztürk* (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und *Turgut Yüksel* (SPD), die in allen wesentlichen Fragen sowohl die Analyse als auch die Forderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer teilten. *Ines Mooshage* aus Kassel wies auf den unhaltbaren Zustand hin, dass gerade unter den Lehrkräften, die eine spezifische Kompetenz und Ausbildung im Bereich Deutsch als Zweitsprache erworben haben, sehr viele in unsicheren und befristeten Vertragsverhältnissen arbeiten (HLZ S. 18).

Harald Freiling, HLZ-Redakteur



Sabi, Noura und Ghulam

Bildungspolitische Herausforderungen der Migration

Beim Fachforum der GEW Hessen am 26. Mai „Zugewandert in Hessen“ (HLZ S. 7) berichtete Marita Hecker über die Arbeit, die Erfahrungen und die Forderungen des Jugendmigrationsdienstes (JMD) des Evangelischen Vereins für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main. Die HLZ dokumentiert ihren Vortrag in gekürzter Form.

Die Lebensumstände junger Migrantinnen und Migranten unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihres Bildungshintergrundes, sondern auch bezüglich ihrer Migrationsbiographie. So ist die Lebenssituation eines noch minderjährigen und unbegleiteten Flüchtlings oder eines jungen Menschen, der zu einem Elternteil nachzieht, der selbst als Flüchtling vor Krieg und Verfolgung oder als Arbeitsmigrant der Armut und Perspektivlosigkeit im Heimatland entflohen ist, verständlicherweise völlig anders als die Situation eines jungen Menschen, der als Familienmitglied oder als Familiennachzug eines hochqualifizierten Einwanderers mit *Blue Card* nach Deutschland einreist.

Gemeinsam haben die meisten jungen Zuwanderinnen und Zuwanderer, dass sie mit dem Verlust von engen Beziehungspersonen, Freundschaften und vertrauter Umgebung konfrontiert sind und sich hier in einem noch ungewohnten Lebensumfeld zurechtfinden müssen. Hier enden aber auch schon die Gemeinsamkeiten. Während die Kinder der Hochqualifizierten und Besserverdienenden häufig schon im Herkunftsland eine internationale Schule besucht und höhere Bildungsabschlüsse erworben haben, haben viele Kinder und Jugendliche in der anderen Gruppe geringe oder gar keine Bildungserfahrungen. Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern können leichter hin- und herreisen, enge Kontakte zu Angehörigen und Freundinnen und Freunden in den

Herkunftsländern halten oder ihr Abitur noch im Herkunftsland absolvieren und dann zum Studium mit entsprechendem Visum nachziehen. Diese Möglichkeit bleibt ausländerrechtlich den über 18-jährigen Kindern, die nicht zum Studium einreisen können, versagt. Große Unterschiede gibt es hinsichtlich der aufenthaltsrechtlichen Situation. Insbesondere Kinder und junge Menschen aus Drittstaaten, die einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben, sind sehr großen psychischen Belastungen ausgesetzt. Drei reale Beispiele sollen exemplarisch die Lebens- und Problemlagen von neu zugewanderten jungen Menschen veranschaulichen.

Zum Beispiel: Sabi aus Afghanistan

Sabi* ist als 15-Jähriger gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder im Rahmen der Familienzusammenführung aus Afghanistan zu seinem Vater nach Deutschland gezogen. Seine Mutter lebt mit den beiden jüngeren Schwestern noch in Afghanistan, da sie aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht zu ihrem Ehegatten nachziehen durfte. Sabi ist bei seiner Mutter und den Großeltern auf dem Land aufgewachsen, hat dort auf dem Feld geholfen und bis zu seiner Ankunft in Deutschland noch nie eine Schule besucht. Bis zu seiner Einreise nach Deutschland hatte er kaum Kontakt zu seinem Vater und muss nun den Verlust seiner vertrauten Umwelt und nahen Bezugspersonen bewältigen. Der Vater kommt erst spät abends von der Arbeit nach Hause und hat wenig Zeit für seine Söhne. Sabi muss sich um den Haushalt und seinen jüngeren Bruder kümmern. Er wird in die Intensivklasse einer allgemeinbildenden Schule eingeschult und in einer für ihn fremden Sprache alphabetisiert. Er ist hochmotiviert, obwohl in derselben Gruppe Jugendliche sind, die in ihrem Herkunftsland bereits kurz vor dem Erwerb eines Bildungsabschlusses standen oder Gymnasialklassen besucht haben und hier insbesondere ihre Deutschsprachkenntnisse verbessern sollen. Nach Abschluss der Intensivklasse ist Sabi 16 Jahre alt und muss die allgemeinbildende Schule aus Altersgründen wieder verlassen. In einer EIBE-Klasse für Seiteneinsteiger an einer beruflichen Schule muss er sich neben dem Sprach- und Schrifterwerb zunehmend auch mit Mathematik vertraut machen. Er nimmt regelmäßig und mit großem Eifer an der Förderkursreihe unseres JMDs teil, trotzdem bräuchte er wesentlich mehr Zeit und eine angemessene Einzel- oder Kleingruppenförderung. Die Klasse ist mit 16 Schülerinnen und Schülern zu groß. Wie sollen die sehr engagierten Lehrkräfte dieser Heterogenität und den unterschiedlichen Bedarfslagen gerecht werden, wenn Zeit- und Personalressourcen so knapp bemessen sind?

Unter diesen Umständen wird Sabi den Übergang in die EIBE-Oberstufen nicht schaffen, um dort den Hauptschulabschluss zu erwerben. Er wird vermutlich eine berufsqualifizierende Maßnahme besuchen, die aber auch wieder nicht passgenau auf seinen Bedarf und seine Ressourcen zugeschnitten ist. Seine schulische Laufbahn bleibt so ein reches Flickwerk.

Jugendmigrationsdienste

Der Jugendmigrationsdienst (JMD) bietet an über 400 Standorten in Deutschland, in Hessen in über 30 Städten und Gemeinden Beratung und Begleitung für junge Migrantinnen und Migranten im Alter von 12 bis 27 Jahren. Träger sind unter anderem die Arbeiterwohlfahrt, die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische bzw. Katholische Jugendsozialarbeit, der Internationale Bund und das Deutsche Rote Kreuz. Alle Standorte findet man unter www.jugendmigrationsdienste.de.

Der JMD des Evangelischen Vereins für Jugendsozialarbeit Frankfurt bietet kostenlose Beratungen auf Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch bei persönlichen Schwierigkeiten sowie Fragen zu Integration und Aufenthaltsstatus an. Er unterstützt bei der Suche nach passenden Sprach- oder Integrationskursen, bei der Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise, beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen, beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen sowie beim Kontakt zu Ämtern und Institutionen.

• Kontakt: Jugendmigrationsdienst, Rechnergrabenstraße 10, 60311 Frankfurt, Tel. 069-92105-6721, E-Mail: jmc@erjffm.de

Wie müsste das Schulsystem angelegt sein, um einen jungen Mann wie Sabi angemessen zu fördern? Wie kann Schule diese Herausforderung meistern, ohne die Lehrkräfte und diese Schülerinnen und Schüler zu überfordern? Nötig sind kleinere Klassen, binnendifferenzierte Lerneinheiten mit doppelt besetzten Unterrichtsstunden, speziell auf die Zielgruppe ausgebildete Lehrkräfte und eine intensive sozialpädagogische Begleitung, um den erschwerten Lebenslagen gerecht zu werden. Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Alphabetisierung Erwachsener und interkulturelles Lernen müssen in der Lehrerbildung fest verankert werden.

Es muss die Möglichkeit einer nachholenden Schulbildung für junge Menschen ab 15 Jahren geben, die bisher keinerlei oder geringe Schulbildung haben, mit einem spezifischen Curriculum, das sinnvollerweise an den beruflichen Schulen angesiedelt ist, da diese jungen Menschen häufig schon Arbeitserfahrungen und berufspraktische Kenntnisse haben. Dazu brauchen wir eine Verlängerung der Schulpflicht für junge Erwachsene bis 25 oder 27, die bisher keine oder nur geringe Schulbesuchszeiten hatten. Sabi hatte noch das Glück, dass er erst 15 Jahre alt war, als er nach Deutschland kam, und ihm so wenigstens noch ein Einstieg in das reguläre Schulsystem möglich war.

Zum Beispiel: Noura aus Marokko

Noura* ist 18 Jahre und hat eine doppelte Migrationserfahrung. Sie wurde in Marokko geboren und erwarb die spanische Staatsbürgerschaft, nachdem sie mit 11 Jahren zusammen mit ihrer Mutter nach Spanien zum Vater gezogen war. Sie erwarb dort den mittleren Bildungsabschluss und begann eine vollschulische Ausbildung im Bereich Administration. Noura spricht fließend Arabisch, Französisch und Spanisch.

Ein Jahr vor ihrem beruflichen Abschluss entscheidet die Familie, aufgrund der Wirtschaftskrise und beruflichen Perspektivlosigkeit des Vaters nach Deutschland weiterzuwandern. Der Vater findet eine Arbeit und eine Wohnung und die Familie zieht nach einem halben Jahr nach. Leider verliert die Familie die Wohnung und wird zurzeit in einem Hotel notdürftig untergebracht, zwei Zimmer für sechs Personen. Noura wartet drei Monate auf einen Platz in der Intensivklasse an einer Beruflichen Schule. Sie möchte schnell Deutsch lernen, sieht sich aber durch die schwierigen Wohnverhältnisse kaum dazu in der Lage. Auf die Frage, warum sie die Ausbildung nicht in Spanien beendet hat und erst danach zu ihrer Familie nachgezogen ist, antwortete der Vater, er könne eine doppelte Haushaltsführung nicht bezahlen. Wie Noura geht es auch anderen jungen Migrantinnen und Migranten, deren Ablösung von der Familie erschwert wird, da in der Zuzugsphase die gegenseitige Abhängigkeit deutlich zunimmt und häufig zu familiären Konflikten führt.

Auch bei Noura sind viele Fragen offen: Wird ihr Bildungsabschluss aus Spanien anerkannt? Kann ein Teil ihrer Ausbildung angerechnet werden? Wird sie in der Intensivklasse genügend Deutsch lernen, um ihre Berufsausbildung fortzusetzen? Während die Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse schon recht gut funktioniert und bei beruflichen Abschlüssen erste Erfolge erkennbar sind, stößt die Anerkennung von Schulabschlüssen auf viele Probleme.

Ein zukunftsorientiertes Bildungssystem muss der Vielfalt und heterogenen Voraussetzungen gerecht werden, alle jungen Menschen angemessen fördern und ihnen gleiche Chancen bieten. Das Bildungssystem in einem Einwanderungsland



Intensivklasse in Frankfurt (Foto: Paul-Hindemith-Schule Frankfurt)

muss inklusiv angelegt sein, denn alle jungen Menschen sollen unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen die Förderung erhalten, um eine Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen zu können.

Zum Beispiel: Ghulam aus Afghanistan

Ghulam* kam vor drei Jahren als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling mit 15 Jahren nach Deutschland. Nach einem Jahr Intensivklasse und anschließendem Besuch der 9. Klasse einer Gesamtschule schaffte er den Hauptschulabschluss. Bis dahin bekam er Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Nachdem sein Asylverfahren mit einem Abschiebeverbot abgeschlossen wurde und er eine Aufenthaltserlaubnis erhalten hat, muss er Leistungen beim Jobcenter beantragen. Da er gute Noten hatte und weiter lernen wollte, wurde er von der Schule für die 10. Klasse einer Realschule angemeldet.

Das Jobcenter erklärte, dass er als Schüler nicht leistungsberechtigt sei, und schickte ihn zum BAföG-Amt. Dort schickte man ihn zurück zum Jobcenter, da er erst seit drei Jahren in Deutschland lebt und somit die Voraussetzung für den Bezug von BAföG (in seinem Fall wären mindestens vier Jahre Aufenthalt nötig) nicht erfüllt. Trotzdem verlangt das Jobcenter, dass er die Schule verlässt und sich arbeitssuchend meldet, damit er Leistungen beziehen kann. Seine Klage beim Sozialgericht wird abgelehnt. Zum Glück gewährte das Sozialamt eine individuelle Ausnahmeregelung, sodass er im Sommer den Realschulabschluss erwerben wird. Er würde jetzt gerne das Fachabitur machen, aber das Problem der Lebensunterhaltssicherung wiederholt sich.

Auch die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz für ihn ist schwierig, da eine Berufsausbildungsbeihilfe an ähnliche Voraussetzungen wie das BAföG geknüpft ist. Sein Bildungswille wird so ausgebremst, obwohl er innerhalb von drei Jahren den deutschen Haupt- und den Realschulabschluss erworben hat und Deutschland dringend qualifizierte Fachkräfte braucht. Vielleicht gelingt es dem JMD seinen Lebensunterhalt für die Dauer der Ausbildung über eine Stiftung sicherzustellen. Hier besteht ein dringender politischer Handlungsbedarf!

Marita Hecker, Jugendmigrationsdienst des Evangelischen Vereins für Jugendsozialarbeit in Frankfurt am Main e.V.

*Der Name wurde geändert.



Frankfurt macht Schule

Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse kommen zu kurz

In der Stadt Frankfurt wird gerade ein neuer Schulentwicklungsplan diskutiert. Schuldezernentin Sarah Sorge (Bündnis 90/Die Grünen) lässt keine Gelegenheit aus, die Vielfalt an Frankfurter Schulen zu loben, doch in den Planungen für die Schulentwicklung werden die Kinder mit Migrationshintergrund vernachlässigt und die sogenannten Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sogar komplett ignoriert. Jahr für Jahr werden 600 Kinder und Jugendliche allein in Frankfurt in eine Intensivklasse aufgenommen. Die Bezirksvorsitzenden der GEW Frankfurt Sebastian Guttman und Maïke Wiedwald berichten über die Situation an den Frankfurter Schulen.

In Deutschland gelten das Menschenrecht auf Bildung und die Schulpflicht. Bildung ist wertvoll und jedes Kind muss zur Schule gehen, auch diejenigen, die ohne oder nur mit geringen Deutschkenntnissen nach Frankfurt kommen.

Nach einer kurzen Wartezeit erfolgt die formale Aufnahme und Schulzuweisung durch das *Aufnahme- und Beratungszentrum (ABZ)* des Staatlichen Schulamts Frankfurt, das auch für weitere Beratungs- und Hilfsangebote für die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zuständig ist. Eltern erhalten Informationen über das deutsche Schulsystem und die Aufgaben der Intensivklassen und Intensivkurse.

Kinder mit geringen oder ohne Deutschkenntnisse

Nach dem Besuch einer Intensivklasse sollte möglichst kein Schulwechsel erfolgen. Damit werden schon mit der Aufnahme in die Intensivmaßnahme Weichen für den späteren Schulabschluss gestellt, denn unter den 25 weiterführenden Schulen, die einen Intensivkurs anbieten, ist lediglich ein einziges Gymnasium (siehe Tabelle). Schülerinnen und Schüler eines Intensivkurses besuchen nach dem Ende des Intensivkurses oft die Schule, der sie für den Intensivkurs zugewiesen wurden – unabhängig vom erreichbaren Schulabschluss und von den Leistungen, die sie erbringen könn(t)en.

In den Intensivklassen sollen in der Regel 12 bis 16 Schülerinnen und Schüler im schulpflichtigen Alter vor dem Eintritt in eine Regelklasse grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben. Der Unterricht umfasst mindestens 20 Wochenstunden an Grundschulen und 28 an weiterführenden Schulen. Ab dem neuen Schuljahr soll der Umfang auf 25 reduziert werden – mit weit reichenden Kon-

sequenzen: Die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger müssen dann vom ersten Tag an drei Stunden zusätzlich in einer Regelklasse unterrichtet werden – und das ohne zusätzliche Ressourcen und Doppelbesetzungen.

Die Schülerinnen und Schüler bleiben meistens ein Jahr in der Intensivklasse, bei Bedarf und nach Entscheidung der Klassenkonferenz auch länger. Außer Deutsch werden auch Fächer wie Englisch oder Naturwissenschaften unterrichtet. Um den Übergang in die Regelklassen zu erleichtern, nehmen die Schülerinnen und Schüler in Kunst, Musik oder Sport nach Rücksprache mit Lehrkräften, Schulleitung und Eltern oft bereits am Unterricht möglicher künftiger Regelklassen teil. Die Intensivkurse sind extrem heterogen, was Alter, Herkunftsland und Leistungsfähigkeit betrifft, so dass die Förderung sehr individuell gestaltet werden muss. Es geht dabei nicht nur um die Vermittlung der deutschen Sprache, sondern auch um Einblicke in eine fremde Schul- und Lebenskultur und um Widersprüche und offene Fragen der Schülerinnen und Schüler.

Neben den Intensivklassen gibt es zurzeit an Frankfurter Schulen auch **Intensivkurse**. Sie sollen in der Regel nicht mehr als 12 Schülerinnen und Schüler haben, die mit mindestens 12 Wochenstunden bis zu zwei Jahre lang gefördert werden. Daneben nehmen sie in den meisten anderen Fächern am Unterricht einer Regelklasse teil.

Alphabetisierungskurse wenden sich an Schülerinnen und Schüler, die noch keine Schule besucht haben und finden im Rahmen von Intensivklassen oder Intensivkursen statt.

Nach dem Übergang in die Regelklasse haben die Kinder und Jugendlichen das Recht auf eine sogenannte **Nachförderung**. Teilweise ist dieses Recht an Schulen aber gar nicht bekannt oder es fehlen Stunden und ausreichend qualifizierte Lehrkräfte.

Jugendliche ab 16 Jahren haben keinen Anspruch mehr auf die Förderung in Intensivklassen und -kursen. Sie werden an einer der Frankfurter Berufsschulen angemeldet, die besondere Angebote für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger bereithalten, ohne dafür zusätzliche Mittel zu erhalten. Das ist ein Skandal!

Wie ist die Stellensituation?

Seit Jahren ist die Zahl der Kinder in den Intensivklassen und -kursen in Frankfurt gestiegen und daran wird sich auch in den nächsten Jahren nichts ändern. Die Umsetzung des Rechts auf Bildung erfordert die Aufhebung der Ressourcenvorbehalte und die Erhöhung der Stellen und Mittel zur Förderung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger. Doch das Gegenteil ist der Fall: Ressourcen werden „umgeschichtet“, Stellen gekürzt, Arbeitsbedingungen verschlechtert.

Für alle Angebote für Kinder mit Migrationshintergrund standen den Frankfurter Schulen im Schuljahr 2007/2008 noch fast 198 Stellen zur Verfügung, im Schuljahr 2013/2014 waren es nur noch 183 Stellen (siehe Tabelle). Daraus müssen neben den Intensivklassen und -kursen auch die Vorlaufkur-

Intensivkurse und Intensivklassen nach Schulformen

	Grundschule	H-R-Schulen	IGS/KGS	Gymnasium	Förderschule Lernen
Mai 2010	9 Klassen	13 Klassen 4 Kurse	7 Klassen 2 Kurse	1 Klasse 1 Kurs	3 Klassen
Febr. 2012	8 Klassen 1 Kurs	14 Klassen	7 Klassen 2 Kurse	1 Klasse	4 Klassen
Juni 2014	11 Klassen 2 Kurse	17 Klassen 2 Kurse	12 Klassen 1 Kurs	1 Klasse	3 Klassen

se für Kinder vor dem Eintritt in die Grundschule und alle weiteren Förderangebote im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) finanziert werden.

Berichte aus der Praxis (HLZ S. 14) zeigen außerdem, dass die Obergrenze von 16 Schülerinnen und Schülern in den Intensivmaßnahmen zu hoch ist und auf 12 herabgesetzt werden muss – so wie es in Frankfurt bis Anfang 2012 der Fall war. Gegen den Protest der Lehrkräfte und der GEW wurde diese Übereinkunft 2012 aufgehoben, so dass heute fast alle Kurse bis zur Obergrenze gefüllt sind.

Neue Intensivklassen werden eingerichtet

Im Schuljahr 2013/2014 gibt es an 36 Frankfurter Schulen Intensivkurse und Klassen, von denen acht Alphabetisierungskurse sind. Wenige Plätze sind nicht belegt, fast alle Gruppen sind bis an die Obergrenze gefüllt. Es werden jedes Jahr wieder neue Intensivklassen an neuen Standorten in Frankfurt eingerichtet, weil die Zahl der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger stetig steigt. Im neuen Schuljahr 2014/2015 werden voraussichtlich zwei neue Intensivklassen und zwei Intensivkurse in Frankfurt eingerichtet werden.

Eine permanente Überforderung durch zu hohe Gruppengrößen schadet allen Beteiligten. Ohne ausreichende Förderung und Begleitung wird es für die Schülerinnen und Schüler in Intensivklassen immer schwieriger, ihre individuellen Fähigkeiten auszuschöpfen und gute Schulabschlüsse zu erreichen. In diesem Zusammenhang fordert die GEW Frankfurt, bei der Lehrerzuweisung nach dem Sozialindex die DaZ-Stunden nicht mehr anzurechnen.

Was verändert sich jetzt?

Das Hessische Kultusministerium (HKM) hat nach zahlreichen Protesten erkannt, dass die Einrichtung zusätzlicher Intensivklassen und -kurse notwendig ist und hierfür eigenständige Mittel unabhängig von der Zuweisung für die übrigen DaZ-Fördermaßnahmen bereitgestellt werden müssen. Für den Bereich des Staatlichen Schulamts Frankfurt würde dies bedeuten, dass für alle anderen Fördermaßnahmen (Vorlaufkurse, DaZ, Deutsch und PC) fast 150 Stellen zur Verfügung stehen müssten und unabhängig davon alle Intensivkurse und -klassen versorgt werden. Bei Redaktionsschluss

Lehrerstellen für Kinder mit Migrationshintergrund im Bereich des Staatlichen Schulamts Frankfurt (ohne Herkunftssprachlichen Unterricht)

Schuljahr	I-Klassen + I-Kurse	DaZ + Deutschförderung	Vorlaufkurse	gesamt
2014/2015 (1)	ca. 43 Stellen (1.165 Std.)	102,3	47,30	ca. 193
2013/2014	48,47	93,71	40,70	183,0
2012/2013	45,23	104,64	34,09	184,0
2011/2012	38,83	114,70	33,04	186,5
2010/2011	38,48	120,11	30,26	189,0
2009/2010	34,71	131,15	26,21	192,5

(1) für 2014/15 voraussichtliche Zahlen nach dem Erlassentwurf vom 30.4.2014

Quelle: Zuweisungserlasse des Hessischen Kultusministeriums



Die UNO-Flüchtlingshilfe fördert seit 1980 Hilfsprojekte für Flüchtlinge im In- und Ausland. Das Foto entstand in der Bourj Hammoud High School im Libanon. (Foto: UNHCR/C. Lau)

der HLZ war noch nicht überprüfbar, ob dies tatsächlich der Fall sein wird und ob die beschriebenen Verschlechterungen durch die Absenkung des Stundenvolumens im Bereich der Intensivklassen in der Sekundarstufe I von 28 auf 25 Stunden zurückgenommen werden. Durch diese Absenkung der Stunden würden in Frankfurt 285 Stunden weniger zur Verfügung stehen als auf der Berechnungsgrundlage des Schuljahrs 2013/2014, die Nachförderung müsste damit gänzlich entfallen. Zudem stand all dies noch unter „dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Hausspitze“.

Und Frankfurt?

Eine Stadt wie Frankfurt muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in dieser Stadt leben und zur Schule gehen, umgeht. Deren Situation in einer Schulentwicklungsplanung nicht zu berücksichtigen oder – wie bei den Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern – komplett zu ignorieren, ist nicht hinnehmbar. Auch im Bereich der Jugendhilfe müssen Förderangebote entwickelt und umgesetzt werden und sich in der Schulentwicklungsplanung wiederfinden. Ständig auf private Stiftungen zu verweisen, hilft nicht weiter.

Es ist und bleibt Aufgabe des Staates, das Recht auf Bildung umzusetzen, Hürden abzubauen und Schritte zur Verbesserung der Situation zu gehen – auf allen Ebenen. Dies würde wirklich etwas bewegen, Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern einen pädagogisch sinnvollen Einstieg in eine Frankfurter Schule ermöglichen und den Weg zur Teilhabe an Bildung und am gesellschaftlichen Leben ebnen.

Maike Wiedwald und Sebastian Guttman

„Ich will lernen, lernen, lernen“

Aus Kolumbien und Äthiopien nach Frankfurt

Selbstbewusst, optimistisch und bildungshungrig: So präsentierten sich die 16-jährige Lidya (Name geändert), die bis zum Sommer die Paul-Hindemith-Schule in Frankfurt besuchte, und der 19-jährige Jhon Bolivar Munoz von der Carl-von-Wein-

berg-Schule in Frankfurt im Gespräch mit HLZ-Redakteur Harald Freiling. An dem Gespräch über ihre Erfahrungen, ihre Hoffnungen und ihre Visionen nahm auch Lidyas Klassenlehrer Christoph Baumann teil.

HLZ: Unser Gespräch soll dafür sorgen, dass in der HLZ nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer in den Deutschkursen zu Wort kommen, sondern auch die Schülerinnen und Schüler, die als Flüchtlinge oder Einwanderer nach Deutschland kommen. Wie habt ihr so gut Deutsch gelernt, dass ihr heute oder nach den Sommerferien eine gymnasiale Oberstufe besuchen könnt?

Jhon: Die Intensivklasse hat mir sehr geholfen, weil gleich der gesamte Unterricht auf Deutsch stattfand. Dass da Kinder aus so vielen Nationen zusammen lernen sollten, fand ich spannend, aber es machte mir auch Angst, denn das kannte ich aus Kolumbien nicht. Ein anderes spanisch sprechendes Kind hat mir viel geholfen. Eine richtig große Hilfe war das Deutsche Schülerstipendium der Roland Berger Stiftung und auch die Arbeit der ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren. Da war jemand, der ganz allein für mich da war, zu dem ich eine Beziehung aufbauen konnte und der mir half, und das nicht nur im Fach Deutsch.

Lidya: Nach dem Deutschkurs im Aufnahmeheim war ich richtig sauer, dass ich an der Paul-Hindemith-Schule in eine Intensivklasse kam, wo so viele Schüler überhaupt noch kein Deutsch konnten. Das war manchmal sehr langweilig, denn ich wollte doch lernen. Deshalb war ich sehr froh, dass ich schon nach drei Monaten in die normale Klasse kam. Dort wurde ich gut aufgenommen. Gut ist, dass es an unserer Schule eine „Nachförderung“ gibt. Auch im Kinderheim be-

komme ich Nachhilfe in Deutsch. Englisch hatte ich ja schon in Äthiopien gelernt, denn in meiner Schule wurden ab der 7. Klasse alle Fächer auf Englisch unterrichtet.

Jhon: Als ich in die Regelklasse kam, hatte ich zuerst große Angst, zu versagen. Ich war richtig schüchtern, das kann man sich heute kaum noch vorstellen bei mir. Die Lehrer haben mir oft prognostiziert, dass ich große Probleme wegen meiner schlechten Deutschkenntnisse haben werde. Das war ja richtig, hat mir aber erst einmal den Mut genommen. Auch jetzt ist Deutsch mein Schwachpunkt, denn es ist noch nicht perfekt. Das wirkt sich leider auch auf die Noten in den anderen Fächern aus, wenn ich wegen der Fehler bei der Rechtschreibung und Grammatik Punkte abgezogen bekomme...

Christoph: ... in der Mittelstufe gilt das zum Glück nur für das Fach Deutsch...

Jhon: ... und dann lande ich manchmal unterm Strich. Zum Glück kann ich hier auf der Carl-von-Weinberg-Schule Spanisch ins Abitur einbringen. Da habe ich schon mal einen sicheren Ausgleich.

Christoph: Bei Lidya war das Problem, dass sie bis vor ein paar Tagen für ihre Aufnahme in einer gymnasialen Oberstufe in Frankfurt nur Absagen bekommen hat. Die Suche nach einem Platz für Lidya hat mir einmal mehr gezeigt, wie sehr die Förderung von jugendlichen Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten auch eine Frage der Schulform ist. An unserer IGS gehören alle dazu, weil unsere Schule eine Schule für alle ist, die nicht sagen kann, den oder die nehmen wir nicht, und das dann auch noch nicht einmal begründen muss...

Lidya: Auf jeden Fall haben mir die vielen Absagen richtig weh getan, ich fand das unfair. Jetzt bin ich sehr froh, dass ich einen Platz habe. Ich will ja auch noch besser wer-



Jhon (19) zog vor über acht Jahren aus Kolumbien zu seiner Mutter nach Frankfurt. Ohne Deutschkenntnisse kam er erst nach drei Monaten in eine Schule. Nicht zufällig war es eine Hauptschule, in der er ein halbes Jahr lang einen Intensivkurs besuchte. Aufgrund seiner guten Leistungen wechselte er an die Georg-Büchner-Schule, eine Integrierte Gesamtschule, wo er erst den Hauptschulabschluss, dann den Realschulabschluss erwarb. Als „großen Glücksfall“ beschreibt er die Chance, an der Carl-von-Weinberg-Schule, der IGS vor seiner Haustür, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen. Dass die Schule im Rahmen der „Eliteschule des Sports am Standort Frankfurt“ einen starken sportlichen Schwerpunkt hat, kommt dem begeisterten Fußballer und Hip-Hop-Tänzer natürlich sehr entgegen. Der Leistungskurs Sport soll beim Abitur im nächsten Jahr über andere Hürden hinweg helfen.

den in Deutsch, aber es ist ja jetzt schon die dritte Sprache. In meiner Muttersprache Amharisch gibt es eine ganz andere Schrift. In Mathe habe ich gar keine Schwierigkeiten, aber auch das war eine Umstellung. Wo man bei den Dezimalzahlen ein Komma macht, macht man bei uns einen Punkt...

Jhon: Und das Mal-Zeichen ist in Kolumbien ein Punkt und hier ein „x“. Aus der Schule in Kolumbien kannte ich ganz andere Rechenwege. Aber das ist für die Lehrer okay, wenn sie sehen, wie ich zu dem Ergebnis gekommen bin und wenn es dann auch stimmt.

HLZ: Warum geht ihr eigentlich diesen schweren Weg über die gymnasiale Oberstufe?

Lidya: Ich muss lernen, lernen, lernen. Bessere Bildung ist für mich sehr viel wert. Deshalb weiß ich, dass ich es schaffen werde. Und ich will später auf jeden Fall auch studieren.

Jhon: Das geht mir auch so. Für mich war von Anfang an klar, dass ich den höchsten Abschluss erreichen will. Ich habe mir vorgenommen, meiner Mutter etwas zurückzugeben, und ich will für meinen jüngeren Bruder ein Vorbild sein, was man mit dem Lernen erreichen kann. Nach dem Abi will ich ein Auslandsjahr machen und dann auch studieren.

HLZ: Wie habt ihr Deutschland in der ersten Zeit nach eurer Einreise wahrgenommen und wie findet ihr die deutschen Schulen?

Jhon: Große Probleme hatte ich zuerst mit den Menschen. Wir Kolumbianer sind sehr offenherzig, hier fand ich die Menschen zuerst sehr verschlossen und kalt, jeder ist für sich. Ich hatte oft das Gefühl, ich stehe vor einer Wand. Inzwischen nehme ich das anders wahr. Auch das Schulsystem war mir erst einmal fremd. Die Aufteilung auf Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen haben wir in Kolumbien nicht...

Lidya: ... das gibt es auch in Äthiopien nicht...

Jhon: ... deshalb bin ich jetzt ganz froh, auf einer Gesamtschule zu sein. Uns werden hier sehr viele Chancen geboten, in Kolumbien gibt es Bildung nur für Geld. Wer kein Geld hat, hat auch keine Chancen. Hier bekommt man die Unterrichtsmaterialien vom Staat, auch für den Besuch der Oberstufe muss man nicht bezahlen. Und es gibt eine gute Förderung.

HLZ: Was müsste man noch verbessern?

Jhon: Die Förderung müsste individueller sein. Das Mentorensystem war für mich richtig gut. Im Rahmen meines Stipendiums habe ich einen individuellen Förderplan. Das könnte auch der Staat übernehmen, aber die Einzelförderung ist

Lidya (Name geändert) ist 16 Jahre alt und wohnt in einem Kinder- und Jugendheim der Stiftung Waisenhaus in Frankfurt. Sie kam vor zwei Jahren ohne ihre Eltern aus Äthiopien nach Deutschland. Die ersten Deutschkenntnisse erwarb sie in einem Aufnahmeheim der Arbeiterwohlfahrt für unbegleitete Flüchtlingskinder in Frankfurt. In der Deutsch-Intensivklasse der Paul-Hindemith-Schule (HLZ S. 14) lernte sie – schneller als viele andere – so viel Deutsch, dass sie schon nach drei Monaten in die 9. Klasse der Integrierten Gesamtschule wechseln konnte und als eine der Besten in der Klasse auch die Hauptschulprüfung bestand. Am Ende des letzten Schuljahres schaffte sie einen guten Realschulabschluss. Nur im Fach Deutsch war es eine „Drei“ im Grundkurs. Nach den Sommerferien wird sie auf die Oberstufe eines Frankfurter Gymnasiums wechseln, weil die Paul-Hindemith-Schule nicht über eine eigene Oberstufe verfügt.



Wie schreibt man in Äthiopien? Schreibkurs Amharisch im Berliner Wedding mit Sprachlehrer Abdi Demera (Foto: Mareike Langlotz, Quartiersmanagement Sparrplatz)

für mich bis heute sehr wichtig. Jetzt in der Oberstufe bleibt dafür nicht mehr viel Zeit.

Lidya: Das geht mir genauso. In der Intensivklasse waren zu viele Kinder, immer kamen neue hinzu, immer wieder fingen wir wieder ganz am Anfang an. Gut war, dass wir so viele Stunden Deutsch hatten, das war eine gute Grundlage. Ich hätte danach gern mit Französisch angefangen. Aber dazu kam ich zu spät in die deutsche Schule. Jetzt will ich in der Oberstufe mit Spanisch anfangen...

HLZ: ...da könnt ihr beide euch mal kurzschließen...

Lidya: ... aber die meisten Sorgen habe ich vor Deutsch. Was mir in der deutschen Schule nicht gefällt, ist der fehlende Respekt der Schülerinnen und Schüler vor den Lehrern, wie die mit den Lehrern umgehen. Das ist in Äthiopien ganz anders.

Christoph: Hast du das deinen Mitschülern mal gesagt?

Lidya: Nein, das traue ich mich nicht. Meine Freunde sind vor allem die Kinder im Heim.

Jhon: Ich war froh, in die Oberstufe zu kommen. Da ändert sich das Lernklima, da bin ich zusammen mit denen, die auch lernen wollen.

HLZ: Eure Zukunftspläne sind sicher auch immer von der Sorge überschattet, wie lange ihr in Deutschland bleiben könnt.

Jhon: In den ersten sieben Jahren musste meine Aufenthaltsgenehmigung jedes Jahr erneuert werden. Das hat mich stark belastet. Seit einem Jahr habe ich eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, das hat mich schon sehr erleichtert. Eigentlich bin ich ja doch ein sehr fröhlicher Mensch...

Christoph: Lidya darf sich eigentlich nur in Hessen aufhalten. Für unsere Abschlussklassenfahrt nach Holland brauchten wir eine Ausnahmegenehmigung. Aber die haben wir zum Glück bekommen.

HLZ: Ich danke euch allen herzlich für das Gespräch. Lidya und Jhon, euch wünschen wir alles Gute für euren weiteren Lebensweg, viel Erfolg in der Schule und weiter so große Begeisterung für das Lernen.

Montags um 9 Uhr

Aus dem Alltag einer Intensivklasse in Frankfurt

Barbara Newels, auf dem Foto in der Mitte, unterrichtet neben ihren Fächern Gesellschaftslehre, Deutsch und Spanisch seit 19 Jahren Deutsch als Zweitsprache in Intensivklassen für Seiten-einsteiger, seit sieben Jahren an der Paul-Hindemith-Schule, einer Integrierten Gesamtschule im Frankfurter Stadtteil Gallus.

Montag, 9 Uhr, Aufnahmegespräch: Während ich beobachte, wie das Mädchen mit ungelinker Schrift und unter Anleitung des „Übersetzers“ ihre Unterschrift unter die Schulregeln der Paul-Hindemith-Schule setzt, versuche ich mich an alles zu erinnern, was ich über ihr Herkunftsland Eritrea weiß. Politische Zustände? Religiöse Minderheiten? Wirtschaftliche Verhältnisse? Frauenrolle? Zum Aufnahmegespräch in der Schule bringen die Familien oftmals einen Verwandten oder Bekannten mit, der zu übersetzen versucht. Später werden die Gespräche mühsamer, weil die „Übersetzer“ oftmals keine Zeit haben oder nicht erreichbar sind.

Jetzt erkläre ich der kleinen Gruppe, welche Materialien das Kind benötigt, und schiebe vorsichtshalber das Formular für das Bildungs- und Teilhabepaket nach. Der „Übersetzer“ erklärt gerade mutmaßlich den Unterschied zwischen Schnellhefter und Ordner und meine Gedanken schweifen wieder ab: In dem Aufnahmebogen meiner neuen Schülerin, der vom Aufnahme- und Beratungszentrum (ABZ) mitgeschickt wurde, lese ich, dass Mutter und Tochter über den Sudan nach Deutschland geflohen sind. Geflohen wovor? Das würde ich gern wissen. Und wie hält man es aus in ei-

nem Flüchtlingslager, seit zwei Jahren ohne Schule? Und wie kann es mir als Lehrerin gelingen, diesem Kind, das vermutlich mehr „echte“ Lebens- und Überlebenserfahrung hat als ich, möglichst schnell möglichst viel Deutsch beizubringen?

Die Betonung liegt hier deutlich auf „schnell“. Sie wird ungefähr ein Jahr Zeit haben, in einer Intensivklasse Deutsch zu lernen. Dafür stehen ihr zehn Unterrichtsstunden Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in der Woche zur Verfügung, insgesamt umfasst der Unterricht in der Intensivklasse 28 Stunden. Vielleicht entscheiden wir sogar schon vor Ablauf des Jahres, sie in eine Regelklasse zu geben, zum Beispiel wenn in der aufnehmenden Klasse eine Klassenfahrt ansteht. Verlängern kann ich die Zeit in der Intensivklasse nur im allergrößten Notfall. Zu lang sind in Frankfurt die Wartelisten der Kinder, die täglich in Deutschland ankommen und auf ihre Chance warten, in einer Intensivklasse Deutsch zu lernen.

Aktuell besteht meine Klasse, die 5i, aus 15 Schülerinnen und Schülern, von denen drei zum Schuljahresbeginn kamen, die anderen stießen mit jeweils zweiwöchigem Abstand zu uns. Die letzte kam kurz vor den Sommerferien im Juni. Sie kommen aus Eritrea, Mazedonien, Spanien, Italien, Kasachstan, USA, Bulgarien, Ghana, Kroatien, Rumänien, Afghanistan, Chile, Korea und Polen. Dass die Lernvoraussetzungen und schulischen Vorerfahrungen der Kinder mindestens so unterschiedlich sind wie deren Herkunftsländer, muss ich nicht erklären. Der Unterricht im Verband der Intensivklasse umfasst die Fächer DaZ, Mathematik, Englisch, Gesellschaftslehre, Kunst und Sport. Trotz der sehr anstrengenden und aufwändigen Binnendifferenzierung, die die Lehrkräfte anbieten müssen, unterrichten wir alle sehr gerne diese Klasse. Die Schülerinnen und Schüler sind motiviert und interessiert. Sie leisten nicht nur fachlich eine ganze Menge, sondern auch sozial. Sobald ein neuer Schüler in die Klasse kommt, müssen alle Rollen innerhalb der Gruppe neu definiert werden. Gerade entstandene Freundschaftsbande werden eventuell auf eine harte Probe gestellt. Oft geschieht das überwiegend „pantomimisch“, da die Schülerinnen und Schüler ja noch keine gemeinsame Sprache haben.

Die meisten Schülerinnen und Schüler lernen recht schnell einen kleinen Alltagswortschatz, der ihnen hilft, in der Schule klarzukommen. Schwieriger wird es beim Erlernen der Schriftsprache oder der verschiedenen Fachsprachen. Einige sind ungeübt in Stifthaltung und produzieren ein nur schwer lesbares Schriftbild. Beim Vorspielen kleiner Dialoge oder der pantomimischen Darstellung erlernter Verben sind gerade diese Kinder aber sehr kreativ. In der Mathematikstunde wird die Spannweite des Lernens besonders deutlich. Die Schülerinnen und Schüler arbeiten in kleinen Gruppen oder auch alleine an unterschiedlichen lehrplanrelevanten Themen. Dazu holen sie sich aus dem Materialwagen die Aufgaben für ihr jeweiliges Lernniveau. Während einige immer wieder üben, die Zahlen zu schreiben und auszusprechen, kämpfen Kinder beispielsweise aus Afghanistan mit dem Problem, den Zahlenraum zu erfassen, da sie ein anderes System gelernt hatten. Drei Schülerinnen und Schüler sind gerade mit Übung-



Nach drei Monaten sollen die Schülerinnen und Schüler einen Text über ihre Schule im Herkunftsland verfassen. Zusammen mit Fotos oder Zeichnungen entsteht für jedes Kind in der Klasse ein kleines Buch. So entstand über die Jahre eine großartige Sammlung „Schulen der Welt“.

gen zu den Grundrechenarten beschäftigt, zwei lernen das kleine Einmaleins, einige hantieren mit den Geodreiecken, während die Lehrerin einem anderen Teil den Einstieg in das Multiplikationsprogramm erklärt. Wenn sie eine neue „Stufe“ erreicht haben, sind sie sehr stolz und bieten gern ihren Mitschülerinnen und Mitschülern ihre Hilfe an.

Nach einem Jahr des gemeinsamen Lernens in der 5i beginnt die aufregende Phase der Integration in eine Regelklasse. Durch die gemeinsamen Angebote am Nachmittag, durch Arbeitsgemeinschaften, die AG *Baskidsball*, die Hausaufgabenhilfe und die Betreuung im *Cafe Comic* kennen die Schülerinnen und Schüler der 5i schon einige ihrer zukünftigen Klassenkameradinnen und Klassenkameraden. Auch das Mittagessen in der Mensa, das an unserer Schule vom ganzen Jahrgang 5 gemeinsam eingenommen wird, und die Teilnahme an der Klassenfahrt tragen dazu bei, dass sie sehr schnell in die neue Klassengemeinschaft integriert werden. Die älteren Kinder haben es da schwerer, sie werden in einen höheren Jahrgang integriert, zu dem in der Regel weniger Kontakte bestehen.

Das Herz schlägt Purzelbäume

Um 11 Uhr stehe ich mit einem Schüler vor der Tür seiner neuen Klasse und sein Herz schlägt Purzelbäume, denn er fürchtet, alles Deutsch vergessen zu haben. Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit wird er in eine partielle „Sprachlosigkeit“ geworfen. Konnte er sich in der 5i sehr gut verständigen, das Lernpensum bewältigen und den Neuankommelingen helfen, so steht er jetzt wieder ziemlich am Anfang, wenn er das Bio- oder das GL-Buch aufschlägt und den Eindruck gewinnt, kaum etwas zu verstehen. Er wird auch zunächst kaum am mündlichen Unterrichtsgeschehen teilnehmen, weil er sich nicht traut, seine Ideen laut vorzustellen, weil ihm für einige Beiträge nach nur einem Jahr intensiven Deutschlernens immer noch viele Wörter fehlen.

Zum Glück hat unsere Schule den Nachförderunterricht für diese Kinder gut organisiert. Wenn die Schülerinnen den geschützten Raum der Intensivklasse verlassen haben, erhalten sie parallel zum Deutschunterricht weiterhin Förderung in DaZ. Das ist organisatorisch ein großer Aufwand und mit jeder Stundenkürzung, die der Schule mitgeteilt wird, wackeln als erstes die Nachförderstunden, da die Gruppen relativ klein sind. Aus der Erkenntnis, dass der Spracherwerb nicht nach einem Jahr abgeschlossen sein kann und im ungesteuerten Sprachprozess nur unzureichend fortgeführt wird, wurde ein Konzept für die Nachförderung entwickelt, das die grammatische Progression und die systematische Wortschatzerweiterung beinhaltet, aber auch der psychischen Situation der Schülerinnen und Schüler gerecht werden kann.

In der 7i sind die Schülerinnen und Schüler zwischen 12 und 16 Jahre alt. Auch sie müssen das Fremde schnell akzeptieren und bewältigen, pubertäre Ausrutscher sind nicht erlaubt. Beim ersten Treffen sind ihre Augen voller Angst vor dem Fremden. Auch ich habe Angst vor dem, was sie mir erzählen: unglaublich traurige Lebensgeschichten, Erschreckendes über ihre derzeitigen Lebensumstände, über den Hunger in den ersten Tagen in Deutschland mit einem Becher Joghurt für vier Kinder, über aggressive Väter, über den Verlust der Mutter oder beider Eltern, über die Verantwortung für psychisch kranke Eltern. Und trotzdem blicke ich in Augen, die große Motivation ausstrahlen, das neue Leben anzugehen. Hier ist man nicht nur Lehrkraft, son-



dem Bezugsperson. Hier erlebt man eine starke Bindung zwischen der Lehrkraft und den Schülerinnen und Schülern und spürt die große Verantwortung, dass sie sich wenigstens in der Klasse beschützt und wohl fühlen und zugleich innerhalb eines Jahres genug Deutsch lernen, um in der Regelklasse zu bestehen.

Kürzung der Stundenzahl gefährdet die Förderung

Die jüngste Verlautbarung aus dem Schulamt lässt am Ende des Schuljahrs doch wieder Zweifel an der Sinnhaftigkeit meines Tuns aufkommen: Die Stunden für die Intensivklassen sollen von 28 auf 25 gekürzt werden. Um dies auszugleichen, müsste jeder Schüler und jede Schülerin drei Stunden zusätzlich am Unterricht einer Regelklasse teilnehmen, um das Soll der Stundentafel zu erreichen. Was ist daran schlimm? Für den Sportunterricht braucht man doch kein Deutsch zu können? Wirklich nicht? Für die Schülerinnen und Schüler stellen sich neue verunsichernde Situationen ein, denn auch im Sportunterricht ist nicht alles durch Beobachten zu verstehen. Versuchen Sie einmal durch bloßes Zuschauen die Regeln von „Zombieball“ zu erfassen! Und spielen Sie ruhig schon einmal mit, auch wenn Sie nicht wissen, worum es geht! Und ertragen Sie die genervten Blicke der Mitspielenden! Auch für die Organisation des Unterrichts in der Intensivklasse verheißt diese Regelung nichts Gutes, wenn immer mal wieder drei, vier oder fünf Schülerinnen und Schüler im Sport- oder Kunstunterricht einer Regelklasse sind, in meiner Deutschstunde fehlen und der eh schon stark binnendifferenzierte Unterricht weiter differenziert werden muss.

Das Schulamt begründet die Kürzung mit dem stark steigenden Bedarf an weiteren Intensivklassen aufgrund steigender Schülerzahlen. Weil es dafür aber keine Ressourcen gibt, soll halt jede Intensivklasse ein paar Stunden abgeben. Da frage ich mich doch nicht ohne Verbitterung, warum man in anderen Bereichen ganz anders verfährt. Wie würde die Öffentlichkeit beispielsweise reagieren, wenn man wegen steigender Schülerzahlen an den Gymnasien die Stundentafel der Gymnasialklassen kürzen würde? Warum kann man das bei den Intensivklassen aber ohne öffentlichen Aufschrei tun?

Barbara Newels

mit Dank an Eda Korkmaz als Klassenlehrerin der 7i



Chancen eröffnen

Förderung an Berufsschulen muss ausgeweitet werden

Seiteneinsteiger sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die aus dem Ausland kommen und in das deutsche Schulsystem aufgenommen werden. In die beruflichen Schulen münden diejenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein, die älter als 15 Jahre sind und der verlängerten Vollzeitschulpflicht unterliegen. In § 58 der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses heißt es dazu wörtlich:

„Berufsschulberechtigte, die aufgrund unzureichender Vorbildung und mangelnder deutscher Sprachkenntnisse ohne Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis sind, sollen Vollzeitunterricht oder Teilzeitunterricht im Rahmen der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung erhalten. Dieser dient vorrangig der Förderung zur Berufsbefähigung, der Förderung der Bereitschaft zu einer Berufsausbildung sowie dem Nachholen deutscher Schulabschlüsse (Hauptschul- oder Realschulabschluss). Dabei ist die Erweiterung ihrer Kenntnisse in den allgemein bildenden Fächern notwendig. Der Unterricht hat seinen Schwerpunkt in der Vermittlung der deutschen Sprache in enger Verbindung mit dem handlungsorientierten Fachsprachenerwerb.“

Die maximale Verweildauer in den oben genannten Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung beträgt ein Jahr, in den EIBE-Klassen (Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt) maximal zwei Jahre. Dem Auftrag gerecht zu werden und die Jugendlichen sowohl bezüglich des Spracherwerbs als auch in Bezug auf die berufliche Qualifizierung so vorzubereiten, dass sie im Anschluss eine Berufsausbildung beginnen können, war auch in den vergangenen Jahren schwierig. Durch die enorme Zuwanderung nach Deutschland hat sich der Anteil der Seiteneinsteiger in EIBE in den letzten drei Jahren inzwischen jedoch nahezu verdreifacht. Zunehmend kommen auch schulpflichtige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Alter von 16 oder 17 Jahren in die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB) und EIBE-Maßnahmen, die in Deutschland noch keine Schule besucht haben und aufgrund ihres Alters direkt an die beruflichen Schulen verwiesen werden. Viele haben in ihren Heimatländern Eritrea, Äthiopien, Somalia und Ghana sowie Afghanistan, Syrien oder Pakistan noch nie oder nur

für kurze Zeit eine Schule besucht und sind in ihrer Muttersprache nicht alphabetisiert. Sie haben traumatische Erlebnisse in ihrem Heimatland oder auf einer zum Teil mehrjährigen Flucht zu verarbeiten.

Der Unterricht mit dieser Schülergruppe stellt besondere Anforderungen an die Lehrkräfte. Eine zusätzliche sozialpädagogische Förderung, wie sie in den EIBE-Klassen noch zur Verfügung steht, ist unabdingbar. Diese Jugendlichen zu befähigen, sich auf das Lernen einzulassen, und elementare Voraussetzungen für ein Lernen im schulischen Rahmen zu schaffen, ist eine riesige Herausforderung für die beruflichen Schulen. Es geht zunächst vorrangig um den Erwerb der Grundvoraussetzungen für Organisation und Techniken des Lernens und grundlegender Kulturtechniken. Dieselben BzB- oder EIBE-Klassen werden aber auch von Seiteneinsteigern aus bildungsnahen Familien aus dem europäischen Ausland besucht, die eine gute Schulbildung in ihrem Heimatland erfahren haben.

Immer wieder müssen auch im laufenden Schuljahr schulpflichtige Jugendliche in bereits bestehende Klassen aufgenommen werden – nicht ohne Probleme in Bezug auf die Klassendynamik und den Lernfortschritt. Zusätzliche Klassen zur Beschulung von Seiteneinsteigern und jugendlichen Flüchtlingen zu bilden, ist für die beruflichen Schulen nur dann möglich, wenn dies auch in der Lehrerrzuweisung berücksichtigt wird. Zurzeit ist für die Lehrerrzuweisung jedoch nur die Anzahl der Schülerinnen und Schüler relevant, die sich zum Stichtag 1.11. eines Jahres in den Klassen befinden.

Wie geht es weiter?

Das EIBE-Programm läuft mit dem Schuljahr 2013/14 aus. Eine Verlängerung um ein Jahr (Schuljahr 2014/15) wurde angekündigt, da ein Nachfolgeprogramm für die Seiteneinsteiger bislang nicht auf den Weg gebracht wurde. Bei Redaktionsschluss der HLZ war noch unklar, wie die jungen Einwanderer und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ab 15 Jahren zukünftig beschult werden können.

Vor diesem Hintergrund sollten Ideen und Konzepte aus den Schulen zur Beschulung der oben beschriebenen Zielgruppe gehört werden und in der Diskussion um ein neues Programm ihre Berücksichtigung finden. Aus schulischer und pädagogischer Sicht ist der Zeitraum von einem Jahr, maximal zwei Jahren entschieden zu kurz, um mit der beschriebenen Zielgruppe Deutsch zu lernen, einen Hauptschulabschluss zu erwerben und sich beruflich zu orientieren. Der Schulbesuch für die Seiteneinsteiger sollte auf mindestens zwei Jahre mit der Option auf ein weiteres Jahr möglich sein. Daran sollten sich weitere Sprachfördermaßnahmen anschließen, um die Voraussetzungen zu schaffen, die deutsche Sprache so zu lernen und anzuwenden, um eine Ausbildung zu beginnen oder eine weiterführende Schule zu besuchen.

Um der Heterogenität der Zielgruppe gerecht zu werden, bedarf es eines differenzierten und erweiterten Angebotes,

EIBE in Zahlen

Die Zahl der Flüchtlinge in den EIBE-Klassen der beruflichen Schulen in Hessen stieg von 186 im Schuljahr 2009/2010 auf 676 im Schuljahr 2013/14 (2010/11: 293, 2011/12: 384, 2012/13: 406). Mit 23,7% bildeten sie im Schuljahr 2013/14 die zweitgrößte Gruppe. 271 Jugendliche waren Seiteneinsteiger aus Einwandererfamilien (9,5%). 17,1% der Schülerinnen und Schüler in den EIBE-Klassen besuchten vorher eine Förderschule, 41,1% eine Gesamtschule. In den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung waren Flüchtlinge (347) und Seiteneinsteiger aus Einwandererfamilien (362) etwa gleich stark vertreten.

• Quelle: Hessisches Kultusministerium, EIBE-Geschäftsstelle, Horst Böhme (Jahrestagung 2013)

in dem sowohl die Seiteneinsteiger mit gutem Lernpotenzial und guten Perspektiven zur Fortsetzung der schulischen Laufbahn gefördert werden können als auch die Jugendlichen, die bislang keine oder wenig Möglichkeit hatten, die Schule zu besuchen, und die sich mit einem Schulbesuch bessere Chancen für eine berufliche Integration in Deutschland erarbeiten können.

Die beruflichen Schulen können dazu – auch aufgrund der bislang geleisteten Arbeit – einen wesentlichen Beitrag leisten und eignen sich als Lernort in besonderem Maße. Erfahrene Teams von Lehrerinnen, Lehrern und sozialpädagogischen Fachkräften arbeiten seit Jahren eng mit einem Netz außerschulischer Träger zusammen, um die Seiteneinsteiger optimal zu fördern, zu beraten und in den Ausbildungsmarkt zu vermitteln. Insbesondere verfügen die beruflichen Schulen über langjährige Erfahrungen in der Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und sind besonders geeignet, die Seiteneinsteiger auf die Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten. Zusammenfassend kann festgestellt werden:

- Wir brauchen an den Schulen mehr Zeit, das heißt vor allem mehr DaZ/DaF-Stunden in der Stundentafel, um einen fundierten Spracherwerb zu ermöglichen.
- Wir brauchen eine längere Schulzeit für diese Zielgruppe, die mindestens auf zwei Jahre, besser auf drei Jahre ausgerichtet ist. Mehr Zeit mit gleichbleibenden Bezugspersonen und einer guten schulischen Sozialisation eröffnet mehr Jugendlichen eine echte Perspektive auf Integration in der Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.
- Wir brauchen insgesamt mehr Schulplätze, um der Zuwanderung gerecht zu werden und allen verlängert vollzeitschulpflichtigen und berufsschulberechtigten Seiteneinsteigern ein Angebot machen zu können.
- Wir brauchen ein differenziertes und variables Beschulungskonzept, das möglichst vielen Seiteneinsteigern eine



Chance auf schulische und berufliche Integration ermöglicht.

- Wir brauchen für die Arbeit mit den Seiteneinsteigern die Unterstützung durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die eng mit außerschulischen Kooperationspartnern in Netzwerken zusammenarbeiten, um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen optimal zu beraten, zu fördern und in den Ausbildungsmarkt zu integrieren.

Foto:
A. Duclos
(UNHCR)

Jochen Steinacker

Jochen Steinacker ist stellvertretender Schulleiter der Wilhelm-Merton-Schule in Frankfurt und leitet das Aufnahme- und Beratungszentrum (ABZ) für Seiteneinsteiger an beruflichen Schulen.

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Bildung“

Die GEW fordert, dass das Recht auf Besuch der Berufsbildenden Schule für junge Flüchtlinge und Einwanderer bis zum 27. Lebensjahr ausgeweitet werden muss. Grundlagen für diese Forderungen sind das Sozialgesetzbuch (SGB VIII), nach dem „junge Menschen“ noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet haben, und das Hessische Schulgesetz, nach dem „jeder junge Mensch (...) ein Recht auf Bildung“ hat (§1 HSchG).

Weit enger gefasst sind die Regelungen zur Schulpflicht und zum Recht auf den Besuch der Beruflichen Schule (§§ 56-68 HSchG). Sie sind an der „Normalbiographie“ in Deutschland geborener Menschen orientiert. Die Schulpflicht endet mit 16 Jahren, das Recht auf den Besuch der Beruflichen Schule in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung mit 18 Jahren. Jugendliche Flüchtlinge und Einwanderer, die bei der Einreise über 18 Jahre alt sind, haben dadurch kaum die Möglichkeit, die Bildungsangebote der Berufsbildenden Schulen zu nutzen. Und die Berufsbildenden Schulen können jugendliche Flüchtlinge über 18 in der Regel nicht aufnehmen. Aufgrund der Umstände der Flucht und der Situation in ihren Herkunftsländern fehlen oft Schulabschlüsse und die jungen Menschen brauchen noch Sprachförderung und Orientierung in der neuen Um-

gebung. Dies könnte in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung geschehen, wenn sie mit den benötigten Ressourcen ausgestattet werden. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass die jugendlichen Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, weiterführende Schulen und Hochschulen zu besuchen oder eine Berufsausbildung abzuschließen. Ein großes Problem ist dabei der ungeklärte Status der jugendlichen Flüchtlinge, dessen Klärung sich über mehrere Jahre hinziehen kann. In dieser Zeit können die jungen Menschen in der Regel weder weiterführende Schulen und Hochschulen besuchen noch eine Berufsausbildung beginnen.

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht, das unabhängig von Status zu gewähren ist. Daher müssen Regelungen geschaffen werden, die es den jungen Menschen ermöglichen, weiterführende Schulen und Hochschulen zu besuchen und dort einen Abschluss zu erlangen oder eine Berufsausbildung zu beginnen und zu beenden, denn „für die Aufnahme in eine Schule dürfen weder Geschlecht, Behinderung, Herkunftsland oder Religionsbekenntnis noch die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung der Eltern bestimmend sein“ (§1 Abs. 2 HSchG).

Ralf Becker, Landesfachgruppe Berufliche Schulen



Oft nur ein Händedruck

Viele DaZ-Lehrkräfte arbeiten mit prekären Verträgen

Wenn wir über die Situation der Seiteneinsteiger sprechen, sollten wir auch über die Kolleginnen und Kollegen sprechen, die die Deutsch-Intensivkurse und -klassen leiten.

Noch viel zu oft werden die Deutsch-Intensivkurse als „notwendiges Übel“ angesehen, die nötig sind, um die Kinder, die kein Deutsch sprechen, „zu beschäftigen“. Die Erkenntnis, dass Deutsch als Zweitsprache (DaZ) bzw. als Fremdsprache (DaF) ein eigenständiges Fach ist und diese Kinder ein großes Potenzial mitbringen, ist bei vielen Schulleitungen noch nicht angekommen. Die Unsicherheit des fachfremden Unterrichts treibt hier bunte Blüten frei nach dem Motto: „Deutsch kann doch jeder.“ Oft werden Kolleginnen und Kollegen eingesetzt, die eben „noch ein paar Stunden übrig“ haben. In anderen Fällen wird der Unterricht von engagierten, hoch qualifizierten Lehrkräften durchgeführt, die aber aus verschiedenen Gründen keine feste Stelle bekommen und damit in permanenter Unsicherheit arbeiten.

Nehmen wir als ein Beispiel die engagierte Kollegin aus Nordhessen. Hoch qualifiziert im Bereich der Vermittlung von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache, aber ohne Zweites Staatsexamen, unterrichtet sie seit vielen Jahren mit befristeten Lehraufträgen an ein- und derselben Schule im Seiteneinsteiger-Sonderprogramm (SeiSoP), leitet Intensivklassen mit oft weit mehr als 16 Schülerinnen und Schülern und bereitet diese erfolgreich auf den Besuch der Regelklasse und den Schulabschluss vor. Sie muss jedes Halbjahr um einen neuen Lehrauftrag bangen. Sicherheit: Null.

Nicht besser geht es den jungen Menschen, die im Rahmen einer Hochschulausbildung die entsprechende fachliche Qualifizierung erworben haben, aber in der Schule keine Anstellung bekommen und auf Honorarbasis bei freien Bildungsträgern jugendliche Flüchtlinge nicht nur sprachlich auf ein Leben in Deutschland vorbereiten. Nur wenige wissen (oder wollen wissen), dass diese Honorarkräfte formal keine Arbeitnehmer, sondern „Selbstständige“ sind und es deshalb auch keinen Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung gibt. Und all das bei Honoraren um die 19 Euro und ohne Einkommen im Krankheitsfall und während der Ferien.

Wenige Tage vor den Ferien gab es eine besondere Überraschung: Viele Schulen in Hessen bekamen wesentlich weniger Stunden für SeiSoP und DaZ zugewiesen. In einigen Fällen wurde die Stundenzahl halbiert! Kommen vielleicht im neuen Schuljahr keine Kinder ohne Sprachkenntnisse an die Schulen? Das Gegenteil ist der Fall. Viele Aufnahme- und Beratungszentren beobachten seit Jahren eine stete Zunahme der Zahlen. Und wer aufmerksam die Weltpolitik verfolgt, weiß, dass sich dieser Trend nicht umkehren wird. Warum dann also diese Kürzungen?

Eine Episode am Rande: Vor zwei Jahren startete das Kultusministerium ein auf drei Jahre angelegtes Pilotprojekt. Im Rahmen dieses Projekts, an dem im ersten Jahr sieben, im zweiten bereits 22 hessische Schulen teilnahmen, erhalten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, das Deutsche Sprachdiplom abzulegen. Dieses Diplom attestiert Sprachkenntnisse auf dem Niveau B1 des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen. Das Beherrschen der deutschen Sprache auf diesem Niveau ist die Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme am Regelunterricht. Die Schülerinnen und Schüler, die sich auf die Prüfung vorbereitet und an ihr teilgenommen haben, sprachen von einem großen Gefühl der Wertschätzung und Anerkennung. Die Diplome des ersten Durchgangs wurden in sehr feierlichem Rahmen letztes Jahr zentral in Wiesbaden durch die damalige Kultusministerin überreicht. Und in diesem Jahr? Nichts! Nachdem die Veranstaltung zunächst für das aktuelle Schuljahr abgesagt und auf den Beginn des neuen Schuljahres verlegt worden war, kam (wiederum kurz vor Ferienbeginn) eine lapidare Mail, in der die Übergabe „aus terminlichen Gründen“ endgültig abgesagt wurde. Den Schulen wurde für ihre Arbeit gedankt und vorgeschlagen, dass die Schulen die Diplome feierlich überreichen sollen. Soviel zur Wertschätzung!

Michael Stenger von der SchlaU-Schule in München (HLZ S. 7) hat es für mich auf den Punkt gebracht: Kinder und Jugendliche, die ohne Sprachkenntnisse zu uns kommen und nicht adäquat gefördert werden, sind eine gefährdete Gruppe. Wenn wir nicht handeln, wird aus ihnen in ein paar Jahren eine gefährdende Gruppe.

UNO-Flüchtlingshilfe bittet um Spenden

Mehrere Fotos in dieser Ausgabe der HLZ, darunter das Titelfoto, verdanken wir der Unterstützung des Pressereferats der UNO-Flüchtlingshilfe. Die UNO-Flüchtlingshilfe ist der deutsche Spendenpartner von UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Die Abkürzung steht dabei für die englische Bezeichnung *United Nations High Commissioner for Refugees* (Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge).

Die UNO-Flüchtlingshilfe fördert seit 1980 Hilfsprojekte für Flüchtlinge im In- und Ausland. Leitlinien sind die Achtung und Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der UN-Menschenrechtscharta, ihr Ziel ist es, das Leben von Flüchtlingen zu schützen und dazu beizutragen, dass Flüchtlinge ein menschenwürdiges Leben führen und ihr Schicksal wieder in die eigene Hand nehmen können. Flüchtlinge fürchten um ihr Leben und sind dringend auf unsere Hilfe angewiesen. Sie brauchen Schutz, Unterkunft, Nahrungsmittel und sauberes Trinkwasser, aber auch Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung sowie Hilfe bei einem Neuanfang.

- Spendenkonto der UNO-Flüchtlingshilfe: Konto 20008850, Sparkasse Köln-Bonn, BLZ 370 501 98



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

FORTBILDUNG

PROGRAMMAUSZUG

September – November 2014

ARBEITSPLATZ SCHULE

Seminar B6113

Schulrecht - (k)ein Buch mit sieben Siegeln?

Werner Scholz

Di, 16.09., Mo, 06.10. u., Di, 04.11.14, jew. 13:00 - 18:00, Darmstadt
Entgelt 112 €; Mitglieder GEW Hessen 95 €

Seminar B6114

Jahrgangsübergreifendes Arbeiten in Klasse 1/2

„Flexible Schuleingangsphase“ - Wie kann ich mir das vorstellen?
Stephanie Jurkscheit

Mi, 17.09.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Vortrag mit Diskussion B6081

Aktiv werden in der GEW Hessen

Peter Kühn

Mi, 24.09.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

Seminar B6028

Kollegiale Beratung - „Die Experten sind wir selbst“

Uwe Riemer-Becker

Mi, 01.10.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar B6106

Klassenführung - mehr als Classroom-Management

Thomas Klaffke

Di, 07.10.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt,
Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar B6055

Schule gemeinsam gestalten

Werner Scholz

Do, 09.10. u. Mo, 03.11.14, jew. 12:30 - 16:30, Offenbach,
Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar B6082

„Schulrecht“ in der Zweiten Staatsprüfung - lea hilft!

Werner Scholz

Sa, 11.10.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

COMPUTER, INTERNET & NEUE MEDIEN

Seminar C6110

Von Avatar bis Zocken

Lehrerfortbildung zum Thema „Computerspiele“

Jens Friedrich

Mi, 24.09.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen
Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar C6058

Einsatz interaktiver Whiteboards im Unterricht

Holger Menzel

Do, 25.09. u. Do, 09.10.14, jew. 14:00 - 17:30, Oberursel
Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Workshop C6111

Schule 2.0 - Unterrichtsplanung und Materialien aus dem Internet

Nicola Kowski

Di, 30.09.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen
Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

Seminar C6087

Wischen statt Tippen – Wie nutze ich sinnvoll ein iPad?

Ulrich Stahl

Sa, 11.10.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Gladenbach

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

DEMOKRATISCHE BILDUNG

Exkursion D6098

Rassismuskritischer Stadtrundgang in Frankfurt

Zwischen Duldung, Anerkennung und Abschiebung

Constantin Wagner & Aylin Kortel

Di, 30.09.14, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar D6194

Gemeinschaft lernen

Vom Glück der Gemeinschaft

Peter Kühn

Mi, 08.10.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar D6086

Aufklärung statt Neusprech:

Das „Glossar Ökonomisierung von Bildung“

Dirk Hommrich & Martin Karcher

Fr, 10.10.14, 14:00 - 19:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

ELTERNARBEIT

Elternmitwirkung in der Schule

Hella Lopez

Mi, 24.09.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar E6018

Das professionelle Lehrer-Eltern-Gespräch

Norbert Seeger

Mo, 29.09.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar E6105

Zur Rolle migrantischer Väter in der Erziehung

Dr. Cengiz Deniz

Mi, 01.10.14, 13:00 - 18:00 Uhr, Marburg

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar E6073

Wie sag ich's meinen Eltern?

Wie können Elterngespräche gelingen?

Dr. Angela Schmidt-Bernhardt

Do, 09.10.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

GESELLSCHAFT, POLITIK & WIRTSCHAFT

Seminar G6067

Der 1. Weltkrieg im Film

Dr. Julian Namé

Mi, 17.09.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar G6103

Finanzkrise, Wirtschaftskrise - das aktuelle Gesicht der heutigen Globalisierung

Peter Neumaier

Mo, 22.09.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar G6124

Hartz IV im Überblick für Lehrkräfte

Dr. Hinrich Garms

Di, 23.09.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt,

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar G6108

Prostitution und Migration: Exkursion ins Frankfurter Rotlichtviertel

Juanita Henning

Mi, 15.10.14, 17:00 - 20:00 Uhr, Frankfurt,

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

GESUNDHEIT

Seminar H6074

Die Bedeutung des Gleichgewichts für Motorik, Lernen und Verhalten

Anregungen für Gleichgewichtstraining im Schulalltag

Jarmila Kraft

Di, 30.09.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Fulda,

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar H6115

Verstehen und verstanden werden

Kommunikation und Interaktion in der Schule

Didier Kulikowsky-Valentin

Mi, 08.10.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg,

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar H6096

Rechtliche Grundlagen für Arbeits- und Gesundheitsschutz in Bildungseinrichtungen

Wolfgang Schwanz

Mi, 08.10.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Kassel,

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar H6159

Gesund bleiben im Lehrerberuf - Strategien gegen Burnout

Peter Berger

Mi, 15.10.14, 14:00 - 18:30 Uhr, Bad Zwesten,

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

KUNST

Workshop K6175

Kreatives Arbeiten mit Textilien

Iris Gerlach

Di, 16.09.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Kassel,

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop K6079

Hundertwasser - Ein Künstler für alle Altersstufen

Diane Nagel

Mo, 06.10.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

LERNORT KITA

Exkursion L6066

Wald- und Naturpädagogik kompakt

15 Jahre Waldkindergarten-Erfahrung für Neugierige und Fortgeschrittene

Andrea Pfäfflin & Karl-Matthias Groß

Mi, 17.09.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Wehrheim-Pfaffenwiesbach

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar L6078

Atelier-Arbeit mit Kindern unter drei Jahren

Diane Nagel

Mo, 22.09.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar L6131

Kindergarten oder Grundschule - die bewusste Gestaltung von Übergängen

Martina Hörning

Do, 16.10.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

LERNORT SCHULE

Seminar M6062

Diagnostikverfahren und Fördermöglichkeiten im Anfangsunterricht

Jutta Schludecker

Di, 16.09., u. Di, 23.09.14, jew. 15:00 - 18:00, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar N6001

Ökologie an der Schule: Schulhof-Schulgarten-Aktionstage

Heidrun Berressem

Do, 18.09.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Bad Soden-Salmünster

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar M6041

Aufbau eines Schulsanitätsdienstes - wie geht das?

Martina Lennartz

Mi, 24.09.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar M6104

Zwischen allen Stühlen - Aussiedlerjugendliche in der Schule

Dr. Angela Schmidt-Bernhardt

Mo, 29.09.14, 14:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar M6116

Elternarbeit und systemische Beratung in der Schule

Sabine-Elena Funk & Elisabeth Kühnel

Mi, 08.10. u. Mi 15.10.14, jew. 15:00 - 18:00, Darmstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar M6135

Autismus - Umgang mit besonderen Schüler/innen im Unterricht

Kerstin Ferst

Fr, 10.10.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Herborn

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

LESEN, SCHREIBEN & SPRECHEN

Seminar N6168

Sprachförderung mit Spielversen, Geschichten und Liedern

Wolfgang Hering

Do, 25.09.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar N6189

Sprachenvielfalt im Klassenraum

Welcher Umgang ist mit Kindern verschiedener Muttersprache sinnvoll und notwendig?

Dr. Songül Rolffs

Di, 30.09.14, u. Do, 27.11.14, jew. 15:30 - 18:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop N6158

Kreativ-gestalterische Impulse zur Überwindung von Schreib- und Sprechhemmung

Monika Korell

Do, 09.10.14, 14:30 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar N6138

LRS erkennen - und Schüler/innen mit differenzierter Diagnostik fördern

Gabriela Jung

Fr, 10.10.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

MUSIK

Workshop Q6002

Stomp in der Grundschule

Tine Böhnke

Mi, 24.09.14, 14:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Workshop Q6045

Rhythm for Body & Voice – für den Musikunterricht (Sek. I)

Christian Lunscken

Mi, 08.10.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar Q6038

Cajón-Klassenmusizieren - First sound, then sign

Joachim Kunze

Fr, 10.10.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Friedberg

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

PÄDAGOGIK

Seminar S6090

Binnendifferenzierung in den Fächern der politischen Bildung

Dr. Peter Adamski

Di, 30.09.14, 14:00 - 17:30 Uhr, Kassel

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar S6042

Eigenverantwortliches Arbeiten durch Methodentraining

Martina Lennartz

Mi, 01.10.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar S6147

Fördermöglichkeiten bei auditiven Wahrnehmungsstörungen

Dr. Marianne Wiedenmann

Di, 07.10.14, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Workshop S6190

Systemische Pädagogik im Unterrichtsalldag

Thomas Böhm

Mi, 08.10.14, u. Mi, 15.10.14, jew. 9:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar S6063

Null Bock auf Schule?

Pädagogische Beziehung und Kreativität als Chance für gelingende Lernprozesse

Dr. Gabriele Frenzel

Fr, 10.10.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

RECHNEN & MATHEMATIK

Seminar U6100

Rechenschwäche? - Prävention und fördernde Maßnahmen

Klaus Rödler

Mi, 17.09.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar U6048

Prävention von Rechenschwäche durch Förderung mathematischer Basiskompetenzen

Stefanie Simanowski

Mi, 24.09.14, 14:00 - 17:30 Uhr, Marburg

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar U6025

Mathematik im Anfangsunterricht

Stephanie Jurkscheit

Mi, 01.10.14, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

STIMME

Workshop V6036

Die Stimme in den Griff bekommen

Birgit Kramer

Do, 25.09.14, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar V6040

Stimm-Schulung für den Unterrichtsalldag

Silke Marx

Di, 07.10.14, 10:00 - 16:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

STUDIENREISEN (mehr unter www.lea-bildung.de)

Studienreise W6052

► Wandern im Böhmischem Paradies

Dalibor Hirc

Sa, 18.10. - Sa 25.10.2014

Entgelt DZ 480 €; EZ 580 €

Studienreise W6187

► Digitale Fotografie am Gardasee

Kultur und Menschen -

Themenfelder für die fotografische Praxis im Kunstunterricht

Heinz Gabler

So, 19.10. - Sa, 25.10.2014

Entgelt DZ 650 €; EZ 698 €

Studienreise W6057

► Studienreise nach London

Dieter Wagner

Di, 21.10. - So 26.10.2014

Entgelt DZ 885 €; EZ 990 €

Studienreise W6053

► Ski-Langlauf im Nationalpark Šumava / Böhmerwald

Dalibor Hirc & Jiri Franc

Sa, 03.01. - Sa, 10.01.2015

Entgelt DZ 575 €; EZ 675 €

ANMELDUNG www.lea-bildung.de

Einfach anrufen: **0 69 - 97 12 93-27**

oder faxen: **0 69 - 97 12 93-97**

Online-Buchung: www.lea-bildung.de

E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags von 9:00 bis 16:00 besetzt.

www.lea-bildung.de

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger&Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.

Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter www.lea-bildung.de

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2014

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September unter www.lea-bildung.de einzusehen.



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

Mit Panzern und Tornados

Das jährliche Fest der Hessen und die Bundeswehr



Beifall und Zustimmung zahlreicher Besucherinnen und Besucher erntete eine Protestaktion gegen die Waffenschau der Bundeswehr auf dem Hessentag 2014 in Bensheim. Etwa 150 Menschen protestierten am Pfingstmontag, dass Panzer und Tornados unter dem Motto des diesjährigen Hessentags „Herrlich hessisch“ als Festtagsattraktionen und Kinderspielgerät präsentiert werden. Ein Bündnis sozialer Organisationen hatte die Protestaktion organisiert, unterstützt unter anderem von der GEW Bergstraße und dem DGB Bensheim.

Proteste gegen die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessentag sind nicht neu. 2013 in Kassel, 2012 in Wetzlar, 2010 in Oberursel: Die Zahl der protestierenden FriedensaktivistInnen steigt. Um mediales Aufsehen zu erregen, ist sie jedoch zu gering. Das ist schade, denn die Haltung der Bundeswehrgegner spiegelt die derzeitige Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung wider. Eine Meinungsumfrage, die TNS Infratest vergangenen Mai im Auftrag der Körber-Stiftung durchführte, ergab, dass 60 Prozent der Interviewten auf die Frage, ob sich die BRD künftig international „stärker engagieren“ solle, mit „Nein“ antworteten. 82 Prozent der Befragten sprachen sich in derselben Meinungsumfrage gegen weitere „Militäreinsätze der Bundeswehr“ aus (1).

Das passt so gar nicht zu dem, was Bundespräsident *Joachim Gauck*, Verteidigungsministerin *Ursula von der*

Leyen (CDU) und Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* (SPD) seit einiger Zeit öffentlich erklären. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014 sagte Steinmeier, Deutschland sei zu groß, „um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“. Es müsse sich „außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substantieller einbringen“, anstatt an einer „Kultur des Heraushaltens“ festzuhalten. Auch Joachim Gauck nutzt seine öffentlichen Auftritte, um die ablehnende Haltung eines Großteils der Bevölkerung gegen Militäreinsätze aufzuweichen. Er spricht von der „internationalen Verantwortung“, die Deutschland übernehmen müsse, weil „die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend“ sein könnten „wie die Folgen des Eingreifens – manchmal sogar gravierender“.

Vor dem 1. Weltkrieg wurden moralische Zweifel an der Militarisierung Deutschlands mit patriotischen Haltungen niedergebügelt, heute leisten angebliche wirtschaftliche Gründe und sicherheitspolitische Argumente der Aufrüstung Vorschub. Auch das Argument, bei der militärischen Ausstattung auf Augenhöhe mit seinen Partnern sein zu müssen, wird immer häufiger bemüht.

„Die Bundeswehr hat im vergangenen Jahr so viel Geld für Nachwuchswerbung ausgegeben wie nie zuvor“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE *Ulla Jelpke* auf der

Grundlage der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion (BT-Drs. 18/1018). Und die Verantwortlichen des Hessentags freuen sich genauso wie die von Job- und Bildungsmessen über einen zahlungskräftigen Aussteller – von der Ostbayernschau in Straubing bis zu Open Air am Meer in Norddeich

Das Anwerbezelt der Bundeswehr auf dem Hessentag stand mit zwei Panzern ausgerechnet gegenüber der Geschwister-Scholl-Schule, deren Namensgeber *Sophie* und *Hans Scholl* für ihren Mut und ihre Flugblätter gegen den Krieg zusammen mit mehreren Freunden hingerichtet wurden. Die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der Geschwister-Scholl-Schule erlebten den professionellen Reklameauftritt der Bundeswehr aus nächster Nähe. Schulklassen aus der Region besuchten mit ihren Lehrkräften den Hessentag und wurden von smarten Uniformierten mit Werbematerial beschenkt oder fotografierten sich gegenseitig vor Panzern oder im Kampfhubschrauber.

Bei insgesamt 39 Reklameveranstaltungen hat die Bundeswehr Aktionen militärkritischer Bürgerinnen und Bürger gemeldet. Vermutlich waren es mehr. Auch wenn die regionale und überregionale Presse nicht darüber berichtet, sind Protestaktionen wie die in Bensheim wichtig und richtig, denn sie lösen doch immer wieder Irritation darüber aus, dass sich die Bundeswehr als Aussteller wie alle anderen präsentiert und selbstverständlicher Teil unseres Alltags sein will. Und das ist – neben der Nachwuchswerbung – der eigentliche „Zweck der Übung“, die von Gauck, Steinmeier und von der Leyen vorangetrieben wird: die Gesellschaft an den Anblick von Waffen und uniformierten Soldaten zu gewöhnen und sie damit ein Stück zu militarisieren.

Ute Schmitt

GEW- und DGB-Kreisverband Bergstraße

(1) Körber-Stiftung, Einmischen oder zurückhalten? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik, Mai 2014

Fotos: *Holger Giebel*



Gabriele Kailing ist neue DGB-Bezirksvorsitzende

Am 19. Juli wählte die Delegiertenkonferenz des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen **Gabriele Kailing** mit 89% der Stimmen zur Nachfolgerin des bisherigen DGB-Bezirksvorsitzenden **Stefan Körzell**, der in den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand wechselte. Gabriele Kailing wurde 1964 in Gelnhausen geboren. Bis zu ihrer Wahl war sie Abteilungsleiterin im Vorstandsbereich Baustoff, Forst und Agrar der IG BAU. Außerdem leitete sie den Bereich Personal. Die gelernte Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte trat 1983 in die IG Bau Steine Erden (IG BSE) ein, die Vorgängerorganisation der heutigen IG Bauen Agrar Umwelt (IG BAU). Ihren gewerkschaftlichen Werdegang begann sie in den 1980er Jahren als Verwaltungsangestellte im Bezirksverband Gelnhausen und im Bundesvorstand Abteilung Tarifpolitik der IG BSE. Sie engagierte sich in dieser Zeit ehrenamtlich im Ortsverbandsvorstand Wächtersbach der IG BSE und im Vorstand des



Foto (von links nach rechts): Sandro Witt (stv. Bezirksvorsitzender), Stefan Körzell, Gabriele Kailing, Reiner Hoffmann (DGB-Bundesvorsitzender) (Foto: DGB/Uwe Zucchi)

Bezirksverbandes Gelnhausen. Anfang der 1990er Jahre machte sie an der Akademie der Arbeit in Frankfurt ihre Ausbildung zur Gewerkschaftssekretärin und war von 1992 bis 1998 Bundesjugendsekretärin der IG BAU. Danach wechselte sie in die Tarifpolitik ihrer Gewerkschaft und war dort für zehn Jahre Fachreferentin für Tarifpolitik und Koordinatorin für den Vorstandsbereich Baustoffindustrie.

Im Wortlaut: Klare Worte

Klare Worte fand Gabriele Kailing in ihrer Vorstellungsrede auch zu den Plänen der schwarz-grünen Koalition zur Beamtenbesoldung:

„In Hessen wurde im Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Regierung angekündigt, die Beamtenbesoldung im Jahr 2015 gar nicht zu erhöhen und ab 2016 nur noch in Ein-Prozent-Schritten. Solch eine politische Aussage ist ein Schlag ins Gesicht der Beamten und ihrer Familien. Ich kann mir kaum eine größere Abwertung für die tagtäglich geleistete Arbeit vorstellen. Wir fordern die Landesregierungen in Hessen und Thüringen auf, eine Garantieerklärung abzugeben, mit der Tarifergebnisse inhalts- und zeitgleich auf die Beamten, Versorgungsempfänger und Anwärter übertragen werden. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dürfen nicht zum Spielball der Politik werden. Passives Verhalten, meine sehr geehrten Herren Minister, ist ebenso destruktiv wie aktive Verweigerung.“

Harte Einschnitte an hessischen Gymnasien

Auf die weiter steigenden Schülerzahlen an hessischen Gymnasien reagiert die Landesregierung jetzt mit drastischen Unterrichtskürzungen. Wie Kultusminister Professor Dr. Lorz nach einer Kabinettsitzung mitteilte, sollen die Gymnasien die erforderlichen Lehrstellen für zusätzliche Klassen selbst erwirtschaften. „Wenn die Zahl der Unterrichtsstunden um 6 Stunden pro Klasse gekürzt wird, kann ein fünfzügiges Gymnasium eine

zusätzliche Klasse eröffnen, ohne dass zusätzliche Lehrstellen erforderlich sind.“ Auch der grüne Koalitionspartner trägt diese harten Einschnitte mit, wie der Fraktionsvorsitzende Mathias Wagner erklärte: „Wir bleiben dabei, dass keine Stellen gestrichen werden. Aber zusätzliche Stellen sind im Rahmen der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse ausgeschlossen.“ Die Gymnasien müssten deshalb ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Sie ahnen es: Dieser Zeitungsartikel ist eine Fiktion. Aber wir alle können uns die Proteststürme vorstellen, die in Hessen toben würden, wenn er real wäre! Nein, wir brauchen uns nicht zu sorgen: Wenn die Anmeldungen an den Gymnasien steigen, werden entsprechend zusätzliche Lehrstellen bereitgestellt. Die Schülerinnen und Schüler haben einen gesetzlichen Anspruch auf den ihnen zustehenden Unterricht. Dasselbe gilt natürlich auch für alle anderen Schulformen.

Aber gilt dieser Grundsatz auch für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache, die mit geringen oder ganz ohne Deutschkenntnisse nach Deutschland kommen oder mit ihren Eltern nach Deutschland einwandern und als Seiteneinsteiger in hessischen Schulen gefördert werden sollen? Sie ahnen es: Die Zahl der Lehrstellen ist seit vielen Jahren für ganz Hessen eingefroren. Der Topf mit 1.020 Stellen ist gedeckelt, auch wenn die Schülerzahlen steigen. Die steigende Zahl der Intensivklassen soll durch eine Kürzung

der Stundenzahl von 28 auf 25 Stunden kostenneutral organisiert werden. Die Auswirkungen sind Gegenstand des Titelthemas in dieser HLZ. Nicht besser sieht es im Bereich des inklusiven Unterrichts aus. Wenn mehr Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen inklusiv beschult werden und nach dem Wunsch der Eltern eine Regelschule besuchen, müssten dann nicht auch dort die Ressourcen steigen? Nein, auch auf diesem „Topf“ für Doppelbesetzungen und Fördermaßnahmen in inklusiven Klassen ist ein Deckel. Die Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung sieht gerade einmal eine Lehrstelle für sieben Kinder im inklusiven Unterricht vor. Doch weil auch hier der Bedarf wächst, werden nicht etwa die Stellen ausgeweitet, sondern die Vorgaben der Verordnung immer weiter ausgehöhlt. Nach Berichten werden an vielen Schulen die rechnerischen vier Stunden für die Förderung eines Kindes im inklusiven Unterricht deutlich unterschritten und teilweise auf eine einzige Stunde gekürzt.

Der Satz von *George Orwell* gilt eben doch nicht nur auf der Farm der Tiere: „Alle Tiere sind gleich, doch einige sind gleicher als andere.“

Wiesbaden will abkassieren

Bekanntlich planen die schwarz-grünen Koalitionäre in Wiesbaden erhebliche Einschnitte bei der Besoldung und damit auch bei den Pensionen der hessischen Beamten und Beamtinnen. Bis Mitte 2016 soll es nach dem Koalitionsvertrag eine 1,5-jährige Nullrunde geben, ab dem 1.7.2016 steigt nach dem Willen der Landesregierung die Besoldung jährlich nur noch um einen Prozentpunkt. Dabei ist das angekündigte Kürzungsprogramm für die Beamtinnen und Beamten in Hessen nicht das erste seit Beginn des Jahrhunderts. Nullrunden gab es bereits in den Jahren 2005 bis 2007 im zeitlichen Zusammenhang mit der „Operation Düstere Zukunft“.

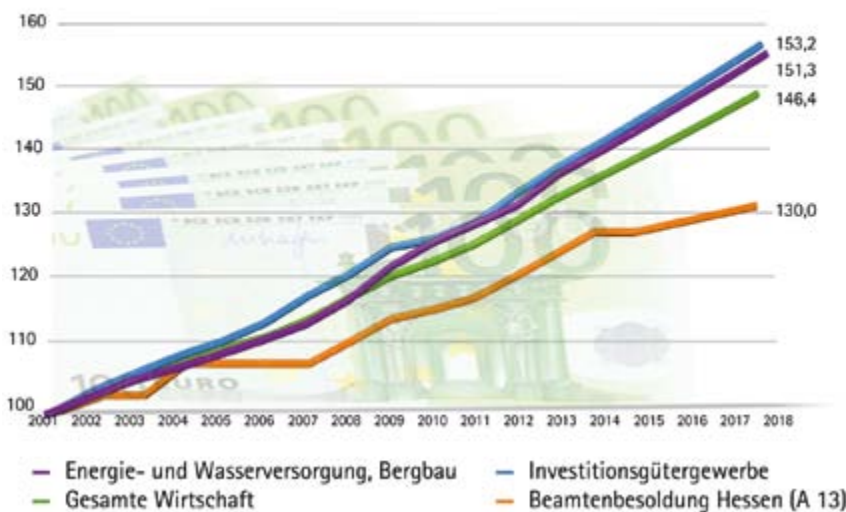
Der Vergleich mit der Tarifentgeltentwicklung verschiedener Wirtschaftsbranchen in dem Schaubild zeigt, dass die Nullrunden des vergangenen Jahrzehnts zu einer dauerhaften Abkoppelung der Beamtenbesoldung von der allgemeinen Tarifentwicklung geführt haben. Denn anders als erwartbar sind die tariflichen Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer relativ unbeschadet durch die Konjunkturkri-

GEW fragt nach der Stimmung hessischer Lehrkräfte

Im Koalitionsvertrag haben CDU und Grüne Festlegungen in Bezug auf Arbeitszeit und Besoldungsfragen vereinbart, die für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen – und vor allem im Schulbereich – zu massiven Verschlechterungen führen können. Um die Diskussion, wie wir uns am besten gemeinsam zu Wehr setzen können, auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, führt die GEW Hessen unmittelbar nach den Sommerferien eine Online-Umfrage „Stimmungsbarometer Lehrkräfte“ durch. Dazu erhalten alle GEW-Mitglieder im Schulbereich eine E-Mail. Für die Antworten, die nicht personenbezogen gesammelt und ausgewertet werden, braucht man nur 5 bis 10 Minuten.

• Wenn Sie diese Mail nicht erhalten haben, liegt das vielleicht auch daran, dass die GEW Ihre E-Mail-Adresse nicht kennt. Teilen Sie diese der Geschäftsstelle dann einfach mit (info@gew-hessen.de).

Entwicklung der Tariflöhne und der Beamtenbesoldung (A 13) von 2001 (=100) bis 2018 (ab 2014: Projektion)



Grafik:
GEW
Hessen

sen von 2002/2003 und seit 2009 gekommen. 2009 brachen vor allem die Kapitaleinkommen ein, konnten sich aber zur großen Freude Weniger schnell wieder erholen. Die eigentlichen Einschnitte der „Operation Düstere Zukunft“ (Kürzungen beim Weihnachtsgeld, Streichung des Urlaubsgeldes ab A9 und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit) sind in die Grafik aus Gründen der Vergleichbarkeit noch nicht einmal eingearbeitet.

Nur zwischen 2011 und 2014 konnte die Beamtenbesoldung in Hessen gegenüber den durchschnittlichen Tarifverdiensten („gesamte Wirtschaft“) ein wenig Boden gut machen: Diese rund 0,6 Prozentpunkte sind in der Grafik allerdings kaum zu erkennen.

Ein Blick in die Zukunft: Da die Tarifentgelte auch während der zurückliegenden Krisen wuchsen, ist es gerechtfertigt, die Entwicklung für die Jahre 2014 bis 2018 mit dem Durchschnittswert der vorangegangenen zwölf Jahre fortzuschreiben. Unter dieser Voraussetzung zeigt die Prognose für die Beamtinnen und Beamten auf der Grundlage des Koalitionsplans eine deutliche, dauerhafte und mit den Jahren nach 2004 vergleichbare Abkoppelung der Gehälter von denen der Tarifbeschäftigten. Bis 2018 würde der Unterschied zur gesamten Wirtschaft

schon auf 16 Prozentpunkte angewachsen sein, zum Investitionsgütergewerbe sogar auf 23 Prozentpunkte. Das kann man auch in Eurobeträgen ausdrücken. Das Gehalt eines Studienrats (A13) hätte sich im Vergleich zu dem eines tariflich bezahlten Beschäftigten in der Investitionsgüterindustrie (z. B. Maschinenbau) zwischen 2001 und 2018 um monatlich 890 bis 1.135 Euro verringert, zum durchschnittlichen Tarifbeschäftigten um 620 bis 790 Euro. Und das mutmaßlich bis zum Ruhestand!

Übrigens haben sich die Tabellenentgelte der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen seit 2001 kaum anders entwickelt als die Tabellenwerte der hessischen Beamtinnen und Beamten. Die Abkoppelung von den Zuwächsen in anderen Branchen betrifft jene in gleicher Weise

Die schwarz-grüne Koalition in Wiesbaden muss sich fragen lassen, wie sie die gesellschaftliche Abwertung der hessischen Lehrerinnen und Lehrer und der Beschäftigten beim Land Hessen insgesamt, die hier zum Ausdruck kommt, begründen will! Eine Vereitelung des Vorhabens wird nur gelingen, wenn wir uns sehr energisch dagegen zur Wehr setzen.

Rüdiger Bröhring

Referent der GEW Hessen für Tarif und Besoldung

Streit um Versammlungsfreiheit

Der Marktfrühschoppen in Marburg ist eine jährlich am ersten Sonntag im Juli stattfindende Veranstaltung auf dem Marktplatz. Es wird von den Veranstaltern als das „kürzeste Volksfest Deutschlands“ bezeichnet. Seit den 1990er Jahren kommt es regelmäßig zu Protesten gegen die starke Präsenz der Studentenverbindungen beim Marktfrühschoppen. Der öffentliche dreistündige Umtrunk mit Gesang und Blasmusik in der ältesten Hochschulstadt Hessens ist für den Marburger GEW-Kollegen Ulrich Heinz „so spannend wie irgendein dörfliches Vereinsfest. Das Aufregendste war auch 2014 wieder die Aufregung um das Fest.“ Ulrich Heinz beleuchtet das Spannungsfeld von Protesten und Versammlungsrecht.

Seit 1951 veranstaltet der ortsansässige Mittelstand am ersten Sonntag des Juli einen mittäglichen Umtrunk auf dem Marktplatz, den neben einigen Hundert Besucherinnen und Besuchern aus Stadtteilgemeinden auch Verbindungsstudenten und Alte Herren besuchen. Seit zwei Jahren verlegt sich die linke Mehrheit in den städtischen Organen auf das Verhindern, weil auch drei Verbindungen teilnehmen, die sie als radikal ansehen. Dagegen protestieren wegen der „Burschis“ andere studentische Gruppen. Trillerpfeifen übertönen die Musik, die zu den Volkstänzen der Migrantinnen und Migranten erklingt, die dem Frühschoppen 2014 einen multikulturellen Anstrich geben sollen. Mit einem einige Dutzend umfassenden Polizeiaufgebot jeglichen Geschlechts sollen Störversuche wie bereits im Vorjahr abgewehrt werden. Die Botschaft der Polizei: „Wir schützen die Grundrechte.“

2012 erklärte der Magistrat der Stadt Marburg, den Marktplatz nicht mehr für den Marktfrühschoppen zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechendes Verbot für 2013 wurde gerichtlich widerrufen. Im Kern geht es um die Frage, nach welchen Grundsätzen der öffentliche Raum für Sonderveranstaltungen nutzbar ist, welche Befugnis und Pflicht Behörden dabei haben und was Gegner zu achten haben.

Am 22. März 2013 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass der „Marktfrühschoppen“ 2013 nicht stattfinden solle. Gegen die Verweigerung der Sondernutzungserlaubnis durch den Magistrat, die der Marktfrühschoppenverein bereits am 5. November 2012 beantragt hatte, klagte der Verein. Das Verwaltungsgericht Gießen (VG) gab der Klage am 1. Juli 2013 statt, der Verwaltungsgerichtshof (VGH) bestätigte das Urteil. 2014 fügte sich der Magistrat zeitig dem Urteil und erteilte die Erlaubnis. Beide Gerichte haben zwei nachgeordnete Rechtsgebiete abgewogen, dabei jedoch den Gesichtspunkten entsprochen, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wiederholt zu Veranstaltungen heftigeren politischen Gegensatzes aus den Grundrechten abgeleitet hat:

„Beschränkungen der Versammlungsfreiheit bedürfen gemäß Art. 8 Abs. 2 GG (...) einer gesetzlichen Grundlage. Nach § 15 des Versammlungsgesetzes kann die zuständige Behörde die Versammlung von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit (...) der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung (...) unmittelbar gefährdet ist. (...) Hierfür liegt

die (...) Beweislast grundsätzlich bei der Behörde. Maßnahmen sind primär gegen die Störer zu richten.“ (Beschluss vom 20. Dezember 2012 1 BvR 2794/10)

In diesem Sinne erlaubte der VGH im Juni 2013 und 2014 gegen die Stadt Marburg und gegen die erste Instanz, auf der autobahnähnlichen Bundesstraße im Stadtgebiet kurzzeitig mit Fahrrad und Rollbrett zu Gunsten des innerstädtischen Radverkehrs zu demonstrieren. Überregionale Aufmerksamkeit fanden auch die Urteile des BVerfG und des VGH zum Demonstrationsrecht in den Gebäuden des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens (BVerfG vom 22. Februar 2011, 1 BvR 699/06, VGH vom 30.V.2013, 2 B 1287/13).

Zum Frühschoppen führte die Gießener Kammer aus, „die Ermessensentscheidung über die (...) Sondernutzungserlaubnis (...) müsse sich an straßenrechtlichen Gesichtspunkten orientieren“:

„Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg vom 22. März 2013, auf den sich die Ablehnung der Sondernutzungserlaubnis gründe, weise keinen solchen (...) Bezug auf. (...) Ob ein Fest politisch gewünscht werde oder nicht, sei kein Belang, der einen irgendwie gearteten Bezug zu (...) berücksichtigungsfähigen öffentlichen Interessen darstelle. Abgesehen davon, dass eine Störung der öffentlichen (...) Ordnung hier nicht von dem Marktfrühschoppen selbst ausginge, sondern allenfalls von äußeren Umständen, (...), sei es Aufgabe der Ordnungsbehörden, nicht der Straßenbaubehörde, solchen Störungen ggf. durch ein Vorgehen gegen die Störer zu begegnen.“ (Beschluss vom 1.7.2013, 4L 1199/13.GI)

Auch der VGH sah keinen rechtlichen Grund, die beantragte Sondernutzungserlaubnis zu versagen. Die Rathausmehrheit befand sich so in der behördlichen Sackgasse und erklärte, man wolle gegen den Frühschoppen künftig politisch und kulturell vorgehen. Zur Wahl des Studentenparlamentes 2013, die wenige Tage vor dem Kurzfest mit einer Wahlbeteiligung von 23 % stattfand, warb eine Liste mit einem Spruch *Rosa Luxemburgs*:

„Das einzige Gewaltmittel, das zum Sieg führen wird, ist die politische Aufklärung im alltäglichen Kampf.“

Ulrich J. Heinz



Foto: Thorsten Richter/Oberhessische Presse

Inklusion verkommt

Noch vor der Beteiligung des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) versandte das Hessische Kultusministerium (HKM) einen Erlassentwurf mit der sperrigen Überschrift „Ordnungsfristen zur Umsetzung der Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigung oder Behinderungen (VOSB) und der §§ 49-54 HSchG“. Auf 33 (!) Seiten regelt er bis ins kleinste Detail, zu welchem Zeitpunkt, in welchem Zeitraum wie und von wem sonderpädagogischer Förderbedarf für inklusive Beschulung zu ermitteln ist. Nur eine Seite braucht man für den Übergang auf die Förderschule.

Bei Schülerinnen und Schülern mit Lern-, Sprach- und Verhaltensauffälligkeiten sind nach Meinung des HKM „schulbezogene sonderpädagogische Beratungs-, Förder- und Unterstützungsangebote am wirksamsten, welche Maßnahmen der allgemeinen Schule aufgreifen und unterstützen, Kinder in der Vielfalt ihrer Lernausgangslagen zu fördern.“ Mit diesen „vorbeugenden Maßnahmen“ sollen die Lehrkräfte sicherstellen, „dass Schülerinnen und Schüler trotz ihrer Beeinträchtigungen den allgemeinen Bildungsstandards entsprechen können.“ Auch wenn

„Schülerinnen und Schüler“ nie „allgemeinen Bildungsstandards entsprechen können“, sondern höchstens deren Leistungen, bleibt die Erwartung, dass die „sonderpädagogischen Beratungs-, Förder- und Unterstützungsangebote“ von den Lehrkräften der allgemeinen Schule vor der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs zu leisten sind. Solange gibt es aber auch keine Stunden für die direkte Arbeit von Förderschullehrkräften mit dem Kind, sondern allenfalls einzelne Stunden zur Beratung der Lehrkräfte der allgemeinen Schule durch ein Beratungs- und Förderzentrum (BFZ). Dies wird an anderer Stelle noch weiter verschärft:

„Ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung im Förderschwerpunkt Lernen kommt grundsätzlich erst zu Beginn der dritten Klasse in Frage. Im Rahmen des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung im lernziel-differenten Bildungsgang des Förderschwerpunkts Lernen kann die allgemeine Schule unter diesen Voraussetzungen gegebenenfalls individuell angepasste Leistungsanforderungen und -bewertungen für die Schülerin oder den Schüler einführen.“

Von dieser Politik, die Feststellung des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung bei Schuleintritt zu verhindern, sind nur Kinder mit dem



Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, Kinder mit Mehrfachbeeinträchtigungen und blinde Kinder im Förderschwerpunkt Sehen ausgenommen. Für alle anderen Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen gelten vorbeugende Maßnahmen als ausreichend.

All diese Vorgaben haben mit der Regelung von „Ordnungsfristen“ wenig zu tun, sondern stellen aus Sicht des HPRL eine unzulässige Interpretation der VOSB und des Hessischen Schulgesetzes dar. Sie erschweren den Start in die Schule für Kinder mit Beeinträchtigung oder Behinderungen auf eine erhebliche Weise. Insgesamt kann es nicht sein, dass die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs durch einen Erlass verhindert wird und Fördermaßnahmen bei festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf zugunsten allgemein-präventiver Maßnahmen entfallen. Der HPRL forderte die Rücknahme des Erlassentwurfs und eine systemische, sonderpädagogische Grundversorgung, die sich an der Gesamtschülerzahl bemisst.

Christoph Baumann

Grafik:
www.aktion-mensch.de

Inklusion und Lehrerbildung

Am 30. Juni 2014 führte das Referat Aus- und Fortbildung (AuF) der GEW Hessen ein Fachgespräch zu der Frage statt, welche Einsichten, Fähigkeiten und Fertigkeiten Lehrkräfte für die inklusive Schule in Aus- und Fortbildung erwerben können. Die Bedeutung der Inklusion für die Lehrerbildung verdeutlichte Dr. Franziska Conrad, die zusammen mit Heike Lüthmann das Referat AuF leitet, am Beispiel der jüngsten Ergänzungen der „Ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ durch die Kultusministerkonferenz (KMK). Inklusion werde in der Lehreraus- und -fortbildung noch viel zu wenig berücksichtigt. Im Referendariat für

Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen (GHRF) gebe es das Modul „Diversität in Lehr- und Lernprozessen nutzen“, an den gymnasialen Studienseminaren gebe es nur erste Ansätze.

Dr. Ilka Hoffman, Leiterin des Organisationsbereichs Schule im Bundesvorstand der GEW und selbst Förderschullehrerin, stellte die Haltungen und Fähigkeiten heraus, die Lehrkräfte im inklusiven Schulsystem benötigen. Allerdings erschwere ein selektives Schulsystem mit hochdifferenzierten Bildungsgängen inklusive Haltungen.

Rosemarie Heußner-Kahnt, Ausbilderin am Studienseminar GHRF Hepenheim, referierte über das Thema Inklusion im Referendariat. Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger

fühlten sich sowohl an allgemeinen Schulen als auch im Lehramt Sonderpädagogik auf „inklusive Settings“ nicht vorbereitet. Das Konzept einer Fortbildung aus vier Bausteinen stellte Kim Siekmann vom Studienseminar GHRF Marburg vor (www.etep.org).

Die Diskussion zeigte, dass die Kolleginnen und Kollegen Aus- und Fortbildung für eine inklusive Schule für dringend erforderlich halten und dass es eine große Bereitschaft gibt, sich mit dieser Unterstützung auf den Weg zur inklusiven Schule zu begeben.

- Einen ausführlichen Bericht findet man auf der Homepage der GEW (www.gew-hessen.de > Meine Gewerkschaft > Themen > Aus- und Fortbildung).



Schlimmer geht's nimmer

Kein Plan für Erprobung des Praxissemesters

Waren es in der Vergangenheit die Referendare und Referendarinnen oder die Schülerinnen und Schüler, die als Versuchskaninchen für eine konzeptionslose Bildungspolitik herhalten mussten, als in Hessen die Lehrerbildung modularisiert oder G8 ein- und wieder zurückgeführt wurde, so sind jetzt die Lehramtsstudierenden an der Reihe – zumindest diejenigen, die zum Wintersemester 2014/15 ein Studium an den Universitäten Frankfurt, Gießen und Kassel aufnehmen. Mit ihnen wird im Wintersemester 2015/16, also nach dem ersten Studienjahr, ein Praxissemester erprobt, das die bislang konsekutiv angelegten Praxisanteile im Studium (Orientierungspraktikum, schulpraktische Studien I und II) in einer einzigen Praxisphase zusammenfasst. Nach erfolgter Evaluation soll das Praxissemester an allen hessischen Universitäten zum Wintersemester 2017/18 eingeführt werden. Die Grundlage dafür bildet die Neufassung des Lehrbildungsgesetzes, die zum 1. März 2014 in Kraft trat.

Planlos und ohne Beteiligung

Was auf den ersten Blick als eine sinnvolle und von vielen Lehramtsstudenten gewünschte Ausweitung der Praxisphasen in dem von ihnen als theorielastig empfundenen Studium erscheint, erweist sich bei genauerem Hinsehen für die Qualität der künftigen Lehrerbildung als katastrophal.

Da das Praxissemester vor allem mit dem Ziel eingeführt wird, die Eignung zum Lehrerberuf (selbst) zu überprüfen, muss es im dritten oder vierten Semester durchgeführt werden. Allem Anschein nach will man die Lehramtsstudierenden möglichst früh einem umfassenden „Praxischock“ aussetzen, um nach sozialdarwinistischem Prinzip die überlebensfähigen zukünftigen Pädagogen im Schuldienst frühzeitig auszulesen. Weitere Praxisphasen, beispielsweise im Hauptstudium, wird es nicht mehr geben. Die Annahme, dass diese Vorgehensweise zu einer erfolgreichen Reflexion der Berufswahl angehender Lehrerinnen und

Lehrer führt, widerspricht nicht nur allen Erfahrungswerten und dem Professionswissen zur Entwicklung von Lehrerpersönlichkeiten, sondern auch der Expertise zum Praxissemester, die beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Jahr 2010 vorgelegt wurde. Hier heißt es:

„Unter dem Gesichtspunkt der übergeordneten Zieldimension der Entwicklung professionellen Lehrerhandelns im Studium und der Zielsetzung einer wissenschaftlichen Ausbildung ist diese Option einer frühen Verortung eines Praxissemesters nicht zu begrüßen. Dies ist damit zu begründen, dass ein Rekurs auf erziehungswissenschaftliche Grundlagen zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich ist, was den Blick für eine wissenschaftliche bzw. theoriegeleitete und auch systematische Heranführung an das Praxisfeld Schule konterkarieren kann.“ (1)

Das Gutachten empfiehlt, mehrere Praxisphasen auf den Studienverlauf des Lehramtsstudiums zu verteilen. Dazu gehören ein Orientierungspraktikum im ersten Semester, ein erziehungswissenschaftliches Praktikum im 4. Semester sowie schulbezogene Fachpraktika im Hauptstudium. Dies entspricht der in Hessen seit langem bewährten Praxis.

Stattdessen macht die schwarz-grüne Landesregierung genau dort weiter, wo die schwarz-gelbe aufgehört hat: Man strickt mit heißer Nadel ein Gesetz, zieht sich aus der Verantwortung zurück und überlässt die Lasten und Kosten der Umsetzung anderen. An den Universitäten beginnt man jetzt auf der Grundlage einer mehr als dürftigen Durchführungsverordnung (2) mit ersten konzeptionellen Überlegungen und stößt dabei erwartungsgemäß auf eine Vielzahl studienorganisatorischer Probleme. Studienordnungen müssen kurzfristig geändert, Modulstrukturen überstürzt neu entwickelt werden.

Auch an den Schulen und Studienseminaren fehlen die Voraussetzungen für die Durchführung des Praxissemesters. Ob und in welcher Weise diese an der Durchführung des Praxissemesters beteiligt werden, ist ungeklärt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern (3) fehlt eine Rahmenkonzeption zur

strukturellen und inhaltlichen Ausgestaltung und zu den Betreuungsmodalitäten des Praxissemesters. Auch eine nur probeweise Einführung bedarf konzeptioneller Vorüberlegungen seitens der in der Landesregierung verantwortlichen Stellen. Nun experimentiert jede Universität für sich und sucht nach geeigneten Lösungen. Man kann das einerseits als Chance ansehen, regionalen Besonderheiten und Praktiken berücksichtigen zu können, andererseits aber auch als sinnlose Vergeudung von zeitlichen und personellen Ressourcen.

Auch die Finanzierung ist unklar

In Nordrhein-Westfalen gab es einen Vorlauf von zwei Jahren, bevor die ersten Studierenden ihr Studium mit Praxissemester aufgenommen haben. In dieser Phase haben die für die Lehrerausbildung zuständigen Stellen der Hochschulen, Schulen und Studienseminare gemeinsam Konzepte erarbeitet. In den hessischen Schulen ist noch nicht einmal bekannt, was ab dem Schuljahr 2015/16 auf sie zukommt. Den Universitäten bleibt gerade einmal ein halbes Jahr zur Vorbereitung.

Die bisherigen Planungen der Universitäten sehen eine 15-wöchige Praxisphase vor, wobei es noch keine einheitliche Regelung der Präsenzzeiten an den Praktikumsschulen gibt. Die Studierenden sollen hospitieren sowie eigene Unterrichtsversuche durchführen und an allen anderen schulischen Aktivitäten unterstützend teilnehmen, ohne dass ihre Arbeitszeit den Schulen angerechnet wird. Es besteht also die Gefahr, dass die Praktikantinnen und Praktikanten als kostengünstige und unqualifizierte Hilfslehrkräfte eingesetzt werden, ohne dass eine ausreichende Unterstützung für die Reflexion und Bewältigung ihrer schulischen Erfahrungen gewährleistet ist. Im Einzugsbereich der Universität Frankfurt, die das Praxissemester zunächst nur für das Gymnasiallehramt erproben soll, rechnet man damit, dass man mit 40 Schulen kooperieren muss, die jeweils fünf Studierende aufnehmen müssen. Mentorinnen und Mentoren sollen die

Studierenden in der Praxisphase begleiten, doch ist vollkommen unklar, welche Anforderungen an sie gestellt werden und welche Qualifikationen dafür notwendig sind. Bisher steht nur fest, dass die Praktikumschulen gemäß der Durchführungsverordnung zum Praxissemester nach Ablauf des Praxissemesters einen „schriftlichen Würdigungsbeitrag über die Leistungen der Studierenden“ erstellen müssen. Das Praxissemester wird also für die Mentorinnen und Mentoren an hessischen Ausbildungsschulen in jedem Fall eine erhebliche Mehrbelastung mit sich bringen.

Mehrbelastung der Mentoren

Alle anderen Bundesländer, in denen bislang ein Praxissemester eingeführt wurde, haben konsequenterweise die Studiendauer verlängert. In Hessen versucht man im Praxissemester drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Ohne zusätzliche Kosten zu verursachen, sollen die Lehramtsstudierenden zu Beginn des Studiums einen Eignungs-Crash-Test absolvieren, Praxiserfahrung sammeln und nebenbei noch studieren. Angesichts der komplexen fachlichen und pädagogischen Anforderungen, die im Referendariat und im späteren Berufsleben auf die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer zukommen, ist dieses Vorgehen in der berufsvorbereitenden Phase fahrlässig, auch gegenüber den Schülerinnen und Schülern. Mit Qualität in der Lehrerbildung hat das nichts mehr zu tun. Darüber hinaus geht das Praxissemester an der Lebenswirklichkeit der Studierenden, die sich um die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen kümmern oder ihren Lebensunterhalt mit einem Nebenjob verdienen müssen, deutlich vorbei. Es wird viele Studierende sogar in Existenznöte bringen.

Die Finanzierung des Praxissemesters ist nach wie vor ungeklärt: Die tiefen Einschnitte in die vorhandenen Strukturen an den Universitäten und Schulen, die mit der Implementierung des Praxissemesters verbunden sein werden, sind mit den bisherigen personellen und finanziellen Ressourcen nicht zu realisieren. Außerdem soll das Praxissemester im Gymnasiallehramt ausschließlich an der Universität Frankfurt evaluiert werden, obwohl die Praktikumsbedingungen und die Fahrzeiten im Rhein-Main-Gebiet nicht mit denen in Nord- und Mittelhessen vergleich-



bar sind, wo die Anfahrt zu den Praktikumschulen häufig nur über lange Umwege oder gar nicht mit dem öffentlichen Nahverkehr möglich ist. Die Universitäten und Schulen in ganz Hessen sind gut beraten, die Ausweitung der Ressourcen vom Gesetzgeber offensiv einzufordern. Um ein weiteres Mal Beispiele aus anderen Bundesländern zu bemühen: In Nordrhein-Westfalen erhalten die Praktikumschulen zwei Anrechnungsstunden je Praktikant, ebenso die Studienseminare, die in die Durchführung des Praxissemesters eingebunden sind. An den Universitäten wurden neue Stellen geschaffen. In Schleswig-Holstein erhalten Praktikantinnen und Praktikanten in ländlichen Gebieten Fahrtkostenzuschüsse.

Die hessische Landesregierung sollte deshalb zumindest die schon lange versprochenen Entlastungsstunden für die an der Lehrerbildung beteiligten Kolleginnen und Kollegen an den Ausbildungsschulen bereitstellen. Andernfalls läuft sie Gefahr, die freiwillige Kooperationsbereitschaft von Lehrerinnen und Lehrern an den Ausbildungsschulen, eine zentrale Grundlage einer gelingenden Lehrerbildung, zu verspielen. Darüber hinaus sollten endlich Fortbildungsangebote für Mentorinnen und Mentoren bereitgestellt werden, welche auf die Erfahrungen und Bedürfnisse der Lehrkräfte bei der Begleitung von Lehramtsstudierenden zugeschnitten sind.

Vor dem Hintergrund der unklaren Zielsetzung der Probephase des Praxissemesters, der diffusen Gesamtplanung und der ungeklärten Finanzierung ist der Landesregierung daher dringend anzuraten, die geplante Einführung des Praxissemesters zum Wintersemester 2014/15 auszusetzen und das Konzept vor seiner Erprobung und Evaluation unter Berücksichtigung von professionstheoretischer Expertise zu überarbeiten.

Andrea Gergen, Dr. Martina Tschirner

Andrea Gergen ist Pädagogische Mitarbeiterin am Institut für Schulpädagogik der Philipps-Universität Marburg und betreut Studierende in den Schulpraktischen Studien.

Dr. Martina Tschirner ist Oberstudienrätin im Hochschuldienst am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt.

(1) U. Weyland und E. Wittmann: Expertise. Praxissemester im Rahmen der Lehrerbildung. 1. Phase an hessischen Hochschulen, Berlin: DIPF 2010, S. 25

(2) Hessisches Kultusministerium: Verordnung zur Durchführung des Hessischen Lehrbildungsgesetzes (HLbGDV) vom 28.02.2014, Wiesbaden 2014

(3) Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Rahmenkonzeption zur strukturellen und inhaltlichen Ausgestaltung des Praxissemesters im lehramtsbezogenen Masterstudiengang, Köln: 2010.



Die „zivilisierende Kraft der Ästhetik“

Studieren und Arbeiten am „schönsten Campus Europas“

In der deutschen Hochschullandschaft hat sich spätestens seit den 1990er Jahren eine neue Hochschulform als qualitativ dominant herausgebildet: Die „Präsidialuniversität“ steht für eine Entwicklung, die von der Deregulierung der Landeshochschulgesetze und der autokratischen Stärkung der Hochschulpräsidien geprägt ist. Gleichzeitig nimmt die wettbewerbsorientierte Mittelvergabe einen immer größeren Stellenwert gegenüber der stagnierenden oder zurückgehenden Grundfinanzierung ein. In diesem Beitrag geht Felix Silomon-Pflug am Beispiel der Frankfurter Goethe Universität der Frage nach, inwieweit diese neoliberal-autokratische Neuordnung mit räumlichen Ausdrucksformen korrespondiert. Die Goethe Universität beansprucht als autonome Stiftungsuniversität einen Platz in der Spitzengruppe der deutschen Universitäten und sich mit dem seit 2001 andauernden Umzug des Zentralcampus räumlich und baulich neu erfunden zu haben. Neben dem zentralen IG Farben Campus gibt es noch den naturwissenschaftlichen Campus Riedberg und den Campus am Universitätsklinikum.

Der neue Campus der Universität befindet sich auf dem Areal des ehemaligen Hauptsitzes der 1925 gegründeten IG Farben, einem Verbund von chemisch-pharmazeutischen Unternehmen, der eine zentrale Rolle in der Kriegsökonomie des nationalsozialistischen Deutschlands spielte. Die IG Farben produzierten nicht nur kriegsrelevante Güter, sondern betrieben mit Buna-Monowitz auch ein

eigenes Arbeitslager nahe des Stammlagers Auschwitz. Eine Repräsentation der Geschichte des historischen Gebäude-Ensembles auf dem neuen Campus erfolgte erst nach Interventionen von Überlebenden, des Fritz Bauer Instituts und von Studentinnen und Studenten. Diese Auseinandersetzung ist nicht abgeschlossen und findet ihren aktuellen Niederschlag in der Forderung, die Anschrift der Universität von „Grüneburgplatz 1“ in „Norbert-Wollheim-Platz 1“ zu ändern. *Norbert Wollheim* erstritt als erster Schadensersatz für seine Zeit als Zwangsarbeiter der IG Farben.

Die IG Farben und deren Geschichte sind nicht nur für eine gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bedeutsam. Bei der Renovierung der von *Hans Poelzig* geplanten historischen Gebäude wurde die ursprüngliche Ästhetik wieder hergestellt, womit Spuren der Nutzung als Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte weitestgehend beseitigt wurden. Das Auslegen und Aufhängen von Informationsmaterial wurde streng reglementiert, räumliche Interventionen wurden schnellstmöglich entfernt. *Rudolf Steinberg*, ehemaliger Präsident der Universität, erklärte diese „Politik der weißen Wand“ 2008 mit den folgenden Worten:

„Im Poelzig-Bau gibt es auch nach sechs Jahren keinerlei Schmierereien an Wänden oder sonstige Zerstörungen. Ich betrachte das als die zivilisierende Kraft der Ästhetik.“

Die Auseinandersetzung um die adäquate Nutzung der Gebäude fand einen Höhepunkt in der polizeilichen Räumung des durch Studentinnen und Studenten besetzten Casino-Gebäudes. Sie stellten mit der Aneignung des Gebäudes auch dessen repräsentativen Charakter in Frage und wurden von der Universitätsleitung rhetorisch in die Nähe eines rechten Mobs gerückt, um den Protest seines bildungs- und wissenschaftspolitischen Gehalts zu berauben. Die „adäquate Nutzung des Gebäudes“ besteht für die Universitätsleitung in Preisverleihungen, Empfängen, privaten Geburtstagsfeiern, Messen und Tagungen von Banken, Verbänden und Privatunternehmen.

Die repräsentative Architektur und Ästhetik des Hauptgebäudes findet als Bezugspunkt für die neuen Gebäude auf dem Areal ihre Fortsetzung. Das historische Hauptgebäude ist unter der Fassade ein Funktionsbau auf Basis eines Stahlgerüsts. Die gelblich-braune Travertin-Verkleidung der Fassade hat rein repräsentativen Charakter, was – wie die nach oben hin kleiner werdenden Fenster und der Sockel des Gebäudes – den monumentalen Charakter des seinerzeit höchsten Gebäudes Frankfurts unterstreichen soll, aber keinerlei baulichen Nutzen besitzt. Um die Einheit des Gesamtensembles zu betonen, sind die Neubauten an diesem Stil orientiert. *Thomas Müller*, Architekt des neuen Gebäudes für Psychologie, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften (PEG-Gebäude), stellt fest:

„Der Städtebau und die Architektur des Campus und seiner einzelnen Gebäude vermeiden bewusst den Bruch zwischen Vergangenheit und Gegenwart und betonen (...) die architektonische Kontinuität im Umgang mit Typologie und formalen Mitteln.“

Architektur der Stiftungsuniversität

Der neu gestaltete Campus muss als Teil des Profils verstanden werden, mit dem die Hochschule um Stifterinnen und Stifter, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Studierende wirbt. Gerade für die Öffnung gegenüber (teil)privaten Geldgeberinnen und Geldgebern ist die Umwandlung in eine Stiftungsuniversität von besonderer Bedeutung. In der Charakterisierung als „schönster Campus Deutschlands“ findet der Wettbewerb der Hochschulen untereinander einen architektonisch-räumlichen Ausdruck.

An zentraler Stelle des Campus befindet sich das *House of Finance* (HoF) mit seinen „interdisziplinäre(n) Forschungs- und Weiterbildungsaktivitäten im Bereich der Finanzwirtschaft und des Finanzrechts“. Auf seiner Homepage beschreibt es sich selbst als „ein offenes Forum der Begegnung und der Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis“. Die Koopera-



Foto: Felix Silomon-Pflug

ration schließt auch ein, dass die Hörsäle nach an der Finanzierung beteiligten Banken benannt sind. Der Boden im Eingangsbereich des HoF ist nach dem Fresko „Schule von Athen“ von *Raffaello* gestaltet. Im Zentrum des Bildes verkörpern *Platon* und *Aristoteles* die herausragende Bedeutung der Philosophie für die um sie herum angeordneten Vertreter anderer Disziplinen. Zentralität und Gestaltung des Gebäudes verweisen darauf, dass sich Finanzwirtschaft und Finanzrecht als Leitdisziplin inszenieren (2).

Neben dem HoF ist das Gebäude des Exzellenzclusters *Normative Orders* ein weiterer baulicher Signifikant der Abhängigkeit der Hochschule von (teil)privaten Geldgeberinnen und Geldgebern. Beide Gebäude sind nicht ohne weiteres zugänglich. Auch in anderen Gebäuden sind einzelne Bereiche durch elektronische Schließsysteme gesichert und nur mit entsprechender Berechtigung oder zu bestimmten Zeiten zugänglich. Vor allem Studentinnen und Studenten werden als zu kontrollierendes Problem wahrgenommen, wenn sie nicht in der Mensa, im Seminarraum oder der Bibliothek sitzen. Dazu noch einmal PEG-Architekt *Thomas Müller*:

„Die Materialität und die Architektursprache des Gebäudes ordnen sich dem Charakter des Campus und seiner Architektur unter (...). Sie sollen der Hintergrund sein, vor dem sich das Studium abspielt, und versuchen, dort wo es notwendig ist, Konzentration und Stille zu fördern.“

Studierende als Risikofaktoren

Die Nutzerinnen und Nutzer sollen sich den Campus weder aneignen noch ihn mitgestalten, sondern sich konform verhalten. Der disziplinierende Charakter drückt sich auch in kleinen Details aus wie den automatischen Drehtüren des PEG-Gebäudes, die als Vereinzelungsmaschinen bzw. Sicherheitstechnologie fungieren. Sie können nur von einer Person gleichzeitig genutzt werden, was zur Folge hat, dass sich zu Stoßzeiten lange Schlangen bilden oder Gespräche abreißen, wenn man die Drehtür durchschreitet. Tische und Stühle im Außenbereich der sich im PEG-Gebäude befindlichen Cafeteria sind am Boden fixiert mit der Folge, dass maximal vier Personen an einem Tisch sitzen können. In den Seminarräumen sind die Tische miteinander verschraubt und können vom



House of Finance (Foto Daderot, Creative Commons CCO 1.0)

Facility Management in den beiden Formen „U“ oder „Schule“ angeordnet werden. Andere Formationen sind nicht vorgesehen, da das selbstständige Verschieben der Tische den hochwertigen Boden zu sehr beansprucht. Die lehr- und lernbezogene Nutzung der Räume muss sich ordnenden und kontrollierenden Aspekten unterordnen. Alle Personen, die das Gebäude betreten, müssen eine Überwachungskamera passieren.

Räume, die von den Nutzerinnen und Nutzern selbstorganisiert genutzt werden können, gibt es auf dem neuen Campus gar nicht. Fachschaftsbüros und -räume wurden zusammengekürzt, Räume, in denen sich Studierende aufhalten können, sind an Konsumeinrichtungen angebunden oder müssen angemietet werden. Das Studierendenhaus ist noch in Planung und soll am nördlichen Ende des Areals und nicht – wie auf dem alten Campus in Bockenheim – im Zentrum des Campus gebaut werden.

Die neu geschaffenen Gebäude markieren einerseits die Öffnung eines wettbewerbsregulierten Hochschulsystems gegenüber privaten Geldgeberinnen und Geldgebern. Andererseits wurde mit ihnen eine disziplinierende

räumliche Ordnung geschaffen, in der Nutzerinnen und Nutzer und vor allem Studentinnen und Studenten Risikofaktoren sind, von denen potenziell die Gefahr ausgeht, gegen vorgesehene Nutzungsweisen zu verstoßen. Der disziplinierende Charakter des Campus und der Gebäudearchitektur hat seine assoziative Entsprechung in den modularisierten Studiengängen des Bologna-Prozesses, die durch Praxisorientierung und Kerncurricula auf eine Normierung der Studieninhalte und eine möglichst hohe Durchlaufquote an Studentinnen und Studenten abzielen. Ein von der (Studien)Ordnung abweichendes Verhalten ist nicht vorgesehen.

Felix Silomon-Pflug

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Humangeographie der Goethe Universität Frankfurt.

(1) Einen Überblick zur Auseinandersetzung um den IG Farben Campus bietet die Frankfurter Student_innenzeitschrift *diskus*: Studieren nach Auschwitz, Heft 1.13.

(2) Ein Beitrag von *Andreas Fischer-Lescano* zur Kritik an der zunehmenden Ökonomisierung des deutschen Hochschulsystems erscheint voraussichtlich in der Ausgabe 4/2014 der Zeitschrift *Kritische Justiz*.

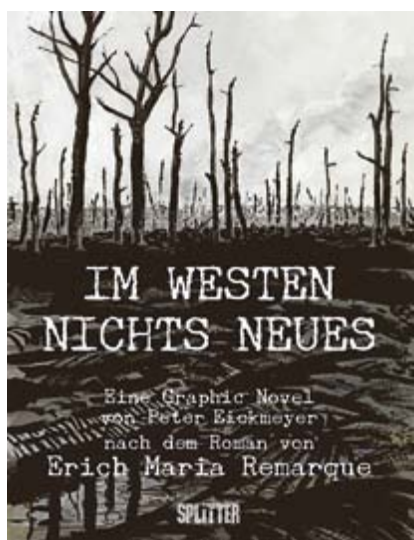
Im Westen nichts Neues?

Der Erste Weltkrieg im Spiegel der Graphic Novel

Erich Maria Remarque gehört zu den stärksten Autoren Deutschlands. Fast jeder seiner Romane ist auch heute noch lesenswert, und sein 1929 erschienenes Buch *Im Westen nichts Neues*, in dem er die Gräueltaten des Ersten Weltkriegs schildert, ist ein Klassiker der Antikriegsliteratur. Genutzt hat er nichts – der Zweite Weltkrieg begann gerade mal zehn Jahre später. Dass Bücher keine Kriege verhindern, liegt unter anderem daran, dass diejenigen, die über Kriegseinsätze entscheiden, nicht selber daran teilnehmen müssen.

Remarques Klassiker als Comic

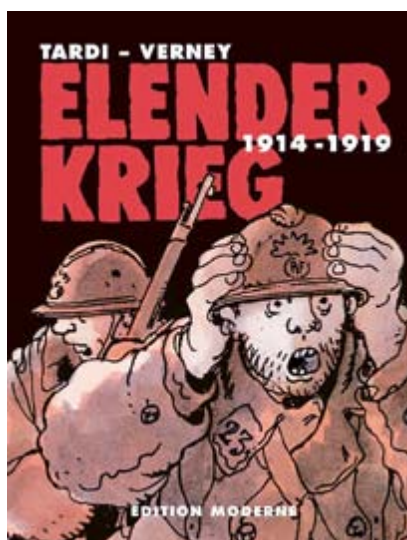
Trotzdem ist es gut, dass sich Literatur mit dem Thema auseinandersetzt und damit der offiziellen Regierungspropaganda etwas entgegensetzt. Der Mellener Künstler *Peter Eickmeyer* war von Remarques Roman so beeindruckt, dass er ihn als Comic adaptiert und den Originaltext – in einer gekürzten Version – illustriert hat. Das kommt sehr bildgewaltig und mit großer Wucht daher und enthält Seiten,



Peter Eickmeyer, Erich Maria Remarque: *Im Westen nichts Neues*. 76 Seiten, gebunden, 22,80 Euro, Splitter, ISBN 978-3-86869-679-0; Leseprobe unter www.splitter-verlag.eu

die man aufgrund ihrer Ausdruckskraft immer wieder ansehen kann. Integriert sind Reminiszenzen an andere Visualisierungen dieses Romans, etwa an die Figuren aus einer Verfilmung durch *Lewis Milestone*, und an Werke von Malern, die sich ebenfalls kritisch mit dem Thema Krieg auseinandergesetzt haben, wie beispielsweise *Picasso*, *Friedrich* oder *Dix*: ein starkes Album voller kreativer Ideen.

Ein kleines Manko ist das Layout, beziehungsweise die Kombination von Bild und Text: Eickmeyer legt den Originaltext meist großflächig über seine Gemälde, wodurch man mehr den Eindruck hat, einen illustrierten Roman als eine Graphic Novel zu lesen. Oft würde man gerne mehr von dem Bild sehen, das durch die Textüberlagerung abgedeckt wird. Wie viel mehr Atmosphäre (und Tiefe) Eickmeyers Bilder dadurch bekommen, kann man auf den Doppelseiten sehen, auf denen seine Bilder für sich stehen. Als Graphic Novel läuft das noch nicht wirklich rund. Aber ob Graphic Novel oder illustrierter Roman: Eickmeyers Zeichnungen sind auf jeden Fall sehenswert.



Jacques Tardi, Jean-Pierre Verney: *Elender Krieg*. 144 Seiten, gebunden, 34 Euro, Edition Moderne, ISBN 978-3-03731-119-6, Leseprobe und Unterrichtsmaterial unter www.editionmoderne.ch

Aus französischer Sicht

Ein Zeichner, der sich seit Jahren mit dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzt, ist der Franzose *Jaques Tardi*. Das liegt daran, dass sein Großvater daran teilnehmen musste und traumatisiert zurückkam. *Soldat Verlot*, *Grabenkrieg* und *Die wahre Geschichte vom unbekanntem Soldaten* sind Alben, in denen Tardi sich mit den Gemetzeln rund um Verdun beschäftigt hat. Insgesamt zehn Millionen Menschen sind in diesem Krieg ermordet worden – von den 19 Millionen Verwundeten, zehn Millionen Verletzten, neun Millionen Waisen, fünf Millionen Witwen und zehn Millionen Flüchtlingen gar nicht zu reden. Die Hintergründe arbeitet Tardi in seinem Album *Elender Krieg* heraus.

Während Remarque den Ersten Weltkrieg vor allem aus humanitärer Sicht schildert, thematisiert Tardi auch die ökonomischen Aspekte. Erstmals wurden Flugzeuge und Panzer eingesetzt. Die Rüstungsindustrie beider Seiten verdiente riesige Summen. An manchen Tagen wurde in wenigen Stunden mehr Munition verschossen als früher in einem kompletten Krieg zusammen. Trotzdem zog sich der Stellungskrieg jahrelang ohne Geländegewinne dahin. Das Elend in den Schützengräben zeichnet Tardi sehr anschaulich. Den Hunger. Die Läuse. Die Kälte. Den Schlamm. Die Sturmangriffe. Die nächtelangen Schreie der Sterbenden im Niemandsland zwischen den oft nur wenige Meter voneinander entfernt liegenden Stellungen. Den Matsch aus Knochen, Blut, Gliedmaßen und Därmen, durch den man nach einem Artillerieangriff waten oder in den man sich werfen musste, um einem feindlichen Artillerieangriff auszuweichen. Das Gas. Die Gendarmen, die zurückweichende Soldaten wegen Feigheit vor dem Feind erschossen. Die erbaulichen Worte von Politikern, Priestern und Intellektuellen, die solche Kriege immer begleiten: „Eine Überraschung dieses Krieges und eine der wunderbarsten ist die herausragende Rolle, die die Poesie darin spielt“, faselte der damals hoch geschätzte Literat *Paul Bourget*.

Im Unterschied zu Tardis früheren Alben ist *Elender Krieg* systematischer angelegt, nicht schwarz-weiß, sondern vierfarbig gezeichnet, von der farbenfrohen Kriegsbesoffenheit der Bevölkerung auf beiden Seiten des Rheins am Anfang zum tristen Grau der Schützengräben, das oft nur dann noch Farbe bekommt, wenn die Granateinschläge die Soldaten in blutigen Gliedermatsch verwandeln. Von Poesie ist da nichts mehr zu sehen. Der Historiker *Jean-Pierre Verney* hat im umfangreichen Anhang dieses Bandes viele Hintergrundinformationen zusammengetragen, die von Landkarten und Originalfotos aus der Zeit ergänzt werden. Ein Album, das zeichnerisch so genial ist, wie man das von Tardi gewohnt ist, und inhaltlich so informativ, dass man diesen Comic auch im Schulunterricht verwenden kann. Auf der Website der *Edition Moderne* kann man kostenloses Unterrichtsmaterial downloaden.

Frankreichs offizielles Album

Offizielles Album zum Thema „100 Jahre Erster Weltkrieg“ ist in Frankreich aber nicht Tardis *Elender Krieg*, sondern eine Graphic Novel vom Team *Maël* und *Kris*. In ihrem Album mit dem Titel *Mutter Krieg* führt Autor *Kris* den Leser im Rahmen einer Krimihandlung durch die Ereignisse. Drei Frauen sind ermordet und in Schützengräben abgelegt werden. Dass das inmitten der Gemetzel tatsächlich jemanden stört und deswegen extra ein Polizist an die Front beordert wird, um einen Täter zu finden, der vielleicht längst am Gas erstickt oder von Granaten zerfetzt wurde, ist zwar wenig wahrscheinlich. Aber *Kris* nutzt die Krimihandlung, um zu zeigen, was der Krieg aus Menschen macht und mit welcher Mischung aus Gleichgültigkeit und Unfähigkeit Politiker und Generäle ihr Menschenmaterial verheizen. Dazu kommen die Zeichnungen von *Maël*. Wenn die Panzer über die Seiten brechen, die Explosionen der Granaten die Panels zu sprengen drohen, Soldaten sich todmüde durch zerschossene Städte schleppen oder die Verwundeten in den notdürftig zu Lazaretten umfunktionierten Kirchen ihrem Tod entgegen husten, wird der ganze Irrsinn des Krieges deutlich. Angesichts dieses Schreckens von schönen Zeichnungen zu sprechen, wäre makaber – nennen wir sie „ausdrucksstark“. Und wie viel



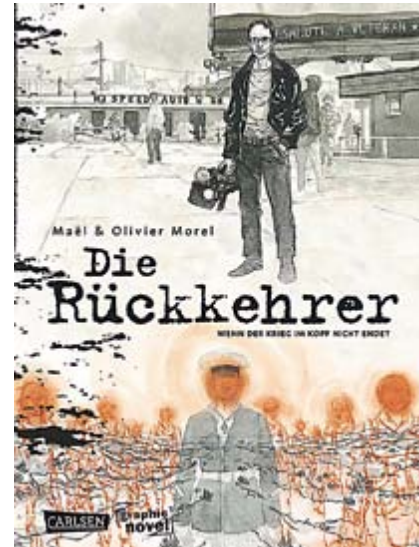
Maël, Kris: Mutter Krieg. 256 Seiten, gebunden, 39,80 Euro, Splitter, ISBN 978-3-86869-757-5, Leseprobe unter www.splitter-verlag.eu/mutter-krieg.html

Ausdruck *Maël* in seine Figuren und Landschaften legen kann, wurde schon in seinem Antikriegsalbum *Die Rückkehrer* deutlich. Das beschäftigt sich allerdings nicht mit dem Ersten Weltkrieg, sondern mit den Auswirkungen aktueller Kriege. Es schlägt damit den Bogen zur Gegenwart. Die heutigen Kriege werden nicht mehr für „Volk und Vaterland“, sondern für „Demokratie und Menschenrechte“ geführt. Das Ergebnis solcher „humanitärer Interventionen“ sieht man zurzeit im Irak.

Der Krieg im Kopf

Im Presstext zu Morels Album *Die Rückkehrer – Wenn der Krieg im Kopf nicht endet* schreibt der Carlsen-Verlag: „*Olivier Morel* ist ein französischer Filmmacher, der sich in seiner Arbeit oft mit dem Krieg und seinen Folgen für die einzelnen Soldaten auseinandergesetzt hat. In diesem Comic folgt er amerikanischen Veteranen des Irakkriegs und zeigt, welche enormen Schwierigkeiten sie haben, sich wieder in den Alltag ihrer Heimat einzugliedern. Viele leiden unter einem post-traumatischen Belastungssyndrom (PTBS), das auch bei Bundeswehrsoldaten diagnostiziert wird, wenn sie von ihren Auslandseinsätzen zurückkehren.“

Man ist versucht, die Frage zu stellen: Muss man wirklich Mitleid mit Menschen haben, die im Irak und anderswo andere erschossen, verstümmelt, vergewaltigt oder gefoltert haben und jetzt darüber jammern, dass



Maël, Olivier Morel: Die Rückkehrer – Wenn der Krieg im Kopf nicht endet. 114 Seiten, gebunden, 17,80 Euro, Carlsen, ISBN 978-3-551-73647-5

ihnen die Bilder dazu nicht mehr aus dem Kopf gehen? Die Veteranen, die *Morel* in diesem Album vorstellt, haben sich inzwischen fast alle in Antikriegsorganisationen engagiert. Nach offiziellen Angaben, das lässt *Morel* uns in diesem Comic durch einen Radiosprecher wissen, nehmen sich wöchentlich drei Veteranen des Irakkriegs das Leben. Die Zahl der obdachlosen Veteranen in den USA beläuft sich auf 100.000. Nimmt man die Veteranen aus anderen US-Kriegen und die aktiven Soldaten hinzu, bringen sich allein in den USA täglich 22 Soldaten oder Veteranen um. Diese Verzweiflung zeigt *Morel*, der mit vielen Betroffenen gesprochen hat, sehr genau. Sie werden ihre Erlebnisse nicht mehr los – egal ob sie im aktiven Kriegseinsatz waren oder in Abu Ghraib als Krankenschwester die Gefangenen nach den Verhören für die nächste Folterrunde auf die Beine bringen sollten. Die Zeichnungen und Überblendungen, die *Maël* dazu liefert, gehen wirklich unter die Haut. Vielleicht trägt so ein Album ja doch dazu bei, dass der Satz „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ irgendwann Wirklichkeit wird.

Peter Hetzler

Peter Hetzler ist freier Journalist und stellt in seinem Weblog regelmäßig aktuelle Autorencomics vor (<https://comickunst.wordpress.com>).

Start in die Schule

Informationen für neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen

GEW-Mitglieder können ausführliche, aktualisierte Informationen der Landesrechtsstelle zum Thema „Start in die Schule“ bei der GEW Hessen anfordern oder im Mitgliederbereich der GEW-Homepage herunterladen. Das Info eignet sich zur Begrüßung neu eingestellter Kolleginnen und Kollegen durch die Schulvertrauensleute der GEW oder zur Werbung neuer Mitglieder. Die Informationen richten sich sowohl an Lehrkräfte im Beamtenverhältnis als auch an tarifbeschäftigte Angestellte mit einem befristeten oder unbefristeten Arbeitsvertrag. Alle Informationen

wurden an die Änderungen durch das 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz angepasst, das am 1. März 2014 in Kraft trat und mit einer vollständigen Neufassung des Hessischen Beamtenengesetzes, des Hessischen Besoldungsgesetzes und des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes verbunden war. Die HLZ berichtete ausführlich, insbesondere auch über die Konsequenzen der neuen Besoldungsordnung für die nach dem 1. März neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen (siehe Kasten S.35). Der folgende Text gibt einen Überblick über die in dem Info dargestellten Themen.

Start im Beamtenverhältnis

Alle „statusrechtlichen Regelungen“ für das Beamtenverhältnis befinden sich in dem bundesweit geltenden Beamtenstatusgesetz (BeamtStG). Die weiteren Vorschriften für Beamtinnen und Beamte in Hessen finden sich im Hessischen Beamtenengesetz (HBG), die Regelungen zur Probezeit in der Hessischen Laufbahnverordnung (HLVO). Das Einkommen ergibt sich aus dem Hessischen Beamtenbesoldungsgesetz (HBesG). Die Vorschriften zur Beihilfe finden sich in der Hessischen Beihilfeverordnung (HBeihVO) und die Pensionsregelungen im Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG).

Altersgrenze für die Verbeamtung

Nachdem die Altersgrenze von 50 Jahren in Hessen aufgrund eines Gerichtsurteils für einige Jahre ausgesetzt war,

hat das Land Hessen auf der Grundlage der Ermächtigungsregelung im HBG in der HLVO die geforderten Rechtsgrundlagen geschaffen, so dass seit dem 1.3.2014 wieder die frühere Obergrenze von 50 Jahren für die Berufung in das Beamtenverhältnis gilt. Die Ernennung muss spätestens einen Tag vor dem 51. Geburtstag erfolgen. Eine Einstellung in das Probebeamtenverhältnis bis zum Höchstalter von 60 Jahren ist möglich, wenn hierfür ein besonderes dienstliches Interesse vorliegt.

Die Probezeit

Die Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe ist gesetzlich zwingend vorgeschrieben. Niemand kann sofort auf Lebenszeit in das Beamtenverhältnis berufen werden. Nur wer die gesetzlich vorgesehene Probezeit erfolgreich durchlaufen hat, kann zur Beamtin oder zum Beamten auf Lebenszeit berufen werden. Die Regelprobezeit beträgt für alle Laufbahngruppen einheitlich drei Jahre. Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge und Elternzeiten führen zu einer Verlängerung der Probezeit.

Die Probezeit kann durch die Anrechnung gleichwertiger Tätigkeit verkürzt werden, im Schulbereich sind dies vor allem Vertretungs- bzw. TV-H-Verträge nach dem Zweiten Staatsexamen. Die Probezeit beträgt mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahren. Kann danach keine Eignung festgestellt werden, erfolgt die Entlassung.

Besoldung

Seit dem 1. März 2014 gilt in Hessen ein neues Besoldungsrecht. Wie bisher richtet sich die Besoldung vorwiegend nach der Besoldungsgruppe und der Grundgehaltsstufe. Die Stufe richtet sich aber nicht mehr – wie zuvor

– maßgeblich nach dem Lebensalter, sondern ausschließlich nach der vorliegenden Berufserfahrung (Kasten S. 35).

In unserer kleinen Broschüre finden Sie außerdem Informationen zu folgenden Themen:

- Feststellung der Bewährung
- Fachliche Eignung
- Gesundheitliche Eignung
- Mobile Vertretungsreserve
- Beihilfe und Krankenversicherung

Start mit einem TVH-Vertrag

Die Einstellung in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis ist nur möglich, wenn man die Laufbahnvoraussetzungen erfüllt. Im Schulbereich sind dies das Erste und Zweite Staatsexamen oder die Ausbildung als Fachlehrerin oder Fachlehrer. Eine Beschäftigung mit einem unbefristeten TVH-Vertrag ist dann üblich, wenn man zwar diese Laufbahnvoraussetzungen, nicht aber die sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt. Das gilt insbesondere für die gesundheitliche Eignung oder die Altersgrenze. Allerdings haben im Laufe des zurückliegenden Schuljahres auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramtsprüfungen eine unbefristete Beschäftigung vor dem Arbeitsgericht erstritten, weil die Gerichte den Missbrauch der Befristungsregelungen durch eine lange Reihe von Kettenverträgen nicht mehr hinnehmen wollen. Wer befristet oder unbefristet beschäftigt ist, aber die allgemeinen Einstellungsvoraussetzungen (volle Lehrbefähigung) erfüllt, kann sich jederzeit weiterhin um eine Einstellung im regulären Einstellungsverfahren zu jedem möglichen Termin bewerben.

Landesrechtsstelle der GEW: Neue Sprechzeiten

Zum neuen Schuljahr ändert die Landesrechtsstelle ihre Sprechzeiten. Die Telefonzeiten sind am Montag, Dienstag und Donnerstag von 14 bis 16 Uhr (in den Ferien bis 15.30 Uhr) und am Mittwoch und Freitag von 10 bis 12 Uhr. Sie erreichen das Sekretariat der Landesrechtsstelle unter der Nummer 069-971292-23. In dringenden Fällen kann auch außerhalb dieser Zeiten über die zentrale Telefonnummer (069-971293-0) oder per E-Mail unter rechtsstelle@gew-hessen.de ein Rückruf vereinbart werden. Ein Besuch der persönlichen Sprechstunde am Mittwoch von 13 bis 16 Uhr ist nur nach Voranmeldung möglich.

Befristete Verträge

Lehrkräfte mit Lehramt können durch die Tätigkeit in befristeten Verträgen nach dem Zweiten Staatsexamen zusätzliche Bonuspunkte für eine Einstellung auf der Rangliste erwerben. Die GEW hat sich im zurückliegenden Schuljahr politisch und über ihre Vertreterinnen und Vertreter im Hauptpersonalrat dafür eingesetzt, dass die Zeiten in einem befristeten Arbeitsverhältnis stärker als bisher gewichtet werden.

Entgeltgruppen und Entgeltstufen

Die Eingruppierung der Tarifbeschäftigten erfolgt nach dem Eingruppierungserlass, den das Hessische Innenministerium gemeinsam mit dem Kultusministerium erlässt (Amtsblatt 11/2008, S. 519ff.). Dort sind Fallgruppen aufgeführt, in denen die Beschäftigten je nach Schulform und Qualifikation den Vergütungsgruppen des (alten) BAT zugeordnet sind, die wiederum den Entgeltgruppen des (neuen) TVH zuzuordnen sind. Die GEW setzt sich weiterhin dafür ein, dass die einseitig vom Arbeitgeber erlassenen Richtlinien durch eine Vereinbarung der Tarifpartner zur tariflichen Eingruppierung von Lehrkräften ersetzt werden.

Bei der Festlegung der Entgeltstufe in Abhängigkeit von den bisherigen beruflichen Erfahrungen hat der Schulpersonalrat ein Mitbestimmungsrecht. Für nähere Informationen zu Entgeltstufen und Entgeltgruppen sollte man den Schulpersonalrat, die regionalen Rechtsberatungen der GEW oder die GEW Hessen ansprechen. Neue Infos zur Anerkennung von Berufserfahrungen gibt es in dieser HLZ auf Seite 6.

Sozialversicherung

Beamtinnen und Beamte auf Probe und auf Widerruf, die aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden, werden in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert, wenn überwiegend wahrscheinlich ist, dass innerhalb von zwei Jahren keine erneute Ernennung in ein Beamtenverhältnis erfolgt. Die Nachversicherung wird durch den Dienstherrn veranlasst und erfolgt bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV). Die Beiträge zur Versicherung werden allein vom Dienstherrn getragen. Die Nachversicherung führt zu keinen Nachteilen bei einer späteren Beamtenversorgung (Pension).



Betriebsrenten

Tarifbeschäftigte im hessischen Schuldienst werden automatisch bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert. Sie erwerben dort nach einer Wartezeit von fünf Jahren einen Anspruch auf Betriebsrente.

Wer arbeitet, erhält auch Geld...

Seit Jahren besteht das Problem, dass Lehrkräfte nach ihrer Einstellung, egal ob im Rahmen eines Beamten- oder eines Arbeitsverhältnisses, bis zu drei Monate auf die erste Überweisung warten müssen. Alle Interventionen, insbesondere des Hauptpersonalrates der Lehrerinnen und Lehrer, haben daran bisher nichts geändert. Nach unserem Eindruck ist die Ursache in der Regel, dass die für die Berechnung des „Gehalts“ erforderlichen Daten zu spät durch die Schulämter an die Bezugsstelle gegeben werden. Betroffene soll-

ten sich also mit dem Schulamt in Verbindung setzen und darauf bestehen, dass zumindest die Daten erfasst werden, die für eine Abschlagszahlung erforderlich sind. Sie sollten sich ggf. Unterstützung beim Schul- oder Gesamtpersonalrat suchen.

In unserer kleinen Broschüre finden Sie außerdem Informationen zu folgenden Themen:

- Gesetzliche Krankenversicherung
- Probezeit und Kündigung

Die ausführliche Langfassung kann man bei der GEW Hessen anfordern (info@gew-hessen.de) oder im Internet herunterladen (www.gew-hessen.de > Service Recht > Mitgliederbereich).

Informationen zur GEW-Mitgliedschaft, Mitgliedsanträge und ein Online-Formular findet man ebenfalls im Internet: www.gew-hessen.de > Mitgliedschaft

Neu Eingestellte: Aufgepasst!

Die Umstrukturierung der hessischen Besoldungsordnung hat für bereits vor dem 1. März beschäftigte Beamtinnen und Beamte, die in das neue System übergeleitet wurden, keine merklichen materiellen Folgen (HLZ 1-2/2014). Anders ist das für alle nach dem 1. 3. 2014 neu eingestellten Beamtinnen und Beamten. Da das Lebensalter zum Zeitpunkt der Einstellung in der neuen Besoldungsordnung keine Rolle mehr spielt, gibt es für die Kolleginnen und Kollegen, die im höheren Lebensalter eingestellt werden, zum Teil erhebliche Einbußen beim Anfangsgehalt. Betroffen sind insbesondere Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen, die zum Teil vorher eine betriebliche Ausbildung

durchlaufen und in der Privatwirtschaft berufliche Erfahrungen gesammelt haben. Auch darüber haben wir ausführlich informiert. Die GEW Hessen hat jetzt alle wesentlichen Informationen zur Anrechnung beruflicher Vorerfahrungen und zur Möglichkeit eines Widerspruchs gegen die Festsetzung der Besoldungsstufe in einem Brief an neu einzustellende Lehrkräfte zusammengestellt, den man im Mitgliederbereich der GEW-Homepage herunterladen kann (www.gew-hessen.de > Tarif und Besoldung). Außerdem geht er allen GEW-Vertrauensleuten zur Weitergabe an die Personalräte und die Betroffenen mit dem postalischen Schulversand zu Beginn des Schuljahres zu.

Wir gratulieren im September und Oktober ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Frauke Abel, Nidderau
 Dieter Agel, Wetzlar
 Rainer Ahrens, Frankfurt
 Hans-Joachim Antusch, Nidderau
 Bernd Bäcker, Dautphetal
 Ulrike Bertermann-Becker, Frankfurt
 Gerlinde Braun, Darmstadt
 Gabriele Braunroth, Seeheim-Jugenheim
 Waltraud Brenke-Smith, Gründau
 Herbert Bücher, Linden
 Waltraud Croissant, Michelstadt
 Monika Denk, Frankfurt
 Ingrid Diehl-Beck, Groß-Umstadt
 Bernward Droste, Burbach
 Bernd Eckart, Künzell
 Margarete Escher, Oberursel
 Dorothea Fischer, Eschborn
 Hilde Freudenberger, Frankfurt
 Heinrich Friedrich,
 Ginsheim-Gustavsburg
 Ingrid Gebhard, Hüttenberg
 Gabriele Genné, Buseck
 Renate Gerlach, Bebra
 Johanna Geyer, Gelnhausen
 Christine Gilg, Gründau
 Giesela Gläser, Frankfurt am Main
 Stefanie Goetz, Großkrotzenburg
 Rolf Grimberg, Frankfurt
 Frank Gröppel-Wegener, Frankfurt
 Monika Günhe, Kassel
 Hiltrud Gunkel, Frankenberg
 Norbert Hack, Kassel
 Werner Hatzmann, Frankfurt
 Maria-Barbara Heumann, Heidelberg
 Sylvia Heitz, Frankfurt
 Barbara Hesse, Kirchhain
 Bergith Heydekamp,
 Ginsheim-Gustavsburg
 Angelika Hofmann, Friedberg
 Peter Hohmann, Wächtersbach
 Helga Hohmeister, Egelsbach
 Beate Holle-Teschner, Stadtprozelten
 Gerd Hupfeld, Eschwege
 Reimar Jähde, Langen
 Rolf Katzenmeyer, Herborn
 Renate Kaufhold, Frankfurt
 Wolfgang Keller, Bad Schwalbach
 Ursula Kellersmann, Schwalbach
 Philipp Kesting, Bad Arolsen
 Gisela Keyssner, Kassel
 Käte Klenk, Ahnatal
 Elisa Knapp-Roskosch, Wiesbaden
 Johanna Köhr, Darmstadt
 Irmhild Kolloch, Frankfurt
 Gertraud Krack, Oberursel
 Rolf Krüger, Gudensberg
 Bernd Kusche, Büdingen
 Christiane Lieske, Frankfurt

Karin Marinello, Frankfurt am Main
 Klaus Mengler, Buseck
 Kristiane Menke, Spangenberg
 Almut Mezger, Darmstadt
 Karin Michl-Niebelschütz, Vellmar
 Chantal Mühl-Guitard, Reiskirchen
 Clarita Müller-Plantenberg, Berlin
 Katharina Mussel, Trebur
 Gudrun Nagel-Nicklas, Frankfurt
 Ursula Neumann, Wiesbaden
 Mechthild Ollrog, Mühlthal
 Baysal Önal, Offenbach
 Jutta Petersohn, Mainz
 Ulrike Pohlenz, Marburg
 Kristina Polek, Bensheim
 Günther Reeh, Herborn
 Gerhard Rodemer, Wartenberg
 Carolyn Roether, Frankfurt
 Sigrid Rosenberg-Menz, Schlangenbad
 Barbara Rüdiger-Aue, Kassel
 Christel Rupp-Kuhl, Wiesbaden
 Waltraud Sämman, Ehringshausen
 Ulrike Sarges-Jäger, Lahnu
 Christine Schäfer, Freigericht
 Reinhilde Schindler, Wiesbaden
 Birgit Schray-Reber, Heidelberg
 Klaus Schwalbenbach,
 Hünstetten-Görsroth
 Inge Schwegler, Bad Homburg
 Ute Seiferheld, Ortenberg
 Ursula Sieg, Frankfurt
 Elmar Stähler, Sinn
 Klaus Steup, Buseck
 Ruth Storn, Bad Vilbel
 Karsten Tessmar, Frankfurt
 Helga Uhrig, Friedberg
 Eva Voigt, Schwalmstadt
 Sybille von Soden, Berlin
 Irmgard Walter-Müller, Bad Homburg
 Sophie Wegener-Stahlschmidt,
 Wiesbaden
 Winfried Werkmann, Egelsbach
 Barbara Werner-Huth, Gießen
 Rudolf Wickenhöfer, Allendorf
 Hartmut Wollnik, Kelsterbach
 Rosemarie Wolny, Lohra
 Gernot Zahn, Hanau
 Reinhard Zinn, Kassel

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Hildegard Binder, Rodenbach
 Klaus-Dieter Eisinger, Wolfhagen
 Helma Hann, Frankenberg
 Irene Manger, Fulda
 Renate Möbus, Reiskirchen
 Heribert Pohlner, Großalmerode
 Dieter Schwendemann, Florstadt
 Reinhard Witzel, Münster
 Prof. Dr. Willi Wolf, Rauschenberg

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Rainer Matern, Offenbach
 Hans Pitteroff, Darmstadt
 Walter Sellmann, Allendorf

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft: Karl

Köhler, Frankenberg
 Karl Stark, Biedenkopf

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Kurt Engelmann, Merenberg
 Karl Ohlemacher, Limburg

... zum 75. Geburtstag:

Heinrich Berg, Schwalmstadt
 Margret Desselberger, Felsberg
 Dorle Diegelmann, Wiesbaden
 Gisela Fenner, Gudensberg
 Margret Fritzsche, Sinn
 Jürgen Fuchs, Heppenheim
 Ingrid Fuchs-Klein, Wiesbaden
 Georg Fülberth, Marburg
 Peter Gooss, Darmstadt
 Robert Hahn, Bad Hersfeld
 Ottfried Hahne, Niedenstein
 Christiane Himstedt, Darmstadt
 Dietrich Jerwin, Fulda
 Dr. Bernd-Ullrich Kettner, Marburg
 Ingrid Kollmar, Saarbrücken
 Georg Lang, Heppenheim
 Uwe Ligniez, Kassel
 Helmut Schimpff, Dreieich
 Karl Schüler, Fulda
 Seyfettin Tüfekci, Kassel
 Erdmute von Bucholtz, Burghaun
 Dr. Karl-Georg Zinn, Wiesbaden

... zum 80. Geburtstag:

Werner Guttman,
 Seeheim-Jugenheim
 Otto-Albert Hedrich, Butzbach
 Rudolf Heil, Bad König
 Helmut Jahn, Büdingen
 Helmut Roth, Geisenheim
 Claus Sonnemann, Frankfurt

... zum 85. Geburtstag:

Friedrich von Rosen, Marburg

... zum 90. Geburtstag:

Hans Schulz, Schwalmstadt

... zum 91. Geburtstag:

Dr. Wendelin Enders, Petersberg

... zum 94. Geburtstag:

Heinrich Schwamb, Erbach

lea-Seminar: Widerstand in Südfrankreich 1940-1944

Unter dem Titel „Der Schatten des Heroischen“ befasst sich ein lea-Seminar im F.I.E.F. La Bégude-de-Mazenc in der Provence vom 18. bis 25. Oktober 2014 mit dem Verhältnis von zivilem und bewaffnetem Widerstand in Südfrankreich von 1940 bis 1944.

Dem Begriff des „Widerstands“ ist die mutige, die kämpferische Tat eingebrannt; Auflehnung und Aufstand sind auf das engste mit diesem Bild verbunden. In der Erinnerung an die französische Résistance hat das Heroische eine besondere Bedeutung, sie gibt diesem Widerstand nationale Größe. Die unauffällige Rettung von Menschen, der „stille“ zivile Widerstand steht – auch im kollektiven Gedächtnis – im Schatten des bewaffneten Kampfes. In Dieulefit fanden 1.500 Menschen eine sichere Zuflucht und überlebten so die Zeit der deutschen Besetzung. Der militärische Kampf um den Vercors und die von Partisanen gegründete *République du Vercors* repräsentieren für Frankreich die andere Seite des Widerstands. Wie kann Erinnern zu einem kritischen Geschichtsbewusstsein führen und zu einer humaneren Zukunft beitragen? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für historische und politische Bildungsarbeit? Eine Tagesfahrt führt die Gruppe auf das Hochplateau des Vercors, wo wir das *Mémorial de la Résistance* und das neu gestaltete *Musée de la Résistance* besuchen werden. Weitere Exkursionen führen nach Le Teil in das *Musée de la Résistance et de la Déportation en Ardèche* und nach Dieulefit.

Wie im F.I.E.F. üblich werden französische Gesprächspartnerinnen und -partner in die Seminargestaltung einbezogen. Die Unterkünfte sind einfach, das Essen ist vorzüglich und die provençalische Atmosphäre überwältigend. Bei Bedarf wird Kinderbetreuung organisiert.

Ein Vorbereitungstreffen findet am 11. 10. 2014 in Groß-Gerau im Schloss Dornberg statt. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung betragen 590 Euro im Doppelzimmer und 660 Euro im Einzelzimmer. Die Seminarleitung liegt bei *Helga Roth, Bernd Heyl und Edgar Weick*.

• *Programm, Reisedaten und Anmeldung: www.lea-bildung.de > Seminarangebot > Studienreisen*

GEW-Kreisverband Homberg

Am 29. April fand das halbjährliche Treffen der GEW-Mitglieder des Kreisverbands Homberg im Borkener Bürgerhaus statt. In einer Schweigeminute wurde des verstorbenen langjährigen Vorsitzenden *Fritz Mittelstädt* gedacht. Der Vorstand ehrte *Brigitte Kröger* für dreißigjährige sowie *Georg Muth* (Foto: links) und *Robert Braun* (Foto: rechts) für vierzig Jahre Mitgliedschaft in der GEW. Landesvorsitzender *Jochen Nagel* referierte über die aktuelle bildungspolitische Lage in Hessen.



GEW Melsungen-Fritzlar

Der GEW-Kreisverband Melsungen-Fritzlar hat einen neuen Vorstand. Die Mitgliederversammlung bestätigte *Herbert Rinker* (Radko-Stöckl-Schule) (Foto: rechts) und wählte mit *Regina Cassel* und *Bodo Hofmann-Thomschewski* (Foto: links), beide von der Burgsitzschule Spangenberg, zwei neue Vorstandsmitglieder, die auch die Interessen der Lehrkräfte der Altkreise Melsungen und Fritzlar im Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt in Fritzlar vertreten. Die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder *Hans Georg Krapf* und *Günter Hogrebe* bleiben dem Vorstand als Pensionärsvertreter und Beisitzer erhalten.

Auf das Referat des Fraktionsvorsitzenden und bildungspolitischen Sprechers der Grünen im hessischen Landtag *Mathias Wagner* folgte eine engagierte, kontroverse Aussprache, unter anderem über die Rolle der Be-



amtinnen und Beamten als „Melkkühe der Nation“. Kritik gab es auch an der Millionenspende der Melsunger Firma *B. Braun* zur Totalsanierung einer Melsunger Gesamtschule, die von anderen Schulen als Missachtung ihrer Arbeit angesehen wird. Die Mitgliederversammlung verabschiedete eine Erklärung zur Unterfinanzierung des öffentlichen Schulwesens, deren Wortlaut auf der Homepage der GEW zu finden ist (www.gew-nordhessen.de > Aktuelles).

Infos für Teilzeitbeschäftigte

Über die Rechte von Teilzeitbeschäftigten und die Auswirkungen der Teilzeitbeschäftigung auf Renten und Pensionen informieren *Annette Loycke* von der Landesrechtsstelle und Bezirksrechtsberater *Hans-Heinrich Uhl* am Donnerstag, dem 16. Oktober von 14 Uhr bis 16.30 Uhr im Hans-Böckler-Saal im DGB-Haus in Darmstadt (Rheinstr.50).

• *Anmeldungen an den GEW-Bezirksverband Südhessen, Gagernstr. 8, 64283 Darmstadt, Telefon: 06151-22311, Fax: 06151-295106, E-Mail: info@gew-suedhessen.de*

GEW-Kreisverband Schlüchtern

Mehr als 30 Jahre war *Frank-Ulrich Michael* Vorsitzender des Kreisverbandes Schlüchtern. Am 22. Mai 2014 wurde er verabschiedet; *Jochen Nagel* würdigte die langjährige Tätigkeit im Landesvorstand. Sein Nachfolger *Günther Fecht* hob seine Verdienste im Gesamtpersonalrat des Main-Kinzig-Kreises hervor, in dem er 26 Jahre lang als einziges Mitglied des KV Schlüchtern für die Kolleginnen und Kollegen tätig war. Mit großer Mehrheit wurde Frank-Ulrich zum Ehrenvorsitzenden des GEW-Kreisverbandes Schlüchtern gewählt. Sein Rat und seine Erfahrungen bleiben dem Kreisverband so erhalten.



Wissenswert in hr-iNFO

Radiosendungen für die Schule

Die 15-Minuten-Beiträge der Reihe „Wissenswert“ werden samstags und sonntags um 20.15 Uhr in hr-iNFO ausgestrahlt. Eine 30-Minuten-Sendung mit zwei Wissenswert-Beiträgen wird sonntags um 7.35 Uhr gesendet und sonntags um 15.35 und montags um 21.35 Uhr wiederholt. Eine aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte findet man unter www.wissen.hr-online.de. Podcast-Angebote „Wissenswert“ findet man unter www.hr-inforadio.de.

Pädagogik

- Mehrsprachigkeit (19.10.)

Politik

- Crashkurs Demokratie (13., 14. und 20.9.)

Naturwissenschaften

- Strategien von Insekten stehen Pate für optimierte Computerprogramme (14.9.)
- Rhythmen der Natur: Herbst (21.9.)
- 100 Jahre Goethe-Universität Frankfurt (21.9.)
- Diesel (27. und 29.9.)
- 90 Jahre Demeter (28.9.)
- Kalte Kernfusion: Eine wissenschaftliche Sackgasse (12.10.)

Musik

- Meilensteine der Popmusik: Der Fall der Mauer (3.10.)

Literatur

- Buchmessenger: Finnland (5.10.)

Neues Funkkolleg Philosophie

Grund- und Alltagsfragen der Philosophie widmet sich das *Funkkolleg* in einer neuen Sendereihe. Die 24 halbstündigen Sendungen werden ab dem 3. November 2014 jeden Montag um 20.30 Uhr in hr-iNFO ausgestrahlt. Danach stehen sie als Podcast und Download zur Verfügung. Für hessische Lehrkräfte ist das Funkkolleg als Fortbildung akkreditiert (LSA 0147969701). Es richtet sich auch an Studierende und Oberstufenschülerinnen und -schüler

- www.funkkolleg-philosophie.de

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

Sendungen für die Schule

Montag bis Freitag, 11 bis 11.30 Uhr

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 30-minütige Sendestrecke, die nach § 47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Genaueres hierzu sowie das ausführliche und kommentierte Programm erhalten Sie auf der Internetseite www.wissen.hr-online.de.

Geschichte

- Hallo Tod! (Serie vom 8. bis 12.9.)
- Jugend (Serie vom 15. bis 19.9.)

Naturwissenschaften

- Meilensteine der Naturwissenschaften (10-teilige Reihe vom 22. bis 26.9.)

GEW Darmstadt-Land

Am Mittwoch, dem 8. Oktober findet um 16.30 Uhr die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Darmstadt-Land in der Erich-Kästner-Schule in Pfungstadt mit der Wahl des Kreisvorstands und einer Diskussion mit dem GEW-Vorsitzenden *Jochen Nagel* über die Arbeitsbedingungen in den Schulen statt.

Medientag im hr

Auch in diesem Jahr können Lehrkräfte aus ganz Hessen wieder einen umfassenden Einblick in die Welt der Medien erhalten. Am Medientag im Hessischen Rundfunk (hr) in Frankfurt am 25. November 2014 von 9 bis 17 Uhr steht das Mitmachen und Selbermachen mit Medien im Mittelpunkt. Themen sind die Bildungsangebote des hr, Medienpraxis mit Ton und Bild, Social Media oder ein Studiobesuch. Die Liste der Workshops und Foren hält für Anfänger wie Medienprofis das passende Angebot parat.

- *Anmeldung:* www.wissen.hr-online.de

„Mensch, du hast Recht(e)“

Eine neue interaktive Wanderausstellung der Bildungsstätte Anne Frank ist jetzt auf Tour durch Hessen. Das Mobile Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“ soll Jugendliche für die Themen Rassismus, Diskriminierung und Menschenrechte sensibilisieren.

- www.bs-anne-frank.de > Ausstellungen

Ihre Anzeige in der



Die nächste
Hessische Lehrzeitung
erscheint am
8. November 2014.

Bitte beachten Sie
den Anzeigenschluss
am 16. Oktober 2014.

Evangelische Jugendburg Hohensolms



- Klassenfahrten
- Erlebnisprogramme und -bausteine
- Musikfreizeiten
- Gruppenaufenthalte u.v.m.

Unser Angebot speziell für Schulen:

3-tägiger Aufenthalt mit Vollverpflegung,
Bogenschießen, Klassengemeinschaft und
Floßbau ab 81,- €/pro Person.

Evangelische Jugendburg Hohensolms
Burgstraße 12, 35644 Hohenahr
Tel.: 06446 9231-0 | E-Mail: info@jugendburg.de
www.jugendburg.de



Nennen Sie den Buchungscode „hoso“ und Sie erhalten einen Freiplatz.

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen
4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

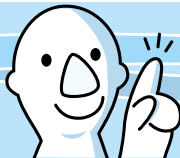
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt • Pralat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

Freizeit Aktiv
Klassenfahrten

Rom ab **189€** p.P.

4 Tage Flugreise inkl. 3 x ÜN/Frühstück

www.freizeit-aktiv.de 06257-998190

Kleine Anzeige

Große Wirkung

Diese Anzeige kostet nur
101,25 EUR zzgl. MwSt.



**Klinik am
Leisberg**
BADEN-BADEN

**Von hier an geht
es aufwärts!**

HOTLINE: 07221/39 39 30

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



Spuren...

... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.
Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe.
Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

www.tdh.de

Debeka

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes



Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche ?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall
und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

**Landesgeschäftsstellen
in Hessen**

Wiesbaden
Bahnhofstraße 55–57
65185 Wiesbaden
Telefon (06 11) 1407-0

Gießen
Frankfurter Straße 4
35390 Gießen
Telefon (06 41) 97 42 1-0

www.debeka.de

anders als andere

Debeka



Freizeit Aktiv
Klassenfahrten

Berlin ab 129 € p.P.

4 Tage Busreise inkl. 3 x ÜN/Frühstück

www.freizeit-aktiv.de 062 57-99 81 90



Tel. 0039 0547 67 27 27, Fax 0039 0547 67 27 67
Via Bartolini 12, 47042 Cesenatico - Italia
www.real-tours.de, E-mail: info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2014

NEU * Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug *** NEU**
Nach Barcelona, nach Madrid, nach Sevilla, nach Spanien/Katalonien, nach Cesenatico

Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen ab Euro 240,- HP

Busfahrten zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**, nach **Berlin**, nach **München**

Individuell für Lehrer und Begleiter:
Oster- und Herbstfahrten nach Cesenatico

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2013.

Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon (08322) 800 222, Fax (08322) 800 223

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Für Segelfahrten in Holland
schauen Sie ...



Für Klubs,
Schul/
Jugendgruppen,
Incentives oder
Einzelteilnehmer

www.segeln.nl

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

Kleine Anzeige
Große Wirkung

Diese Anzeige kostet nur
78,75 EUR zzgl. MwSt.

Freizeit Aktiv
Klassenfahrten

Barcelona ab 185 € p.P.

4 Tage Flugreise inkl. 3 x ÜN/Frühstück

www.freizeit-aktiv.de 062 57-99 81 90

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Prag? Nur mit uns!

Geprüft: Alles, was wir anbieten,
testen wir vorher selbst.



das
tschechische
team

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Dienst- und Schulrecht für Hessen

Mit allen für Sie im Schulalltag wichtigen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Erlasse

Das Standardwerk: Klassisch auf Papier oder digital auf CD, immer auf aktuellem Stand!

Für GEW-Mitglieder nur 28,- statt 38,- EUR!

Bestellungen an: Verlag Mensch und Leben, Fax: 06172 - 958321, Email: mlverlag@wsth.de